

Verfassungsschutzbericht

Freistaat Thüringen

2007

Pressefassung

Inhaltsverzeichnis

I.	EINIGE INFORMATIONEN ZUM VERFASSUNGSSCHUTZ	7
1.	Verfassungsschutz – Instrument streitbarer Demokratie	7
2.	Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV)	8
3.	Verfassungsschutz durch Aufklärung	9
II.	RECHTSEXTREMISMUS	11
1.	Überblick	11
1.1	Das rechtsextremistische Potenzial in der Bundesrepublik Deutschland	11
1.2	Das rechtsextremistische Potenzial in Thüringen.....	12
2.	Ideologischer Hintergrund	13
3.	Rechtsextremistische Parteien	14
3.1	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD).....	14
3.1.1	Der Bundesverband der NPD.....	14
3.1.1.1	Entwicklung der Partei	14
3.1.1.2	Ideologie der Partei	16
3.1.1.3	Strategie der Partei	16
3.1.2	Der Thüringer Landesverband der NPD	18
3.1.2.1	Entwicklung des Landesverbands	18
3.1.2.2	Kreisverbände	19
3.1.2.3	Personelle Zusammensetzung	19
3.1.2.4	Das Verhältnis der Thüringer NPD zu anderen Rechtsextremisten	20
3.1.2.5	„Mitgliederkampagne 2007“	21
3.1.2.6	Landesparteitag	22
3.1.2.7	Internet/Publikationen	23
3.1.2.8	Der Landesverband intensiviert seine Arbeit	24
3.1.2.9	Veranstaltungen des Landesverbands	27
3.1.3	„Junge Nationaldemokraten“ (JN)	30
3.1.3.1	Der Bundesverband der JN	30
3.1.3.2	Der Thüringer Landesverband der JN	30
3.2	„Deutsche Volksunion“ (DVU)	31
3.2.1	Der Bundesverband der DVU	32
3.2.2	Der Thüringer Landesverband der DVU.....	32
3.3	„Deutsche Partei“ (DP)	33
3.3.1	Der Bundesverband der DP.....	33
3.3.2	Der Thüringer Landesverband der DP	34
4.	Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus)	34
4.1	Ideologischer Hintergrund	34
4.2	Organisationsformen der Neonaziszene im Allgemeinen	35
4.3	Zusammenarbeit mit der NPD	36
4.4	Personenpotenzial und Gruppierungen der Neonaziszene in Thüringen.....	37
4.4.1	Kameradschaften.....	37
4.4.2	Sonstige Personenzusammenschlüsse	41
4.5	Exkurs: Vereinsaktivitäten von Thüringer Rechtsextremisten.....	42
4.6	Gewaltpotential der Neonaziszene	44
4.7	Aktivitäten und Agitationsschwerpunkte der Neonaziszene	44
4.8	Exkurs: Von Rechtsextremisten herausgegebene Regionalzeitungen in Thüringen	45
4.9	Exkurs: Nutzung des Internets durch Rechtsextremisten	47
5.	Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	49
5.1	Entstehung und Ideologie der Skinheads subkultur.....	49
5.2	Strukturen der Skinheadszenen	50
5.3	Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen	51

5.4	Wirkung und Facetten rechtsextremistischer Musik in Thüringen.....	52
5.5	Die rechtsextremistische Musikszene in Thüringen.....	54
5.6	Organisation und Ablauf rechtsextremistischer Konzerte im Allgemeinen	55
5.7	Rechtsextremistische Konzerte in Thüringen.....	56
5.8	Rechtsextremistische Produktions- und Vertriebsstrukturen	59
5.9	Rechtsextremistische Fanzines.....	60
6.	Sonstige Gruppierungen.....	60
6.1	„Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ (Artgemeinschaft)	60
6.2	„Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) – der Bismarck Deutsche“	61
6.3	„Collegium Humanum e.V.“ (CH).....	61
6.4	„Deutsches Kolleg“ (DK)	61
6.5	„Exilregierung Deutsches Reich“	62
7.	Politische motivierte Kriminalität – Rechts – im Überblick.....	62
III.	LINKSEXTREMISMUS	64
1.	Überblick.....	64
2.	Ideologischer Hintergrund	65
3.	Autonome.....	65
3.1	Allgemeines	65
3.2	Die autonome Szene in Thüringen.....	68
3.3	Thüringer Autonome und ihr Antifaschismusverständnis.....	69
3.4	Bundesweite Aktionen mit Unterstützung oder unter Beteiligung Thüringer autonomer Gruppen.....	73
3.5	Exkurs: Beteiligung von Linksextremisten an Protestaktionen gegen den G8-Gipfel vom 6. bis 8. Juni in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern).....	73
4.	Anarchisten.....	75
4.1	„Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU) mit Anbindung an die „Internationale Arbeiter Assoziation“ (IAA)	75
4.2	Exkurs: Beispiel anarchistischer Selbstverwaltung oder Weiterführung kapitalistischer Konkurrenz? – Unterschiedliche Bewertung eines „Thüringer Experiments“ durch Links- extremisten.....	76
5.	Marxistisch-leninistische Parteien und sonstige Organisationen.....	76
5.1	„Kommunistische Plattform“ (KPF) der Partei „DIE LINKE.“	76
5.2	„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	78
5.3	„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD/Ost)	80
5.4	Thüringer Kommunisten in Aktionseinheit.....	82
5.5	„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	82
5.6	„Rote Hilfe e.V.“ (RH).....	84
6.	Politisch motivierte Kriminalität – Links – im Überblick	85
IV.	AUSLÄNDEREXTREMISMUS	86
1.	Überblick	86
2.	Islamismus	88
2.1	Islamismus in Thüringen.....	90
3.	„Volkskongress Kurdistan“ (KONGRA GEL).....	91
3.1	Strategiewechsel, Umbenennung, allgemeine Lage.....	91
3.2	Themenschwerpunkte	92
3.3	Organisatorische Situation	92
3.4	Finanzierung	93
3.5	Propagandamittel und Veranstaltungen	93
3.6	Der KONGRA GEL in Thüringen	93

V.	SCIENTOLOGY ORGANISATION (SO)	96
1.	Gesetzliche Grundlagen für die Beobachtung	96
2.	Organisationsstruktur	96
3.	SO in Thüringen	97
VI.	EREIGNISKALENDER EXTREMISTISCHER BESTREBUNGEN IN THÜRINGEN	98
VII.	ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (OK)	102
1.	Aufgaben des Verfassungsschutzes	102
2.	Beobachtungsschwerpunkte	102
3.	Fazit	104
VIII.	SPIONAGEABWEHR	105
1.	Überblick	105
2.	Proliferation	105
3.	Wirtschaftsspionage	107
4.	Ausblick	108
5.	Frühere, fortwirkende unbekannte Strukturen der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen DDR	108
IX.	GEHEIMSCHUTZ	109
1.	Allgemeines	109
2.	Personeller Geheimschutz	109
3.	Materieller Geheimschutz	110
4.	Sonstige Überprüfungen	111

I. Einige Informationen zum Verfassungsschutz

1. Verfassungsschutz – Instrument der streitbaren Demokratie

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Freistaats Thüringen garantieren allen Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Maß an Freiheit. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung ist es die Aufgabe der Gesellschaft, denjenigen Kräften entgegenzuwirken, die die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen wollen. Das Grundgesetz legt folglich nicht nur die Prinzipien des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats fest, es trifft auch Vorkehrungen zu seinem Schutz.

Die streitbare Demokratie beschreitet – notwendigerweise – einen schwierigen Weg, indem sie auch gegenüber ihren Gegnern grundsätzlich Toleranz übt. Denn auch Personen, Vereinen und Parteien, die den demokratischen Staat beseitigen wollen, stehen die Freiheitsrechte – wie zum Beispiel das Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht – zu.

Jedoch liefert sich die streitbare Demokratie den Bestrebungen von politischen Extremisten nicht tatenlos aus. So ist beispielsweise nach den Artikeln 9 und 21 des Grundgesetzes das Verbot verfassungswidriger Parteien und Vereine oder nach Artikel 18 die Aberkennung von Grundrechten möglich. Außerdem verfügt unser Rechtsstaat über effektive Institutionen, deren Aufgabe darin besteht, als „Frühwarnsystem“ politischen Extremisten entgegenzuwirken und die konstitutiven Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzusichern. Ein wesentliches Element der streitbaren Demokratie stellen die 17 Verfassungsschutzbehörden dar, die der Bund und die Länder unterhalten. Im Freistaat Thüringen ist die Verfassungsschutzbehörde als Landesoberbehörde 1991 errichtet worden.

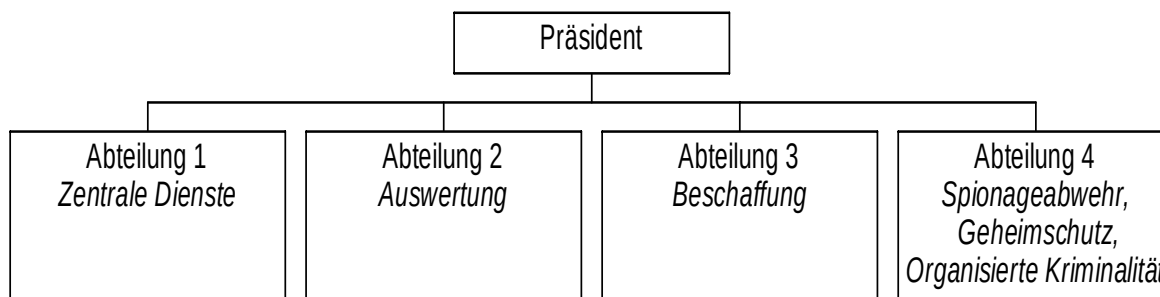
Die Verfassungsschutzbehörden gehen vor allem der Frage nach, aus welchen Parteien, Gruppierungen und Personen sich das extremistische Spektrum zusammensetzt und welche Ziele es verfolgt. Ebenso klären sie Spionageaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste auf. In einigen Bundesländern, darunter Thüringen, beobachtet der Verfassungsschutz Bestrebungen der Organisierten Kriminalität (OK). Die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden sollen es den zuständigen Stellen ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie solcher Gefahren zu treffen, die von Aktivitäten der OK ausgehen.

Die Verfassungsschutzbehörden unterliegen der Kontrolle insbesondere durch die Innenminister, durch die von den Parlamenten eingesetzten Kontrollgremien, durch die Gerichte, durch die Bundes- bzw. Landesbeauftragten für Datenschutz sowie durch die Medien. Sie besitzen keine Zwangsbefugnisse, die vorrangig in die Zuständigkeit der Polizeibehörden fallen. Sie unterscheiden sich grundlegend sowohl von der „Geheimen Staatspolizei“ (Gestapo) der Nationalsozialisten als auch vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS). Jene waren darauf ausgerichtet, totalitäre Staaten abzusichern und abzuschirmen, wohingegen der Verfassungsschutz die freiheitliche demokratische Grundordnung schützt. Darüber hinaus besaß das MfS keinerlei rechtsstaatliche gesetzliche Grundlage und unterlag dementsprechend auch keiner rechtsstaatlichen Kontrolle. Verstand sich die Staatssicherheit als „Schild und Schwert der SED“, dienen die Verfassungsschutzbehörden keiner Partei, sondern sind dem Mehrparteiensystem verpflichtet.

2. Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV)

Aufbau und Organisation des TLfV

Das TLfV verfügte im Haushaltsjahr 2007 über 98 Stellen und Planstellen. Für die Wahrnehmung seiner Aufgaben waren ihm durch Haushaltsgesetz Mittel in Höhe von 5.342.400 € zugewiesen. Das Amt ist wie folgt strukturiert:



Die Fachaufsicht über das Landesamt führt das Thüringer Innenministerium, Referat „Verfassungsschutz, Geheimschutz“.

Abteilung „Zentrale Dienste“

Die Abteilung „Zentrale Dienste“ ist für den inneren Dienstbetrieb und für fachübergreifende Aufgaben des Amtes zuständig. Sie umfasst die Bereiche Grundsatz- und Rechtsfragen, Verfahren der Post- und Telekommunikationsüberwachung (G10), Personal, Haushalt, Innerer Dienst, EDV sowie Registratur, Öffentlichkeitsarbeit und Berichtswesen. Von den nach außen wirksamen Aktivitäten dieser Abteilung sind die Organisation und Durchführung von Vorträgen, die Beantwortung von Bürgeranfragen und die Herausgabe periodischer Berichte hervorzuheben. Im Jahre 2007 hielten Mitarbeiter des TLfV über 30 Vorträge, die die verschiedenen Beobachtungsbereiche des Verfassungsschutzes betrafen. Sie richteten sich vorrangig an Multiplikatoren aus Politik, politischer Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft, aber auch an Lehrer und Schüler, in der Jugend- und Sozialarbeit Tätige sowie an die Vertreter unterschiedlichster Thüringer Verbände und gesellschaftlicher Interessengruppen. Außerdem wirkte das TLfV – wie in den Jahren zuvor – auch beratend und unterstützend an verschiedenen kommunalen Präventionsprojekten mit.

Seine periodische Berichterstattung versteht das TLfV als Serviceangebot gegenüber der Öffentlichkeit und den Fachbehörden, insbesondere solchen, die Aufgaben der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wahrnehmen.

Abteilung „Auswertung“

Die Abteilung „Auswertung“ erhält von der Abteilung „Beschaffung“ Informationen zu den Aufgabenfeldern Links-, Rechts- und Ausländerextremismus. Sie lenkt diesen Informationsfluss, führt die Erkenntnisse mit anderen Informationen, etwa aus offen zugänglichen Informationsquellen, zusammen und wertet sie aus.

Abteilung „Beschaffung“

Die Abteilung „Beschaffung“ hat die Aufgabe, durch Ermittlungen und den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln (z.B. Observationen, Führen von sog. Vertrauensleuten) die für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags erforderlichen Informationen zu beschaffen.

Abteilung „Spionageabwehr, Geheimschutz, Organisierte Kriminalität“

Dieser Abteilung obliegt es, die unerlaubte Tätigkeit fremder und ehemaliger, aber fortwirkender Nachrichtendienste im Freistaat aufzuklären. Darüber hinaus hat sie die Aufgabe, Informationen über Bestrebungen der Organisierten Kriminalität in Thüringen zu sammeln und auszuwerten.

Im Bereich des personellen und materiellen Geheimschutzes werden Behörden und außerbehördliche Stellen bei der Überprüfung von Geheimnisträgern und Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig sind, unterstützt. Sie werden beraten, wie Verschlusssachen durch technische oder organisatorische Sicherheitsmaßnahmen geschützt werden können.

„Thüringer Informations-Auswertungs-Zentrale von Polizei und Verfassungsschutz“ (TIAZ)

Am 1. April hat die TIAZ, eine Projektorganisation des Thüringer Landeskriminalamts (TLKA) und des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz, die Arbeit aufgenommen. Ihre Aufgabe ist es, Informationen von Polizei und Verfassungsschutz zu politisch motivierter Kriminalität in den Phänomenbereichen „Rechts“, „Links“ und „Ausländer“ sowie den Erscheinungsformen des internationalen Terrorismus zu bündeln und einer gemeinsamen Analyse zuzuführen. Die TIAZ übernimmt darüber hinaus die Aufgaben des Freistaats Thüringen im Wirkbetrieb der „Antiterrordatei“ (ATD).

Kontakt:

Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz

Postfach 450 121

99051 Erfurt

Telefon: (03 61) 44 06-0

Telefax: (03 61) 44 06-251

Internet: www.verfassungsschutz.thueringen.de

E-Mail: kontakt@tlfv.thueringen.de

Thüringer Innenministerium

Referat 26

Steigerstraße 24

99096 Erfurt

Telefon: (03 61) 37-93 900

Telefax: (03 61) 37-93 111

3. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann nicht allein von staatlichen Behörden geschützt werden. Die Feinde unseres Rechtsstaats, die unser politisches System durch autoritäre oder totalitäre Regimes ersetzen wollen, können nur dann mit Erfolg bekämpft werden, wenn diese Aufgabe als gesamtgesellschaftliche Verpflichtung begriffen wird. Es ist die ge-

samte Zivilgesellschaft, es sind alle Bürgerinnen und Bürger gefordert, sich mit den Feinden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung geistig und politisch auseinanderzusetzen.

Die Bedeutung der politischen Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen erfordert eine umfangreiche Aufklärung über die Gefahren, die durch den politischen Extremismus drohen. Information und Aufklärung sind für den Bürger erforderlich, um die wahren Absichten extremistischer Bestrebungen durchschauen zu können. Daher nehmen präventiv ausgerichtete Aktivitäten der Verfassungsschutzbehörden, mit denen zur Aufklärung der Bevölkerung über Erscheinungsformen und Hintergründe des politischen Extremismus beigetragen werden soll, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit einen breiten Raum ein.

Es liegt im Interesse eines jeden Einzelnen, dass diejenigen, die politische Verantwortung tragen, durch die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes rechtzeitig in die Lage versetzt werden, verfassungsfeindliche Bestrebungen abzuwehren und zu bekämpfen.

Die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden stellt sicher, dass Regierungen und Parlamente, aber auch die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Organisationen und Bestrebungen informiert werden. Im Freistaat Thüringen wird die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes sowohl vom Thüringer Innenministerium als auch vom TLFV wahrgenommen.

Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Innenministeriums und des TLFV ist die Information der Bürgerinnen und Bürger durch den jährlichen Verfassungsschutzbericht.

Der Verfassungsschutzbericht wird an Behörden, Institutionen, Schulen und interessierte Bürgerinnen und Bürger auf Anforderung kostenlos versandt. Er kann auch im Internet unter „www.verfassungsschutz.thueringen.de“ abgerufen werden.

II. Rechtsextremismus

1. Überblick

1.1 Das rechtsextremistische Potenzial in der Bundesrepublik Deutschland

Im rechtsextremistischen Spektrum setzten sich im Berichtszeitraum die Entwicklungstendenzen fort, die seit dem Jahr 2004 zu beobachten sind. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) bildete auch 2007 einen Kristallisationspunkt für die anhaltenden Versuche zur Einigung des rechtsextremistischen Lagers. Die Zusammenarbeit der Partei mit den „Freien Kräften“ und der „Deutschen Volksunion“ (DVU) in der „Volksfront von Rechts“¹ wurde fortgesetzt. Der in den Vorjahren verzeichnete starke Mitgliederzuwachs der NPD verlangsamte sich im Berichtsjahr deutlich. So konnte die Partei die Zahl ihrer Mitglieder von etwa 7.000 im Jahr 2006 nur leicht auf ca. 7.200 im Berichtszeitraum steigern. Die NPD ist gegenwärtig in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern vertreten.

Die Mitgliederzahl der DVU sank hingegen von ca. 8.500 im Jahr 2006 auf etwa 7.000 im Berichtsjahr. Die Partei ist nunmehr nach der NPD lediglich die zweitgrößte Partei des rechtsextremistischen Lagers. Auf dieses vermag sie – im Unterschied zur NPD – nur äußerst geringen Einfluss auszuüben. Von den Vereinbarungen des „Deutschlandpakts“² profitiert sie kaum. Einzig in Brandenburg gehört die DVU dem Landesparlament an.

Die Anhängerschaft der subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten belief sich 2007 in der Bundesrepublik auf ca. 10.000 Personen (2006: 10.400). Die Abkehr von der Skinheads subkultur hat sich im Berichtszeitraum weiter fortgesetzt, was sich sowohl in den Musikstilen rechtsextremistischer Bands als auch im veränderten Erscheinungsbild von Szeneangehörigen widerspiegelt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden weniger rechtsextremistische Konzerte registriert. Von insgesamt 138 Veranstaltungen (2006: 163) wurden 20 aufgelöst. Weitere 21 wurden im Vorfeld verhindert.

Das bundesweite neonazistische Personenpotenzial verzeichnete gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs auf etwa 4.400 Personen (2006: ca. 4.200). Dennoch stellt dieses Spektrum gegenwärtig in vielen Bundesländern kaum noch eine eigenständige Kraft dar. Nahezu alle führenden Neonazis haben sich im Rahmen der „Volksfront von Rechts“ mit der NPD arrangiert. Ein Großteil ist der NPD beigetreten und nimmt dort zum Teil Funktionen wahr. Nur wenige führende Neonazis sind der NPD gegenüber kritisch eingestellt. Allerdings könnte das Ausbleiben der erhofften NPD-Wahlerfolge zum Erstarken dieser Minderheit führen. Innerhalb der bundesweiten Neonaziszene hat der Anteil „Autonomer Nationalisten“ zugenommen, er dürfte inzwischen ca. 10 % betragen.

¹ Siehe Kapitel 3.1.1.3.

² Ebenda.

1.2 Das rechtsextremistische Potenzial in Thüringen

Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Parteien und Spektren³

	Freistaat Thüringen			Bund
	2005	2006	2007	2007
NPD	240	380	550	7.200
DVU	80	60	50	7.000
DP	20	15	unter 10	250
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	530	530	530	10.000
Neonazis	230	200	160	4.400

Die Entwicklung, die das rechtsextremistische Spektrum im Berichtszeitraum im Freistaat prägte, entsprach im Wesentlichen dem bundesweiten Trend.

Auch in Thüringen war die NPD jene Kraft, die am stärksten auf das rechtsextremistische Spektrum einwirkte. Sie entfaltete abermals zahlreiche Aktivitäten, intensivierte ihre Parteiarbeit und weitete ihre Strukturen aus. Zahlreiche Personen, darunter auch Neonazis, traten der NPD bei. Infolgedessen stieg die Zahl ihrer Mitglieder im Vergleich zum Vorjahr von etwa 380 auf etwa 550 stark an. Mit Blick auf die im Jahr 2009 im Freistaat anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen war die NPD bereits im Berichtsjahr bestrebt, ihr kommunalpolitisches Engagement zu verstärken.

Der Landesverband der DVU blieb auch 2007 weitgehend inaktiv. Der Organisationsgrad des Landesverbands ist gering. Die Zahl seiner Mitglieder ging von ca. 60 im Jahr 2006 auf etwa 50 im Berichtszeitraum abermals zurück. Der Landesverband der „Deutschen Partei“ (DP) ist gegenwärtig in Auflösung begriffen; im Jahr 2007 zählte er weniger als 10 Mitglieder.

Aus den Reihen der NPD und der „Freien Kräfte“ wurden Stimmen, die sich für einen eigenen Antritt der NPD bei der Thüringer Landtagswahl 2009 aussprechen, zunehmend lauter. Da diese Forderung den von NPD und DVU im „Deutschlandpakt“ verankerten Vereinbarungen zuwider läuft, könnte hieraus eine Zerreißprobe auch für die bundesweite Kooperation beider Parteien erwachsen.

Die anhaltende Dezimierung der Thüringer Neonaziszene ist vorrangig auf NPD-Eintritte eines Großteils ihrer Anhänger zurückzuführen. Wurden diesem Spektrum im Vorjahr noch 200 Personen zugerechnet, sind es nunmehr ca. 160. Die Zahl der Kameradschaften (4) blieb hingegen konstant. Anders als im übrigen Bundesgebiet hat die neonazistische Szene in Thüringen ihre Eigenständigkeit gegenüber der NPD weitgehend eingebüßt. Ursächlich hierfür ist vor allem das von der NPD Thüringen seit 2004 konsequent umgesetzte Konzept einer „Volksfront von Rechts“, mit dem genau jene Verzahnung realisiert werden soll. Die noch

³ Zahlen gerundet, z.T. geschätzt;

Bei den angeführten Parteien und Spektren gibt es Mehrfachmitgliedschaften. Hinsichtlich der Partei „Die Republikaner“ (REP) liegen derzeit keine hinreichend gewichtigen tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor, die eine gesonderte Darstellung im Verfassungsschutzbericht geboten erscheinen lassen. Innerhalb der Partei gibt es jedoch nach wie vor Kräfte, die rechtsextremistische Ziele verfolgen oder unterstützen. Von den Mitgliedern der DP verfolgt nur ein Teil rechtsextremistische Bestrebungen.

nicht zur NPD gewechselten Neonazis zeigen sich der Zusammenarbeit mit der Partei gegenüber aufgeschlossen.

Die Zahl der subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten blieb in Thüringen mit etwa 530 Personen seit 2005 unverändert. Die Anzahl der im Freistaat durchgeführten rechtsextremistischen Konzerte ging von zwölf im Jahr 2006 auf acht im Berichtszeitraum zurück. Sechs dieser Veranstaltungen konnten von der Polizei aufgelöst, zwei weitere bereits im Vorfeld verhindert werden. Durch intensive Zusammenarbeit der Thüringer Sicherheitsbehörden gelang es, diese Form rechtsextremistischer Betätigungen merklich einzudämmen.

2. Ideologischer Hintergrund

Rechtsextremistisches Denken wurzelt nicht in einer fest strukturierten Ideologie. Es setzt sich aus geistigen Versatzstücken unterschiedlicher ideengeschichtlicher Herkunft zusammen, die innerhalb der jeweiligen Ausprägung des Rechtsextremismus in unterschiedlicher Form zum Ausdruck kommen. Immer wiederkehrende Grundelemente sind:

- ein überzogener, häufig aggressiver Nationalismus, der das Prinzip der Völkerverständigung missachtet,
- die Überhöhung des Staats zu einem sich aus sich selbst heraus rechtfertigenden Wert und die Überbetonung der Staatsinteressen gegenüber den Freiheitsrechten des Einzelnen (Estatismus),
- eine völkische Ideologie, die sich typischerweise zu Rassenideologie und Fremdenfeindlichkeit verdichtet, wobei dem Antisemitismus eine besondere Stellung zukommt,
- das Leugnen oder Verharmlosen der Verbrechen des Nationalsozialismus sowie das Hervorheben angeblich positiver Elemente des Dritten Reichs (Revisionismus).

Weitere Elemente stellen die Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit und eine Ideologie der Ungleichwertigkeit dar. Antipluralismus und Autoritarismus sind in unterschiedlicher ideologischer Ausdrucksweise bei allen Rechtsextremisten zu finden.

So ist das Weltbild subkulturell geprägter und sonstiger gewaltbereiter Rechtsextremisten diffus. Ihre Einstellungen werden von fremdenfeindlichen, oft rassistischen sowie gewaltbejahenden Ressentiments geprägt. Die Überzeugungen von Neonazis orientieren sich in der Regel an nationalsozialistischen Vorstellungen eines totalitären „Führerstaats“ auf rassistischer Grundlage. Sie konzentrieren sich stärker auf zielgerichtete politische Aktivitäten, die oftmals sehr aktionistisch angelegt sind. Aus ihrer Sicht ist das deutsche Volk höherwertig und deshalb vor „rassisch minderwertigen“ Ausländern oder Juden zu schützen. Bei den rechtsextremistischen Parteien finden sich eher nationalistische Positionen. Ihnen gilt die Nation als oberstes Prinzip; damit einher geht eine Abwertung der Menschen- und Bürgerrechte. Dies hat insbesondere eine Ablehnung der Gleichheitsrechte für diejenigen zur Folge, die nicht dem – von ihnen ausschließlich ethnisch definierten – „Deutschen Volk“ angehören. Sie streben nach einem autoritären Staat, in dem die freiheitliche demokratische Grundordnung außer Kraft gesetzt wäre.

Insbesondere Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit für alle politischen Parteien sind diejenigen Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, gegen die Rechtsextremisten vorgehen.

3. Rechtsextremistische Parteien

3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1964	1990
Sitz	Berlin	Gera
Mitglieder		
2005	ca. 6.000	ca. 240
2006	ca. 7.000	ca. 380
2007	ca. 7.200	ca. 550
Publikation	„Deutsche Stimme“ (DS)	„Thüringen Stimme – Informationsblatt des NPD-Landesverbands Thüringen“
Internet	eigener Internetauftritt	eigener Internetauftritt
Jugendorganisation	„Junge Nationaldemokraten“ (JN)	JN-Landesverband Thüringen mit Stützpunkten in Erfurt, Jena, Weimar und Hildburghausen
Gründungsjahr	1969	2006
Sitz	Dresden	Jena
Mitglieder		
2005	ca. 350	ca. 20
2006	ca. 350	ca. 20
2007	ca. 400	ca. 30

3.1.1 Der Bundesverband der NPD

3.1.1.1 Entwicklung der Partei

Die aus der rechtsextremistischen „Deutschen Reichspartei“ hervorgegangene NPD wurde 1964 gegründet, um das rechtsextremistische Lager zu sammeln. Bis Ende der sechziger Jahre zählte die Partei, die in mehreren Landtagen vertreten war, bundesweit mehr als 25.000 Mitglieder. Bei der Bundestagswahl im Jahre 1969 verfehlte sie mit 4,3 % der Stimmen den Einzug in das Parlament nur knapp. Diese Niederlage leitete den Niedergang der Partei ein, der bis in die neunziger Jahre hinein andauerte. Im Jahr 1995 erreichte er seinen Tiefstand, als der Partei nur noch 2.800 Mitglieder angehörten.

Nachdem Udo VOIGT 1996 zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde, vollzog die durch Wahlniederlagen geschwächte Partei den Wandel von einer „Altherrenpartei“ zu einer Partei, die sich als Spitze einer nationalistischen Protestbewegung versteht. VOIGT entwickelte nicht nur das „Drei-Säulen-Konzept“, das 2004 auf ein „Vier-Säulen-Konzept“⁴ ausgeweitet wurde. Er leitete auch in Bezug auf die Nachwuchsrekrutierung einen Paradigmenwechsel ein und

⁴ Siehe Kapitel 3.1.1.3.

vertiefte die Verbindungen zum neonazistischen und subkulturellen Spektrum. Ende der neunziger Jahre gelang es der NPD, die Anzahl ihrer Mitglieder erheblich zu steigern und den Altersdurchschnitt wesentlich zu senken.

Im Jahr 2001 stellten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat vor dem Bundesverfassungsgericht Anträge, um die Verfassungswidrigkeit der NPD feststellen zu lassen und infolgedessen ein Verbot der Partei zu erwirken. Das Verbotsverfahren wurde 2003 eingestellt, da eine Sperrminorität des Zweiten Senats des Gerichts die Beobachtung der NPD auf Bundes- und Landesvorstandsebene durch V-Leute unmittelbar vor und während des Verfahrens als ein „nicht behebbares Verfahrenshindernis“ bewertet hatte. Da die NPD während des Verbotsverfahrens aus taktischen Gründen auf Distanz zum neonazistischen Spektrum ging und öffentlichkeitswirksam weniger in Erscheinung trat, wandten sich zahlreiche aktionsorientierte Rechtsextremisten von ihr ab. Infolge dieser Entwicklung geriet die NPD erneut in einen Abwärtstrend, der sich auch in einem Rückgang der Mitgliederzahl niederschlug.

Im September 2004 wurde durch die Absprache zwischen der NPD und großen Teilen der Neonaziszene, künftig offen zusammenzuwirken, eine neue Entwicklung eingeleitet. Daraus resultierte das von der NPD propagierte Konzept, die rechtsextremistischen Parteien und „Freien Kräfte“ in einer „Volksfront von Rechts“⁵ zusammenzuführen, um als „Gesamtbewegung des nationalen Widerstands“ geschlossen gegen das politische System der Bundesrepublik vorzugehen. Diese Strategie hat seither in der extremen Rechten zunehmend Resonanz gefunden und eine Aufwärtsentwicklung der NPD bewirkt, die sowohl bundesweit als auch in Thüringen zu einem Anstieg der Mitgliederzahl führte. Der NPD traten vor allem viele Neonazis bei. Im Januar 2005 schlossen die NPD und die DVU den „Deutschland-Pakt“⁶, in dem die Zusammenarbeit beider Parteien für die kommenden Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene festgelegt wurde.

Die von der NPD betriebenen Bemühungen, sich als Gravitationszentrum und stärkste Kraft des rechtsextremistischen Lagers zu etablieren, erreichten 2006 einen neuen Höhepunkt, als sie bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 7,3 % der Stimmen gewann und – nach 2004 in Sachsen – mit sechs Abgeordneten in ein zweites Landesparlament einzog. Seitdem tritt die NPD mit gestärktem Selbstbewusstsein auf.

Die finanzielle Lage der Partei ist infolge der kostenintensiven Wahlkämpfe in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sowie angesichts der Rückforderungen, die von der Bundestagsverwaltung erhoben wurden, äußerst angespannt. Von 1996 an hatte der damalige Vorsitzende des Landesverbands Thüringen über mehrere Jahre falsche Spendenquittungen ausgestellt, deren Beträge größtenteils in den Rechenschaftsberichten der Partei verbucht worden sind. Da die Berichte somit nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprachen, war die für die Partei erfolgte Festsetzung und Auszahlung der Parteienfinanzierung für die Jahre 1998 und 1999 rechtswidrig. Gemäß den einschlägigen Bestimmungen resultiert hieraus eine Rückzahlungsverpflichtung der NPD in Höhe von 870.000 Euro, die ihr zuvor im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung zuerkannt worden waren.

Innerhalb der rechtsextremistischen Parteienlandschaft nimmt die NPD gegenwärtig eine Vormachtstellung ein. Mit derzeit ca. 7.200 Mitgliedern (2006: 7000) hat sie die DVU als vormals mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei hinter sich gelassen.

⁵ Siehe Kapitel 3.1.1.3.

⁶ Ebenda.

3.1.1.2 Ideologie der Partei

Die NPD verfiicht eine verfassungsfeindliche Ideologie. Von Rassenhass und Antisemitismus geleitet verfolgt sie das Ziel, das von ihr so genannte System – die freiheitliche demokratische Grundordnung – zu beseitigen. In einem in der Ausgabe des Informationsblattes „Thüringenstimme“ vom Februar abgedruckten „Aufruf zum 1. Mai“ hieß es u.a. : „Für uns ist jeder arbeitslose Deutsche noch ein Grund mehr, an diesem alten und kranken System nicht länger festzuhalten. Wenn die Abschaffung unseres Volkes, der Verlust aller Werte und Tugenden unserer Kultur, die ‚Bereicherung‘ Deutschlands mit raumfremden Personen, die Entstellung unserer Vergangenheit, der Raub jeder Zukunftsperspektive und die ‚Brot und Spiele‘-Politik dieses asozialen Systems ‚Demokratie‘ ist, dann wollen wir unser Denken jenseits überkommener politischer Ordnungssysteme nicht abstellen.“

Die Agitation der Partei ist zunehmend antikapitalistisch. In einem Beitrag auf der Website des NPD-Landesverbands Thüringen vom Mai hieß es unter der Überschrift „Der Globalisierungs-Angriff auf den ländlichen Raum“ u.a.: „Dabei ist es unerträglich, dass Millionen Landsleute dem sozialen Siechtum verfallen, während Spitzenverdiener und weltweit agierende Großkonzerne gleichzeitig beträchtliche Steuergeschenke einheimen – Stichwort: Unternehmenssteuerreform – und jedes Jahr Abermillionen Euro für ausländische Sozialschmarotzer, interessenwidrige Auslandseinsätze der Bundeswehr und horrenden Nettozahlungen an die erweiterungswütige Europäische Union verschleudert werden.“

Die NPD propagiert einen völkischen Kollektivismus und agitiert fremdenfeindlich. Sie spricht von einer „ethnisch homogenen Volksgemeinschaft“, die durch „gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur“ entstehe. Die Würde des Menschen hängt ihrem Parteiprogramm zufolge, von einer biologisch-genetischen Teilhabe an der „Volksgemeinschaft“ ab. Die pauschale Überbewertung der auf Grund ethnischer Zugehörigkeit definierten „Volksgemeinschaft“ beschneidet die vom Grundgesetz garantierte Freiheit, sich persönlich zu entfalten. Die Rechte und Interessen des Einzelnen werden eingeschränkt. Die Partei stellt „Grundziele des Volkes“ auf, an denen sich die Volksherrschaft – anstelle der verfassungsmäßigen Ordnung – orientieren soll. In der von der NPD propagierten Gesellschaftsordnung sollen autoritäre Eliten vorherrschen. Der Anspruch auf Führerschaft steht im Widerspruch zum pluralistischen Mehrparteiensystem der Bundesrepublik.

3.1.1.3 Strategie der Partei

Das „Vier-Säulen-Konzept“, das den „Kampf um die Straße, die Köpfe, die Parlamente und den organisierten Willen“ umfasst, bildete auch im Berichtszeitraum die Basis für die politische Agitation der NPD.

„Kampf um die Straße“

Die NPD setzte im Berichtszeitraum ihren „Kampf um die Straße“ fort. Sie organisierte zentrale Großveranstaltungen ebenso wie regionale Demonstrationen, an denen sich auch Neonazis und subkulturell geprägte Rechtsextremisten beteiligten. Oftmals wurden Termine und Orte für Aktionen so gewählt, dass mit einer hohen öffentlichen Aufmerksamkeit und Gegenaktionen zu rechnen war. Verfolgt die Partei doch das Ziel, als eine von vielen in Deutschland existenten Partei zu erscheinen, um so bestehende Berührungspunkte in der Gesellschaft abzubauen. Zu ihrer Strategie gehört, sich über das Aufgreifen sozialer- und so genannter Alltagsthemen als Teil einer Protestbewegung zu geben, innerhalb derer einzig die NPD für die Interessen des „kleinen Mannes“ eintrete.

Im Berichtszeitraum initiierte die Partei u.a. eine bundesweite Kampagne gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Den Auftakt bildeten die von der NPD organisierten Demonstrationen am 1. Mai in Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Thüringen mit insgesamt 2.700 Teilnehmern. Dabei hatten sich allein zu der am 1. Mai in Erfurt durchgeführten Demonstration zeitweise bis zu 1.000 Rechtsextremisten versammelt. Wegen der Verbote der für den 2. Juni in Schwerin angemeldeten bundesweiten Demonstration sowie der daraufhin beantragten Ersatzveranstaltung in Ludwigslust führten die größtenteils bereits mit Bussen auf der Anreise befindlichen NPD-Anhänger spontan in mehreren Bundesländern demonstrative Aktionen durch.

„Kampf um die Köpfe“

Der „Kampf um die Köpfe“ zielt vor allem darauf ab, die Mitglieder der NPD politisch zu schulen, die Programmatik der Partei mit Flugblättern zu verbreiten und die Monatszeitung „Deutsche Stimme“ zu vertreiben. Mit der „Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft“ verfügt die NPD über ein eigenes Publikationsorgan des Parteivorstandes, dem ein Versandhandel für rechtsextrêmes Propaganda- und Werbematerial angeschlossen ist. Seit August letzten Jahres gibt die NPD unter dem Titel „Jetzt reicht´s!“ eine Informationszeitung heraus, um angebliche politische Missstände und aktuelle Themen aufzugreifen.

Im Juli 2007 nahm das „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V.“ (i.G.) seine Tätigkeit auf. Die Fraktion der NPD im sächsischen Landtag hatte bereits im April 2005 die Gründung eines solchen „Bildungswerkes“ bekannt gegeben und als Beitrag zur weiteren „Professionalisierung“ bezeichnet. Der Verein soll insbesondere mit Hilfe von Seminaren und Publikationen „politische Bildungsarbeit“ im Sinne der NPD betreiben und die „Denkansätze der ‚Dresdner Schule‘“ im öffentlichen Diskurs popularisieren. Mit dem „Bildungswerk“ verfolgt die NPD darüber hinaus die Absicht, sich zum Kristallisationspunkt jener Bestrebungen zu entwickeln, die auf die Intellektualisierung des rechtsextremistischen Lagers ausgerichtet sind. Sie greift zunehmend auch auf von ihr unabhängige Intellektuelle zurück, um sie gewinnen und die Parteiarbeit weiter intensivieren zu können.

„Kampf um die Parlamente“

Seit dem Jahr 2004 ist die NPD mit zwölf Abgeordneten im sächsischen Landtag vertreten. Bei den 2006 durchgeführten Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern errang sie sechs Parlamentssitze, in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Berlin gewann sie zum Teil erheblich an Stimmen hinzu, verfehlte jedoch jeweils den Einzug in das Landesparlament.

Nach den Wahlerfolgen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, wo die NPD nunmehr in vier von zwölf Bezirksversammlungen vertreten ist, kündigte VOIGT an, dass der „Kampf um Deutschland“ weitergehe. Nun gelte es, „den Westen in Angriff zu nehmen“. Das Ziel bestehe darin, 2008 in die Landtage von Bayern und Hessen⁷ sowie 2009 schließlich in den Bundestag einzuziehen. Von der „strategischen Achse Dresden-Berlin-Schwerin“ ausgehend will die NPD „von Mitteldeutschland aus eine nationale Welle über das Land schwappen“ lassen. Sie werde, hofft die Partei, sowohl die Zusammensetzung der Parlamente verändern als auch die „geistig-kulturellen Fundamente des Systems unterspülen“.

Es ist zweifelhaft, ob die NPD von ihren Wahlerfolgen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern auch künftig wird profitieren können. Gerade in den westlichen Bundesländern gelang es ihr trotz eines Stimmenzugewinns nicht, Parlamentssitze einzunehmen. Der Aus-

⁷ Bei den Landtagswahlen in Hessen am 27. Januar erhielt die NPD nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis 23.972 (0,9 %) Zweitstimmen.

gang anstehender Wahlen dürfte wesentlich davon abhängen, ob die „Volksfront von Rechts“ und der „Deutschland-Pakt“ fortbestehen.

„Kampf um den organisierten Willen“

Die NPD verfolgt den „Kampf um den organisierten Willen“ in der Absicht, „möglichst alle nationalen Kräfte“ zu konzentrieren und durch den dann „organisierten Willen“ an die Macht zu gelangen. Dieses Konzept ist mit der „Volksfront von Rechts“ identisch, die die NPD seit 2004 anstrebt. Es zielt darauf ab, aktionsorientierte Rechtsextremisten ebenso wie die DVU und andere rechtsextremistische Gruppierungen in das Bündnis einzubeziehen, um sowohl die personellen als auch strukturellen Ressourcen des rechtsextremistischen Spektrums zu bündeln und dessen Zersplitterung zu überwinden. Seither nähern sich rechtsextremistische Parteien und Organisationen der NPD in unterschiedlicher Form an. Am 15. Januar 2005 unterzeichneten die NPD und die DVU den „Deutschlandpakt“. Der „Pakt“ sieht vor, bei Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen nicht gegeneinander anzutreten, wechselseitig jedoch die Listen der NPD und der DVU für die jeweils andere Partei zu öffnen. Dieser Absprache gemäß wird sich die DVU wie bereits 2007 in Bremen auch an den Landtagswahlen in Hamburg (2008) sowie Thüringen und Brandenburg (2009) beteiligen. Bei allen anderen bis 2009 anstehenden Wahlen wird sie darauf verzichten, sofern die NPD kandidiert.

Die NPD hat sich in der „Volksfront von Rechts“ als führende Kraft durchgesetzt, indem sie neben der neonazistischen Szene und dem subkulturellen rechtsextremistischen Spektrum auch die DVU an sich zu ziehen und für ihre politischen Ziele einzusetzen vermochte. Gegenwärtig werden die Kräfte, die sich zu diesem Bündnis bekennen, von den Wahlerfolgen und der damit verbundenen Aussicht, auch künftig gestärkt aus Wahlen hervorzugehen, zusammengehalten. Offen bleibt, ob es der extremen Rechten weiterhin gelingt, die gruppenspezifischen Gegensätze auszugleichen, und sie bereit ist, der NPD zur Erlangung des gemeinsamen Ziels – Ablösung des politischen Systems der Bundesrepublik – die alleinige Führung zu überlassen.

3.1.2 Der Thüringer Landesverband der NPD

3.1.2.1 Entwicklung des Landesverbands

Der Thüringer Landesverband der NPD wurde 1990 gegründet. In den folgenden Jahren war die organisatorische Gliederung des Verbands in Regional-, Kreis- und Ortsverbände vielen Änderungen unterworfen. In den Jahren 1998/1999 stieg die Anzahl der Mitglieder erheblich an, nachdem insbesondere jüngere Neonazis der Partei beigetreten waren. Ein Teil von ihnen übernahm bald Funktionen in den Vorständen und richtete den Landesverband zunehmend aktivistisch aus.

Im Zuge des gegen die NPD im Jahr 2001 angestrebten Verbotsverfahrens schränkte der inzwischen unter der Leitung des ehemaligen Neonazis Frank SCHWERDT stehende Landesverband gemeinsame Aktivitäten mit Neonazis ein. Daraufhin verlor die Partei bedeutende Anteile ihres neonazistischen Potenzials. Im Landesvorstand setzten sich zunächst jene Kräfte durch, die politisch eher zurückhaltend agieren wollten. Nachdem jedoch das Verbotungsverfahren 2003 eingestellt worden war, öffnete sich der Landesverband erneut für Neonazis und subkulturell geprägte Rechtsextremisten und weitete seine Aktivitäten aus. Er vermochte es, sich zu konsolidieren und ab 2004 einen Aufwärtstrend einzuleiten. Diese Entwicklung schlug sich bei den Landtagswahlen des Jahres 2004 nieder, als die Partei ihren Wählerstimmenanteil von 0,2 % im Jahr 1999 auf 1,6 % steigerte. Bei der Bundestagswahl im Jahr 2005 erreichte die NPD in Thüringen ihr deutschlandweit zweitbestes Ergebnis, als sie 3,7 % der Zweit-

stimmen erhielt. Im Berichtszeitraum hat der NPD-Landesverband seine Strukturen weiter ausgebaut, Mitglieder hinzu gewonnen und zahlreiche Aktivitäten entfaltet.

Bundespolitische Bedeutung erlangt der Thüringer Landesverband über seinen Vorsitzenden Frank SCHWERDT und den bundesweit bekannten Neonazi Thorsten HEISE. Beide gehören dem NPD-Bundesvorstand an und verfügen über weitreichende überregionale Kontakte.

3.1.2.2 Kreisverbände

Im Berichtszeitraum konnte die Partei ihre Strukturen in Thüringen weiter ausbauen. Im ersten Halbjahr gründeten sich die Kreisverbände Greiz und Eichsfeld, im August der Kreisverband Nordhausen. Damit setzt sich der Landesverband nunmehr aus den 16 Kreisverbänden Altenburg, Eichsfeld, Erfurt-Sömmerda, Gera, Gotha, Greiz, Hildburghausen-Suhl, Ilmkreis, Jena, Kyffhäuserkreis, Nordhausen, Saale-Orla, Saalfeld-Rudolstadt, Unstrut-Hainich, Wartburgkreis und Weimar-Weimarer Land zusammen.

In Thüringen gehören einem Kreisverband im Durchschnitt ca. 35 Mitglieder an. Von den Kreisverbänden gingen im Berichtsjahr in unterschiedlichem Ausmaß Aktivitäten aus. Einige Untergliederungen, zu denen die Kreisverbände Erfurt-Sömmerda, Gotha, Wartburgkreis, Gera und Jena zählen, gestalteten ihre Parteiarbeit kontinuierlich öffentlichkeits- und medienwirksam. Die beiden letztgenannten traten durch die Veranstaltungsreihen „Rock für Deutschland“ und „Fest der Völker“⁸ auf. Zahlreiche Thüringer Kreisverbände führten zudem im Rahmen der „Mitgliederkampagne 2007“ Infostände und Mahnwachen durch. Die von der NPD geplanten acht Aktionen pro Region, wurden längst nicht überall erreicht. Aus den Regionen Saalfeld-Rudolstadt und Sonneberg wurden keine Aktionen bekannt.

Welche Aktivitäten von einem Kreisverband ausgehen und wie hoch deren Anziehungskraft auf Gesinnungsgenossen ist, hängt wesentlich vom Engagement der führenden Personen und dem einzelner Aktivisten ab. Die Mehrzahl der NPD-Mitglieder ist weder willens noch in der Lage, eine kontinuierliche Parteiarbeit zu leisten, öffentlichkeitswirksame Aktionen zu entwickeln und Rechtsextremisten einzubinden, die noch nicht organisiert sind. Sie nimmt lediglich mehr oder minder regelmäßig an den Veranstaltungen der NPD und der Neonaziszene teil.

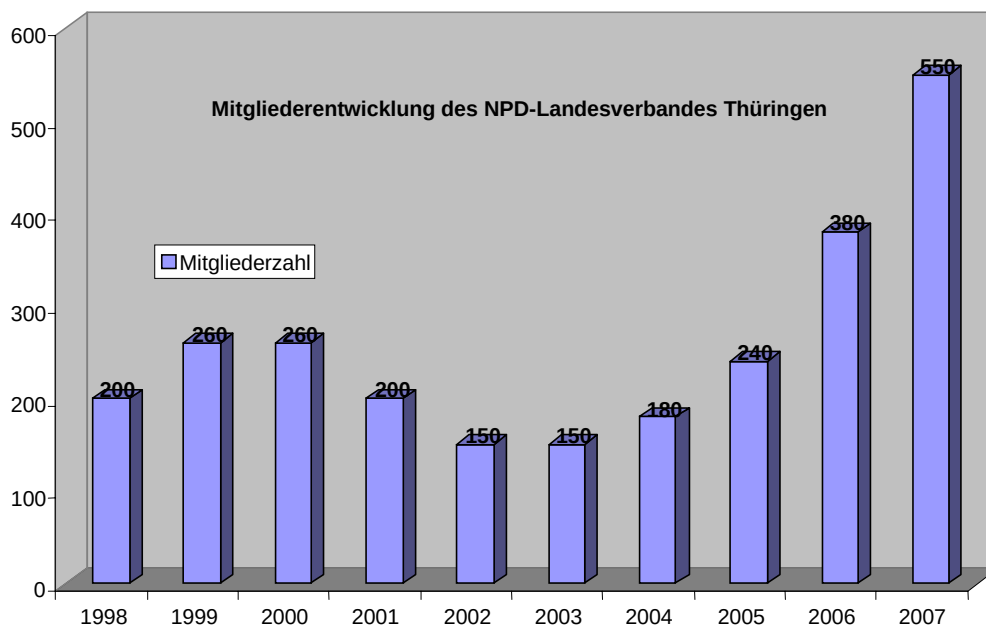
3.1.2.3 Personelle Zusammensetzung

Im Berichtszeitraum verzeichnete der Landesverband den stärksten personellen Zuwachs seit seiner Gründung im Jahr 1990 und erreichte einen Höchststand von etwa 550 Mitgliedern. Unter den NPD-Landesverbänden rangiert der Thüringer Landesverband, gemessen an der Zahl seiner Mitglieder, nunmehr im vorderen Drittel. An der Einwohnerzahl gemessen nimmt er gemeinsam mit den Landesverbänden Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen die Spitzenplätze ein.

Der Zuwachs an Mitgliedern ist maßgeblich auf die vom Landesverband durchgeführte „Mitgliederkampagne 2007“⁹, innerhalb derer etwa 100 Neumitglieder gewonnen werden konnten, zurückzuführen.

⁸ Siehe Kapitel 3.1.2.9.

⁹ Siehe Kapitel 3.1.2.5.



Das Durchschnittsalter der Landesvorstandsmitglieder beträgt knapp über 30 Jahre, das der Kreisverbandsvorsitzenden im Durchschnitt unter 30 Jahre.

Der Frauenanteil ist in der Thüringer NPD nach wie vor gering. Unter Funktionären als auch Veranstaltungsteilnehmern finden sie sich eher selten. Im Berichtszeitraum gehörte dem NPD-Landesvorstand keine Frau an. Lediglich einem der 16 Kreisverbände steht eine Frau vor.

3.1.2.4 Das Verhältnis der Thüringer NPD zu anderen Rechtsextremisten

Verhältnis zur Neonaziszene

In Thüringen ist das Verhältnis zwischen dem Landesverband der NPD und den Neonazis seit Jahren vor allem durch Integration und Kooperation gekennzeichnet. Nahezu alle führenden Thüringer Neonazis sind zwischenzeitlich der NPD beigetreten, ein Großteil derer nimmt innerhalb der NPD Funktionen wahr. Alle Mitglieder des Landesvorstands und die meisten Kreisverbandsvorsitzenden entstammen ebenfalls dem neonazistischen Spektrum. Einige Kreisverbandsvorsitzende fungieren zugleich als Führungspersonen lokaler neonazistischer Gruppierungen. Thüringen zählt zu den Bundesländern, in denen die Einbeziehung von Neonazis in die NPD am weitesten fortgeschritten ist. Die Kooperation beider Spektren äußert sich insbesondere in der gemeinsamen Organisation von Veranstaltungen und Kampagnen. Teilnehmer, Redner und Ordner treten oftmals auch auf Veranstaltungen des jeweils anderen Spektrums auf.

Insgesamt ist es dem Thüringer Landesverband der NPD im Laufe eines längeren Prozesses gelungen, das neonazistische Spektrum weitgehend zu integrieren, wodurch dieses seine frühere Eigenständigkeit innerhalb des rechtsextremistischen Lagers eingebüßt hat. Wenngleich sich einzelne Neonazis dennoch neben der NPD zu behaupten suchen, unterstützen sie die Partei in der Regel auf Kreis- und Landesverbandsebene. Der NPD-Bundesebene jedoch stehen sie zum Teil kritisch gegenüber und wollen jedwede Zuordnung zur Partei vermieden wissen. So hieß es im Nachgang zur NPD-Demonstration am 18. August in Jena bezüglich

der Teilnahme „Freier Nationalisten“, dass mit „ca. 200 Personen sich ein NPD kritischer Block an dieser politischen Manifestation des Landesverbands der NPD Thüringen beteiligte und damit deutlich bewies, dass hier durchaus differenziert wird, welche NPD Gruppen ... unterstützenswert sind und welche Kreise und Gruppen eben von vielen derzeit aktivistisch und auch programmatisch nicht unterstützt werden können...“.

Verhältnis zum subkulturellen Spektrum

Der Landesverband der NPD setzte im Berichtszeitraum vor allem rechtsextremistische Musik ein, um das subkulturelle rechtsextremistische Spektrum zu umwerben.¹⁰ Von dessen Anhängern gehen meist keine eigenständigen politischen Aktionen aus. Sie besuchen jedoch bevorzugt Musikveranstaltungen, die von der NPD durchgeführt werden. Auf diese Weise erhöhen sie das Mobilisierungspotenzial der Partei. Da subkulturell geprägte Rechtsextremisten – sofern überhaupt – lediglich regional organisiert sind, basieren die Verbindungen zur NPD zumeist auf persönlichen Kontakten und sind lokal begrenzt.

Verhältnis zu anderen Parteien und Organisationen

Der Landesverband in Thüringen orientiert sich weiterhin an dem Konzept der „Volksfront von Rechts“. Kontakte zur DVU bestehen vor allem über deren Funktionäre Walter BECK und Uwe BÄZ-DÖLLE. Beide traten als Direktkandidaten auf der Liste der NPD im Jahr 2005 zur Bundestagswahl an.¹¹

Darüber hinaus unterhält der Landesverband seit Jahren enge Verbindungen zum Vorsitzenden des Thüringer Landesverbands der „Deutschen Partei“ (DP), Kurt HOPPE, der mehrfach an Veranstaltungen der NPD teilnahm und 2005 in einem Wahlkreis als Direktkandidat der NPD zur Bundestagswahl antrat.¹²

3.1.2.5 „Mitgliederkampagne 2007“

Zum „6. Thüringentag der nationalen Jugend“ am 19. Mai in Eisenach startete der NPD-Landesverband Thüringen die breit angelegte „Mitgliederkampagne 2007“. Bis zu deren Abschluss am 14. Juli führte die Partei mehr als 40 Kundgebungen und ca. 60 Informationsstände in nahezu allen Landkreisen und kreisfreien Städten des Freistaats durch. Ergänzend hierzu wurden Verlautbarungen der Partei zufolge 300.000 Exemplare einer unter dem Leitspruch „Jetzt reicht’s!“ abgefassten Kampagnenzeitung verbreitet. Mit Abschluss der Kampagne vermeldete der Landesverband, das Ziel, mehr als 100 Neumitglieder zu gewinnen und den Gesamtmitgliederbestand somit auf über 500 zu erhöhen, erreicht zu haben.

Neben der Gewinnung neuer Mitglieder, Interessenten und Sympathisanten für die NPD und die „nationale Opposition“ zielte die Kampagne darauf ab, die Aufmerksamkeit der hiesigen Medienlandschaft zu erhöhen sowie die Wahrnehmung der NPD innerhalb der Thüringer Bevölkerung mit Blick auf die 2009 stattfindenden Landtags- und Kommunalwahlen zu schärfen. Zudem galt es, die Kampagnenfähigkeit des Landesverbands und seiner Strukturen zu testen.

¹⁰ Siehe Kapitel 5.3.

¹¹ Siehe Kapitel 3.2.2.

¹² Siehe Kapitel 3.3.2.

Außenwirkung der Kampagne

Wenngleich die Partei von einem Presseecho in bisher nicht gekanntem Ausmaß sprach, fiel die mediale Berichterstattung zur Kampagne – gemessen an dem betriebenen personellen und organisatorischen Aufwand – eher bescheiden aus. Der parteiinternen Wahrnehmung nach sei sowohl in den regionalen Tageszeitungen als auch in überregionalen Magazinen und der TV-Berichterstattung über die erfolgreiche und professionelle Arbeit der nationalen Opposition, vor allem der NPD in Thüringen, berichtet worden. Tatsächlich war das Presse- und Medien-echo angesichts der Vielzahl durchgeführter Aktionen eher verhalten. Lediglich einzelne Veranstaltungen fanden Erwähnung in der jeweiligen Berichterstattung, wobei die von der Partei skizzierten Erfolgsmeldungen unterblieben. Auch in der Bevölkerung stießen die Kampagnenveranstaltungen entgegen parteieigenen Verlautbarungen vor allem auf Desinteresse. Die NPD-Informationsstände wurden oft schlicht ignoriert, zu Gesprächen zwischen Standbetreuern und Passanten kam es nur selten.

In der Mitte der Gesellschaft angekommen?

Sich dem Bürger als Partei, die in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, zu präsentieren, war ein Anliegen der Kampagne. Entsprechend fand sich an einem Informationsstand am 12. Juli in Greußen u.a. ein Transparent mit der Aufschrift „Aus der Mitte der Gesellschaft“. Auch in einem Internetbeitrag vom Juli schlussfolgerte der Landesverband, die Medien hätten erkannt, dass die NPD längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei. Um dies auch durch Äußerlichkeiten der Parteimitglieder zu bekräftigen, wurde von den Verantwortlichen sowohl bei der Auftakt- als auch der Abschlussveranstaltung zur Kampagne das Tragen szenetypischer Outfits untersagt. Zudem hatte der Landesvorstand entsprechende Richtlinien erlassen, denen zufolge dies auch für Personen, die Informationsstände betreuten, galt. Der Eindruck, man separiere sich von der Bevölkerung, sollte vermieden werden.

3.1.2.6 Landesparteitag

Am 8. Dezember veranstaltete der Thüringer Verband in Bad Blankenburg/Ortsteil Fröbitz seinen Landesparteitag. Angaben der Partei nach nahmen 80 Delegierte und 50 Gäste an der Veranstaltung teil. Als Redner traten u.a. der Landesvorsitzende Frank SCHWERDT, der NPD-Vorsitzende Udo VOIGT und der Generalsekretär der NPD, Peter MARX, auf. Zu den Gästen zählte der Thüringer DVU-Landesvorsitzende Walter BECK. Er überbrachte Grußworte seiner Partei.

In einem Leitantrag stellte der Landesvorstand die Rolle der Kreisverbände im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2009 heraus. Der Landesvorstand bemängelte, dass viele Kreisverbände die bereits im letzten Jahr angemahnten kommunalpolitischen Aktivitäten zur „kommunalen Verankerung“ der Partei vernachlässigten. Demnach leisteten einige Kreisverbände nur Arbeit nach innen, andere beteiligten sich lediglich an Aktionen und Kampagnen des Landesvorstands oder seien lediglich im Wahlkampf aktiv. Da der Landesverband jedoch nicht über die nötigen personellen Kapazitäten verfüge, diese Defizite auszugleichen, sollten notwendige Schulungen durchgeführt und den Kreisverbänden Leitlinien und Marschrichtung vorgegeben werden. Die Kreisverbände hätten sich ihre Aufgabe wieder und wieder in Erinnerung zu rufen und müssten unfähige Kreisfunktionäre notfalls aus „Amt und Würden“ jagen, hieß es in dem Leitantrag.

Landesvorstand sieht angestrebte „kommunale Verankerung“ in Gefahr

Zudem stellte der Landesvorstand fest, dass für die erforderliche „kommunale Verankerung“ kaum mehr Zeit bleibe. Als wesentliche Bausteine für den erfolgreichen Kommunalwahl-

kampf eines Kreisverbands benannte der Landesvorstand die personelle Schlagkraft des Kreisverbands, die Bekanntheit seines Spitzenkandidaten, die Ausstrahlung von kommunalpolitischer Fachkompetenz, die politische Verankerung in der Kommune und die finanzielle Ausstattung des Verbands. Zu letzterer machte der Landesvorstand in seinem Leitantrag deutlich, dass die Kreisverbände weder von der Bundespartei noch vom Landesverband finanzielle Unterstützung für die Kommunalwahlkämpfe erhalten werden. Jeder Kreisverband werde seinen Kommunalwahlkampf aus eigener Kasse finanzieren müssen.

Vorgaben für die Kreisverbände

Die Spitzenkandidaten der Kreisverbände wurden angehalten, ihren Bekanntheitsgrad durch geeignete Präsentationen in vorhandenen bzw. zu schaffenden Medien, mittels Wortergreifung bei öffentlichen Veranstaltungen, aber auch gegenüber der „Stadtverordnetenversammlung“, zu steigern. Als besonders geeignete Werbeträger empfahl der Landesvorstand eigene Regionalzeitungen vergleichbar dem „Wartburgkreisboten“ oder der „Bürgerstimme“¹³. Unter Berücksichtigung der schlechten finanziellen Ausstattung vieler Kreisverbände wurde alternativ die Herausgabe von Informations- und Flugblättern vorgeschlagen.

Neben der rein politischen Vorgehensweise sind den Vorgaben des Landesvorstands nach bei der „kommunalen Verankerung“ auch menschliche Aspekte zu berücksichtigen. So sollten beispielsweise Volksfeste genutzt werden, um den Kontakt zur Bevölkerung zu suchen. Sympathie baue bei den meisten Menschen schneller Vorurteile ab als das logischste Argument. Diesen „Fakt“ wolle sich die Partei zu Nutzen machen.

„Gemeinsam für den Umbruch! Gemeinsam nationale Akzente für lebens- und liebenswerte Städte, Dörfer und Gemeinden in Thüringen setzen!“ hieß es abschließend in dem Leitantrag des Landesvorstands.

3.1.2.7 Internet/Publikationen

Im Berichtszeitraum verstärkte der Landesverband der NPD seine Öffentlichkeitsarbeit erneut, indem er die Internetpräsentation der Kreisverbände erweiterte. Die Vorgabe, wonach jeder Verband eine eigene Seite unterhalten solle, wurde bislang nicht verwirklicht. Von der „Thüringen Stimme“, dem Informationsblatt des Landesverbands, erschienen im Berichtszeitraum lediglich 4 Ausgaben. Zahlreiche NPD-Mitglieder wirken bei der Herausgabe von Regionalzeitungen mit.¹⁴

Internet

Der Landesverband und die Kreisverbände Eichsfeld, Erfurt-Sömmerda, Gera, Gotha, Greiz, Jena, Kyffhäuserkreis, Nordhausen, Saalfeld-Rudolstadt, Wartburgkreis und Weimar-Weimarer Land verfügen über Websites, die allerdings in unterschiedlichem Maße aktualisiert werden. Vorzugsweise wurde über regionale und überregionale Veranstaltungen und Aktionen berichtet, aber auch tagespolitische Themen wurden aufgegriffen. Im Berichtsjahr stellte der Landesverband anlassbezogene Sonderseiten in das Internet ein und betrieb mit dem „NPD Thüringen Gesprächskreis“ ein eigenes Forum.

¹³ Siehe Kapitel 4.8.

¹⁴ Ebenda.

„Thüringen Stimme“

Seit August 2005 gibt der Landesverband die „Thüringen Stimme“ heraus, die die Funktion eines Informationsblatts erfüllen soll. Die Publikation umfasst parteiinterne Informationen und Reaktionen auf die Tagespresse, verweist auf Veranstaltungen des rechtsextremistischen Spektrums, greift tagespolitische Themen auf und veröffentlicht Kleinanzeigen „von und für Kameraden“. Teilweise stimmen die Artikel mit Beiträgen überein, die bereits auf den Homepages des Landesverbands oder der Kreisverbände veröffentlicht wurden. Die Artikel thematisierten insbesondere die Entwicklung des Landesverbands. Die Leser werden in der Publikation regelmäßig dazu aufgefordert, für die Ziele des Landesverbands einzutreten und ihn mit Spenden zu unterstützen.

War die „Thüringen Stimme“ zumindest in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 noch monatlich herausgegeben worden, sind im Berichtszeitraum lediglich vier Ausgaben erschienen. Als Verantwortlicher im Sinne des Pressegesetzes fungiert Ralf WOHLLEBEN, stellvertretender Vorsitzender des Landesverbands und Vorsitzender des Kreisverbands Jena der NPD.

Kampagnenzeitung „Jetzt reicht´s!“

Im Rahmen der von der NPD durchgeführten Mitgliederkampagne wurden nach Eigenangaben 300.000 Exemplare einer unter dem Leitspruch „Jetzt reicht´s!“ stehenden Kampagnenzeitung verbreitet. Das Blatt beinhaltete vorrangig Beiträge zur Familien- und Bildungspolitik und zu den Themen Kriminalität, Abwanderung, Ausbildung, Jugendarbeitslosigkeit sowie Förderung des Mittelstands. Um die Akzeptanz der Partei in den Kommunen zu erhöhen, ließen sich die Verfasser insbesondere zu den Auswirkungen auf die ländlichen Regionen aus.

3.1.2.8 Der Landesverband intensiviert seine Arbeit

Dem Landesverband gelang es im Berichtszeitraum, die Parteiarbeit weiter zu intensivieren. Wie in der Vergangenheit agitierte er insbesondere gegen das politische System der Bundesrepublik und die etablierten Parteien sowie die Politik der Länder und Kommunen. Dabei griff der Landesverband überwiegend wirtschafts-, sozial- und tagespolitische Themen in der Absicht auf, in den Städten und Gemeinden stärker als bisher hervorzutreten, Rückhalt in der Bevölkerung zu finden und als Sachwalter der „kleinen Leute“ wahrgenommen zu werden. „Das soziale Thema ist die große Kampfstätte, wo wir uns auch in den neuen Bundesländern in den nächsten Jahren sehen“, hatte ein parlamentarischer Berater der Fraktion der NPD in Sachsen bereits 2005 betont.

In Vorbereitung auf das Wahljahr 2009 hatte der Landesverband seine Mitglieder und Kreisverbände bereits im Vorjahr zu verstärktem kommunalpolitischen Engagement angehalten. Es gelte u.a., kommunalpolitische Angelegenheiten aufzugreifen und ihnen gegenüber Stellung zu beziehen, in Vereinen und gemeinnützigen Organisationen mitzuarbeiten, an Stadtrats- und Kreistagssitzungen teilzunehmen, die Lokalpresse und die politischen Kontrahenten zu beobachten sowie in der Region regelmäßig Präsenz zu zeigen, hieß es in einem Beitrag der „Thüringen Stimme“ vom September 2006. Wenn es der Partei gelänge, „kommunal Fuß zu fassen“ und sich „als unübersehbare politische Kraft in Thüringen zu etablieren“, sei 2009 der Einzug einer „nationalen Opposition“ in den Erfurter Landtag realistisch, so die Verfasser.

Seitdem setzt die Thüringer NPD verstärkt auf die Umsetzung der „Wortergreifungsstrategie“ und der „Graswurzelstrategie“.

Die „Wortergreifungsstrategie“ zielt darauf ab, Stadt- und Gemeinderatssitzungen und weitere Veranstaltungen demokratischer Kräfte aufzusuchen, um diese durch verbale Intervention und

Provokation im eigenen Sinne zu instrumentalisieren. Mitunter verhalten sich NPD-Vertreter dabei rhetorisch nicht ungeschickt und versuchen, Veranstalter und Besucher zu verunsichern. Dem Publikum gegenüber soll der Eindruck erzeugt werden, man werde ausgegrenzt und von Staat und Medien verfolgt. Kommen die Rechtsextremisten nicht zu Wort oder verweist man sie des Saales, stellen sie dies als Unfähigkeit der Demokraten, eine demokratische Auseinandersetzung zu führen, dar.

Unter der „Graswurzelstrategie“ versteht man Bestrebungen von Rechtsextremisten, mit alltagsnaher Themenwahl und einem seriös-zivilen Auftreten zum integralen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens zu werden. Auch hier werden zur Untermauerung der gewählten Themen oft nur stark vereinfachende Argumente vorgetragen.

Engagement im vorpolitischen Raum

Das vom Landesvorstand geforderte Engagement in Vereinen und gemeinnützigen Organisationen wurde im Berichtszeitraum erkennbar vom NPD-Kreisverband Erfurt-Sömmerda und dessen Vorsitzenden Kai-Uwe TRINKAUS umgesetzt. So gehören Mitglieder und Sympathisanten der NPD dem Verein „Schöner Leben in Erfurt e.V.“ an. Auf seiner Homepage bezeichnet sich der Verein als „Plattform, auf der sich verschiedene Gruppen, Verbände und Einzelpersonen vernetzen, um bei der nächsten Stadtratswahl eine starke Stimme aus der Mitte der Bürgerschaft ins Erfurter Rathaus zu senden“. Der Verein wolle ein überregionales Zeichen dafür setzen, dass „heimatverbundene Politik nicht länger an ‚politischer Korrektheit‘ und demütiger Anpassung scheitert“, hieß es an anderer Stelle auf der Homepage des Vereins.¹⁵ Zudem eröffnete der Kreisverband Mitte des Jahres ein „Bürgerbüro“ in Erfurt. Nach Eigenangaben finden Freunde und Interessierte hier sowohl die Geschäftsstelle des Kreisverbands als auch die des Vereins „Schöner Leben in Erfurt e.V.“

Darüber hinaus trat der Kreisverband vor allem in Person seines Vorsitzenden durch zahlreiche provokative Aktivitäten im Raum Erfurt in Erscheinung, die zu einer breiteren öffentlichen Aufmerksamkeit verhelfen sollten. So wurden beispielsweise Namen politischer Gegner ins Internet gestellt, Mitgliedschaften bei politisch entgegengesetzten Parteien sowie bei Gewerkschaften beantragt, Veranstaltungen nichtextremistischer Kräfte aufgesucht und eine „Schulhof-CD“ vor einer Schule in Erfurt verteilt.

Zudem seien NPD-Mitglieder der Anregung des Landesverbands gefolgt, Bewerbungen zur Jugendschöffenwahl 2008 einzureichen. Über Jugendschöffen könne die Partei einflussreicher denn je am gesellschaftlichen Prozess partizipieren und als Teil der Judikative junge Menschen entsprechend beeinflussen, wurde der Landesgeschäftsführer der NPD, Patrick WIESCHKE, zitiert.

Schärfen des politischen Profils

Zur Jahresmitte informierte die Partei über eine geplante Umfrage unter landwirtschaftlichen Betrieben. Hendrik HELLER, Mitglied des NPD-Landesvorstands und Leiter des dort angebundenen Referats „Naturschutz“, zeichnete für das Vorhaben verantwortlich. Über das Informationsblatt „Thüringen Stimme“ wurden alle NPD-Kreisverbände aufgefordert, dem Referat „Naturschutz“ die Anschriften möglichst vieler landwirtschaftlicher Betriebe zuzuleiten. Mit der Umfrage signalisierte die Partei, offenbar ein weiteres Aktions- und Agitationsfeld erschließen zu wollen. Bereits im Jahr zuvor hatte das beim NPD-Landesvorstand angesiedelte Referat „Wirtschaft und Mittelstand“ eine Arbeitsgruppe „Mittelstand“ gebildet und Einladungen zu Unternehmerforen an Thüringer Unternehmer gerichtet. Beide Maßnahmen können

¹⁵ Zur Vereinsproblematik siehe Kapitel 4.5.

als Versuche der Partei, ihr politisches Profil zu schärfen und sich als „einzige und ehrliche Mittelstandspartei“ zu geben, verstanden werden.

Streben nach kommunalpolitischer Kompetenz

Um nach den Kommunalwahlen 2009 in möglichst vielen Kommunalparlamenten in Fraktionsstärke vertreten sein zu können, werde sich die Thüringer NPD auf die Landkreiswahlen und die Gemeindewahlen in kreisfreien Städten konzentrieren. Darüber hinaus gehende Kandidaturen in Städten und Gemeinden solle es nur geben, sofern die Antrittsvoraussetzungen vorliegen, war einem Beitrag in der „Thüringen Stimme“ vom Dezember zu entnehmen.

Zur Umsetzung dieses Ziels richtete die Partei im März und April mehrere Schulungsveranstaltungen aus. Im Mittelpunkt stand dabei, die Kreisverbände für dieses Anliegen zu gewinnen und sie insbesondere entsprechend zu befähigen. Die Schulungsreihe stützte sich u.a. auf die Schulungsunterlage „Basisgruppenarbeit in der NPD“. Diese beruht auf Erfahrungen, die einzelne Kreisverbände der NPD und der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) in verschiedenen Bundesländern bei ihrer praktischen Arbeit gesammelt haben. Die Schulungsunterlage diene als Hilfe zur Selbsthilfe, um Basisgruppen der NPD in die Lage zu versetzen, selbstständig einen Kommunalwahlkampf führen, Kommunalmandate erringen und nach dem Einzug in die Kommunalparlamente die neuen Aufgaben meistern zu können. Für das Jahr 2008 hat der Landesverband bereits ein Schulungsprogramm mit den Schwerpunkten „Politikschulung“, „Argumenteschulung“, „Rhetorikschulung“ und „Kommunalpolitikschulung“ angekündigt. Der letztgenannte Block sieht u.a. Themen wie „Strukturen der Kommunen und Landkreise“, „Kommunalrecht“, „Möglichkeiten der NPD im Kommunalparlament“, „Handlungsstrategien zu einer bürgernahen Politik“ sowie „Umgang mit politischen Gegnern im Parlament“ vor.

Als weitere Maßnahme hatte der Landesvorstand im Oktober die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (AG) beschlossen, die sowohl die strategische Ausrichtung des Wahlkampfes als auch die erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen konzipieren soll. Nachdem ein kleinerer Kreis aus Vertretern aller Kreisverbände die Vorarbeit geleistet habe, solle sich eine „Landesarbeitsgemeinschaft 2009“ (LAG 09) konstituieren, hieß es in der „Thüringen Stimme“ vom Dezember. Dem Gremium werde in einer für Januar 2008 terminierten ersten Tagung ein „Masterplan 2009“ zur Diskussion vorgestellt.

Insgesamt betrachtet gelang im Berichtsjahr die angestrebte „kommunale Verankerung“ nicht. Entsprechend nachdrücklich wurde die Forderung im Leitantrag auf dem Landesparteitag vorgetragen.¹⁶

Landesverband will möglicherweise mit eigener Liste zur Landtagswahl antreten

Der „Deutschland-Pakt“ zwischen NPD und DVU sieht die Beteiligung der DVU an der Thüringer Landtagswahl 2009 vor.¹⁷ Allerdings werden innerhalb der NPD und der „Freien Kräfte“ Stimmen lauter, die einen eigenen Wahlantritt der NPD fordern.

In der Dezemberausgabe der „Thüringen Stimme“ wurde angekündigt, hierzu mit der DVU sowohl auf Landes- als auch Bundesebene Gespräche führen zu wollen. Die Verfasser des Beitrages sehen die DVU in Thüringen weder sachlich noch personell in der Lage, die Kandidatur zu meistern. Wegen des anhaltenden Aufwärtstrends der NPD in Thüringen und der Erfolge der Partei bei der Bundestagswahl 2005 plädieren sie für den Antritt der NPD. Den

¹⁶ Siehe Kapitel 3.1.2.6.

¹⁷ Siehe Kapitel 3.1.1.3.

Partner DVU gelte es in den Gesprächen davon zu überzeugen, dass der Sinn des „Deutschland-Paktes“ am ehesten erfüllt werde, wenn die NPD in Zusammenarbeit mit der DVU und anderen nationalen Kräften in Thüringen das Ziel Landtagswahl ansteuere.

Diese Position findet auch in Forderungen aus den Reihen der so genannten „Freien Kräfte“ Niederschlag. Es bleibe zu hoffen, so der Rechtsextremist Thomas GERLACH¹⁸ in seiner Rede auf dem NPD-Landesparteitag im Dezember, dass die Bundespartei und die Thüringer NPD-Spitze gemeinsam mit der DVU die Chance 2009 ergreife. GERLACH und andere „Freie Nationalisten“ jedenfalls stünden bereit.

Der NPD-Landesverband Thüringen hat die ihn betreffende Vereinbarung im „Deutschland-Pakt“ offen in Frage gestellt. Insbesondere die eindeutige Aussage zur Lage der hiesigen DVU dürfte Gegenstand weiterer Diskussionen sein. Die eindeutige Positionierung der so genannten Freien Kräfte ist hierbei nicht unwesentlich. NPD und Neonazis eint im Freistaat trotz aller bestehenden Differenzen gegenwärtig vor allem die Hoffnung auf gemeinsame Erfolge im Wahljahr 2009. Sollte es zu keiner einvernehmlichen Lösung zwischen NPD und DVU kommen, dürfte die anstehende Thüringer Landtagswahl zu einer Zerreißprobe auch für das bundesweite Weiterbestehen der „Volksfront von Rechts“ werden.

Bewertung und Ausblick

Wenngleich die NPD in Thüringen insgesamt tagespolitisch aktueller geworden ist, erstreckte sich ihr übriges Steigerungspotenzial vorrangig auf quantitative Aspekte. Jedoch wurden auch hierbei längst nicht alle der für 2007 gesteckten Ziele erreicht. So ist die NPD nach wie vor nicht in allen Landkreisen mit Kreisverbänden vertreten, auch sind nicht alle Kreisverbände mit einer eigenen Netzseite im Internet präsent. Nach der personalintensiven und mit großem organisatorischen Aufwand betriebenen Mitgliederkampagne sind weitere bereits angekündigte Vorhaben wie die geplante Umfrage in landwirtschaftlichen Betrieben oder die Analyse der Mitgliederkampagne offenbar nicht oder nicht zeitnah umgesetzt worden. Letztlich werden der Zuwachs an Mitgliedern und die strukturelle Ausweitung der Partei für den Landesvorstand in erster Linie eine Herausforderung dahingehend sein, den Mangel an geeigneten Führungspersönlichkeiten zu beheben und die finanzschwachen Kreisverbände für eine qualitativ bessere Parteilarbeit vor Ort zu befähigen. Erschwerend kommt hinzu, dass es der NPD kaum noch gelingt, in Thüringen geeignete Räumlichkeiten für Parteiveranstaltungen zu erhalten. So konnte der Landesverband seinen Landesparteitag nicht wie geplant am 13. Oktober durchführen. Ebenso dürfte die anlässlich der Mitgliederkampagne deutlich gewordene relativ geringe Außenwirkung der Parteiaktivitäten den Landesvorstand fordern. Strebt die Partei doch gerade mit Blick auf die Wahlen im Jahr 2009 eine stärkere mediale Präsenz an. Nicht zuletzt auch deshalb ist eine Intensivierung der öffentlich wahrnehmbaren Parteilarbeit in den kommenden beiden Jahren sehr wahrscheinlich.

3.1.2.9 Veranstaltungen des Landesverbands

Im Vergleich zum Vorjahr hat der Landesverband seine öffentlichen Aktionen um ein Vielfaches gesteigert. Im Mittelpunkt standen dabei Themen wie „Abwanderung“ und „Sozialabbau“. Allein während der von Mai bis Juli unter dem Tenor „Hier bleiben. Anpacken!“ durchgeführten „Mitgliederkampagne 2007“ fanden ca. 60 Informationsstände und mehr als 40 Kundgebungen statt.¹⁹ Die Mehrzahl der öffentlichen Aktionen war in Kooperation mit dem neonazistischen Spektrum abgewickelt worden.

¹⁸ Siehe Kapitel 4.4.1.

¹⁹ 2006: 18 Mahnwachen und Informationsstände, 11 Demonstrationen.

Mit der fünften Kundgebung „Rock für Deutschland“ am 30. Juni in Gera und der zweiten Veranstaltung „Fest der Völker“ am 8. September in Jena hielt der Landesverband an seiner Strategie fest, rechtsextremistische Musik mit politischer Agitation zu verbinden. Ziel ist es, mehr Teilnehmer für öffentlichkeitswirksame Aktionen der Partei zu gewinnen, die Akzeptanz der NPD im aktionsorientierten rechtsextremistischen Spektrum zu steigern und in der Öffentlichkeit größere Präsenz zu zeigen. Zu den Veranstaltungen waren Szeneangehörige aus dem gesamten Bundesgebiet und aus dem Ausland angereist. In Gera versammelten sich ca. 650 Personen. Die Veranstaltung in Jena war mit 1.400 Teilnehmern zugleich die größte Aktion der Partei seit mehreren Jahren.

Die Veranstaltungsreihen „Fest der Völker“, „Rock für Deutschland“ und „Thüringentag der nationalen Jugend“ dürften auch in den kommenden Jahren in der Agenda rechtsextremistischer Veranstaltungen einen hohen Stellenwert einnehmen. Insbesondere das „Fest der Völker“ mit Auftritten zahlreicher rechtsextremistischer Bands und Rednern aus dem In- und Ausland zieht vergleichsweise viele Rechtsextremisten an.

Folgende Veranstaltungen der Thüringer NPD waren im Berichtszeitraum von besonderer Bedeutung:

„6. Thüringentag der nationalen Jugend“ am 19. Mai in Eisenach

Am 19. Mai fand in Eisenach unter dem Motto „Hier bleiben und anpacken – Thüringens nationale Jugend bleibt im Land!“ der „6. Thüringentag der nationalen Jugend“ statt. An der Veranstaltung nahmen bis zu 370 Personen teil. Für die Organisation zeichnete in diesem Jahr der NPD-Kreisverband Wartburgkreis, federführend dessen stellvertretender Vorsitzender und zugleich Geschäftsführer des NPD-Landesverbands Thüringen, Patrick WIESCHKE, verantwortlich. Neben Rednern aus den Reihen der Thüringer NPD traten ein rechtsextremistischer Liedermacher und zwei Skinheadbands auf.

Thematischer Schwerpunkt der Veranstaltung war der Bevölkerungsrückgang in Thüringen und die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Auswirkungen. Was Volkstod sei, hieß es in einem für die Veranstaltung verfassten Aufruf der NPD, nenne sich heute „demographischer Wandel“. Der Bevölkerungsrückgang gehe, meinen die Verfasser des Aufrufs, mit einer einsetzenden Überfremdung einher. Der Anteil von Migranten an der Bevölkerung belaufe sich in Thüringen zwar „lediglich“ auf 4,7 %; die schleichende Überfremdung habe aber auch in Berlin, Hessen und andernorts auf diese Weise begonnen. Die NPD wolle diesen „Wandel“ ebenso wenig wie einen Bevölkerungsaustausch: Sie setze im Gegensatz zu den etablierten Parteien auf eine Familien- und Bevölkerungspolitik, die nichts anderes als das Volk und seinen Erhalt im Blick habe.

„1. Mai-Aufmarsch“ in Erfurt

Am 1. Mai fand in Erfurt unter dem Motto „Zukunft statt Globalisierung – Arbeit für Millionen statt Profit für Millionäre“ eine Demonstration der NPD statt, für die auf zahlreichen Internetseiten der rechtsextremistischen Szene Thüringens sowie im Bundesgebiet mobilisiert worden war. Diese „Gemeinschaftsdemonstration mitteldeutscher NPD-Verbände und freier Kräfte“ sollte, wurde vom rechtsextremistischen Spektrum im Internet bekannt gegeben, neben „anderen Aktionen zum 1. Mai“ den Auftakt einer deutschlandweiten NPD-Kampagne gegen den G8-Gipfel vom 6. bis 8. Juni in Heiligendamm sowie die „zentrale Demonstration für Mitteldeutschland“ am 1. Mai bilden.

Zur Eröffnungskundgebung versammelten sich ca. 600 Personen des rechtsextremistischen Spektrums. Die Zahl der aus Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Bayern ange-

reisten Rechtsextremisten stieg zeitweise auf ca. 1.000 an. Die Demonstration konnte nicht wie geplant verlaufen, da Gegendemonstranten die Aufzugsroute versperrten. Ebenso wenig konnten Ansprachen gehalten werden. Die Teilnehmer der Demonstration lehnten es ab, eine Standkundgebung durchzuführen. Sie wollten den Aufmarsch erzwingen, indem einige unter ihnen die Polizeiabspernung zu durchbrechen suchten. Nachdem sie die eingesetzten Polizeibeamten mit Flaschen und Steinen beworfen hatten, wurde die Veranstaltung verboten, der Versammlungsraum danach geräumt.

Die Demonstration in Erfurt übertraf hinsichtlich der Teilnehmerzahl alle vergleichbaren Veranstaltungen, die vom rechtsextremistischen Spektrum seit mehr als 10 Jahren in Thüringen organisiert wurden. Sie dürfte insbesondere deshalb einen großen Zulauf aus Mitteldeutschland gefunden haben, da die üblicherweise in Leipzig durchgeführte 1. Mai-Demonstration des neonazistischen Spektrums abgesagt worden war.

„Rock für Deutschland“ am 30. Juni in Gera

In Fortsetzung der Veranstaltungsreihe „Rock für Deutschland“ fand am 30. Juni in Gera eine Kundgebung des NPD-Kreisverbands Gera unter dem Motto „Heimat ist mehr als nur ein Standort“ mit ca. 650 Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet statt. Rede- und Musikbeiträge wechselten sich ab. Im Internet war bundesweit über eine eigens eingerichtete Sonderseite mobilisiert worden.

Seit dem Jahr 2003 organisiert der NPD-Kreisverband Gera, unterstützt von den „Freien nationalen Kräften Thüringens“, diese Veranstaltung in Gera, welche zusehends Anziehungskraft auf Szeneanhänger ausübt. Bereits in den Jahren 2005 und 2006 waren zwischen 600 und 750 Teilnehmer zu verzeichnen.

NPD-Demonstration am 18. August in Jena

Unter dem Motto „Weg mit den Volksverhetzungsgesetzen – Für Meinungsfreiheit“ demonstrierten am 18. August ca. 380 Rechtsextremisten in Jena. Für den organisatorischen Ablauf zeichneten der NPD-Kreisverband Jena und Personen aus den Reihen der „Freien Nationalisten“ verantwortlich. Die Veranstaltung zählte zu den größeren Kundgebungen, die 2007 im Bundesgebiet mit Bezug zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf HEß stattfanden. Neben Angehörigen der rechtsextremistischen Szene Thüringens reisten auch Szeneanhänger aus Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg zur Demonstration an.

„Fest der Völker“ am 8. September in Jena

Am 8. September veranstaltete der NPD-Kreisverband Jena unter dem Motto „2. Fest der Völker – für ein Europa der Vaterländer“ in Jena eine Kundgebung, an der sich etwa 1.400 Personen aus der gesamten Bundesrepublik und einer Reihe von europäischen Ländern beteiligten. Sie war von Ralf WOHLLEBEN, Vorsitzender dieses Kreisverbands und stellvertretender Landesvorsitzender der NPD, angemeldet und gemeinsam mit führenden Aktivisten der „Freien Kräfte“ sowohl organisiert als auch durchgeführt worden. Während der Veranstaltung traten zahlreiche Redner und mehrere rechtsextremistische Bands aus Deutschland und dem europäischen Ausland auf.

Das in diesem Jahr organisierte „Fest der Völker“ sei, hoben die Veranstalter im Internet hervor, das „größte Treffen Nationaler Sozialisten und Demokraten seit 1992 in Thüringen“ gewesen, hätten an ihm doch „ca. 1.700 bis 2.000 freiheitsliebende Europäer“ teilgenommen. Die „von Linksfaschisten und Antidemokraten befürchtete – und sich entwickelnde – Europä-

ische Front“, betonten die Veranstalter, bestehe längst. In der nächsten Zeit solle unter Beweis gestellt werden, dass es „einen europäischen Kampfbund gebe, der auch bereit und in der Lage ist, europaweit zu agieren“.

Im Vorfeld der Veranstaltung hatte die NPD am 7. September im „Bürgerhaus“ in Jena eine Pressekonferenz abgehalten, an der der Bundesvorsitzende Udo VOIGT, der stellvertretende Bundesvorsitzende Holger APFEL, der Vorsitzende des Landesverbands Thüringen, Frank SCHWERDT, der Geschäftsführer des Landesverbands, Patrick WIESCHKE, sowie der Vorsitzende des Landesverbands Thüringen der DVU, Walter BECK, mitwirkten.

3.1.3 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

3.1.3.1 Der Bundesverband der JN

Mit den JN verfügt die NPD als einzige der rechtsextremistischen Parteien über eine zahlenmäßig relevante Jugendorganisation. Sie wurde 1969 gegründet und bildet einen „integralen Bestandteil der NPD“. Die JN sehen sich als „nationalistische Jugendbewegung Deutschlands“ mit „revolutionärer Ausrichtung“ an. Sie bekennen sich zur „Volksgemeinschaft“, die sie in „einer neuen nationalistischen Ordnung“ verwirklichen wollen.

Am 6. Oktober wurde im Rahmen des Bundeskongresses Michael SCHÄFER zum neuen Bundesvorsitzenden der JN gewählt. Kraft seines Amtes ist er zugleich Mitglied des Parteivorstands der NPD. Die Wahlentscheidung spricht für das Bemühen der JN, sich deutlicher von der NPD abzugrenzen und ein eigenständigeres Profil zu erlangen. Es ist zu erwarten, dass der Verband verstärkt die Nähe zu den „Freien Kräften“ suchen wird. SCHÄFER kündigte in einem Interview in der Dezemberausgabe der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ bereits an, die JN solle in den nächsten Jahren zu „einer modernen und schlagkräftigen nationalistischen Jugendorganisation“ werden. Man wolle der Jugend einen sozialistischen, nationalen und völkischen „Befreiungsnationalismus“ vermitteln. Der neugeschaffene „Nationale Bildungskreis“ (NBK) werde flächendeckend Schulungsarbeit durchführen, um so den „Kampf um die Köpfe“, die „intellektuelle Aufrüstung“ der Bewegung zu verwirklichen.

Im Berichtszeitraum war die JN mit der Herausgabe von Publikationen um Öffentlichkeit bemüht. So erschien die bundesweite JN-Mitgliederzeitschrift „Der Aktivist. Zentralorgan der Jungen Nationaldemokraten“ wieder. Die NPD/JN-Landesverbände Berlin und Brandenburg verteilten eigenen Angaben nach an Schulen in Berlin und Brandenburg die gemeinsam erstellte Schülerzeitung „Stachel“, in der nach NPD-üblicher Manier rechtsextremistisches Gedankengut mit jugendspezifischen Themen verwoben wurde. In der zweiten Jahreshälfte unterband die Staatsanwaltschaft Dresden die Verteilung der vom JN-Landesverband Sachsen erstmals herausgegebenen Schrift „perplex“. Auch in Rheinland-Pfalz waren mit der Publikation „Schinderhannes“ und im Saarland mit „Rechts vor Links“ Schülerzeitungen der JN verbreitet worden.

Wenngleich die JN seit der als richtungsweisend geltenden Wahlentscheidung vom Oktober einige Landesverbände und regionale Stützpunkte gegründet haben, ist es ihnen bisher nicht gelungen, die Organisation spürbar wiederzubeleben und das Personenpotenzial zu steigern. Die Zahl ihrer Mitglieder dürfte sich bundesweit auf ca. 400 belaufen.

3.1.3.2 Der Thüringer Landesverband der JN

Den JN ist es bisher in Thüringen kaum gelungen, eigene politische Akzente zu setzen, um sich von der NPD zu „emanzipieren“ und als eigenständige Organisation neben der NPD wahrgenommen zu werden. Dem JN-Landesverband Thüringen gehören etwa 30 Mitglieder

an (Eigenangabe 50). Derzeit existieren in Thüringen vier JN-Stützpunkte in Erfurt, Jena, Weimar und Hildburghausen, von denen lediglich jene in Erfurt und Jena Aktivitäten entfalten.

Am 10. Februar veranstaltete der Landesverband der JN unter dem Motto „Wir tragen das Vaterland im Herzen“ in Kleindembach (Saale-Orla-Kreis) einen „Landesjugendtag“. An der Veranstaltung sollen Eigenangaben zufolge ca. 150 Personen teilgenommen haben, unter denen sich auch Friedhelm BUSSE, ein Neonazi aus Bayern, Stefan ROCHOW, damaliger Bundesvorsitzender der JN, sowie Udo PASTÖRS, Fraktionsvorsitzender der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, befanden. Im Rahmen der Veranstaltung wurde der Landesvorstand neu gewählt. Als Vorsitzender fungiert nunmehr Christian KAISER, der den Stützpunkt in Jena leitet, als dessen Stellvertreter der JN-Stützpunktleiter Erfurt, Dominik WEINLICH. KAISER formulierte als Ziel, die „Jugendarbeit in Thüringen strukturell und personell voranzutreiben“, dem Verband ein „eigenes Profil“ zu geben und „eine weltanschaulich gefestigte und idealistische Jugend zu formen“.

Die Thüringer JN traten im Berichtszeitraum mit zahlreichen Flugblattverteilkaktionen in Erscheinung. Der JN-Stützpunkt Erfurt streute im Februar Flyer u.a. mit der Aufschrift „Vor 63 Jahren fuhlen keine Papierschnipsel vom Himmel ... 20. Februar 1944 – ERFURT – unvergessen“ und „Wir gedenken allen Opfern! Kein Vergeben – Kein Vergessen!“²⁰ Darüber hinaus organisierte insbesondere der JN-Stützpunkt Erfurt zahlreiche demonstrative Aktionen in Kooperation mit dem örtlichen NPD-Verband. So fand am 17. August auf dem Erfurter Anger unter dem Motto „Meinungsfreiheit wiederherstellen – Weg mit den Volksverhetzungsgesetzen!“ eine gemeinschaftlich initiierte Mahnwache statt.

Für das Jahr 2008 haben die JN in Thüringen angekündigt, ihre Kader regelmäßig zu verschiedenen Themen schulen, eigenes Informationsmaterial erstellen und dieses vor Schulen verteilen zu wollen. Neben der Herausgabe einer JN-Schülerzeitung für Thüringen wurde ein verstärktes Tätigwerden an Schulen und Jugendclubs angekündigt.

3.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1987	1991
Sitz	München	Oldisleben
Mitglieder		
2005	ca. 9.000	ca. 80
2006	ca. 8.500	ca. 60
2007	ca. 7.000	ca. 50
Publikation	„National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung“ (NZ)	
Internet	eigener Internetauftritt	kein eigener Internetauftritt vorhanden ²¹

²⁰ Fehler im Original.

²¹ Auf der Internetseite des Bundesverbands findet sich ein Hinweis auf den Landesverband.

3.2.1 Der Bundesverband der DVU

Die DVU wurde 1987²² in München unter dem Namen „Deutsche Volksunion-Liste D“ (DVU-Liste D) gegründet und 1991 durch Satzungsänderung in „Deutsche Volksunion“ (DVU) umbenannt. Über viele Jahre war sie die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei Deutschlands. Im Berichtszeitraum ist die Partei mit nunmehr ca. 7.000 Mitgliedern – einschließlich des DVU e.V. und weiterer Nebenorganisationen – knapp hinter die NPD zurückgefallen. In allen Bundesländern verfügt die Partei über Landesverbände. Gegenwärtig ist sie in Brandenburg im Landesparlament vertreten. Bei den Wahlen in Bremen am 13. Mai konnte die DVU ihren Sitz in der Bremer Bürgerschaft verteidigen. Der einzige Abgeordnete hatte jedoch im Juli die DVU-Mitgliedschaft aufgegeben.

Im Gegensatz zur NPD gelang es der DVU auch 2007 nicht, durch den „Deutschland-Pakt“ an Attraktivität innerhalb der rechtsextremistischen Szene zu gewinnen und den seit Jahren andauernden Mitgliederverlust aufzuhalten. Aufgrund der Inaktivität einzelner Landesverbände fällt es der DVU zunehmend schwer, sich der NPD als gleichwertiger Partner im „Deutschland-Pakt“ zu präsentieren.

Die Partei wird von Dr. FREY zentralistisch geführt. Sein bedingungsloser Machtanspruch lässt den Unterorganisationen keinen Handlungsspielraum für eigene Initiativen und selbstständige politische Arbeit. Nach wie vor ist die DVU bei ihrem Vorsitzenden hoch verschuldet. FREY – in Personalunion Vorsitzender und Kreditgeber der Partei – besitzt eine ungewöhnliche Machtfülle. Er ist faktisch zugleich deren Chefideologe und -strategie, alleinige Entscheidungsinstanz in Sach- und Personalangelegenheiten, einzig befugtes Sprachrohr und nicht zuletzt ihr oberster Spendeneintreiber und Großfinanzier.

Das Programm der DVU ist bewusst vage gehalten, um die extremistische Zielsetzung zu verschleiern und möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten. In dem inoffiziellen Parteiorgan „National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung“ tritt die rechtsextremistische Ausrichtung weitaus deutlicher zu Tage. In dem Blatt werden typische rechtsextremistische Agitationsfelder unter dem Blickwinkel eines übersteigerten Nationalismus aufgegriffen. Besondere Schwerpunkte bilden Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Antiamerikanismus sowie ein umfassender Revisionismus. Ausländer und Juden werden pauschal diskreditiert und als antideutsche Feindbilder dargestellt.

3.2.2 Der Thüringer Landesverband der DVU

Der 1991 gegründete Thüringer Landesverband der DVU steht seit 2003 unter der Leitung von Walter BECK. Wenngleich der Verband über mehrere Kreisverbände verfügt, bleiben die Aktivitäten der Parteimitglieder meist auf den Bezug der wöchentlich erscheinenden DVU-Publikation sowie den gelegentlichen Besuch der „Politischen Stammtische“ beschränkt. Eine kontinuierliche Parteiarbeit hat sich nicht zuletzt wegen des autoritären Führungsstils des Bundesvorsitzenden, der den Parteiuntergliederungen kaum Freiräume für eigene politische Arbeit lässt, nie entwickelt. Der Mangel an engagierten Mitgliedern gepaart mit dem Unvermögen, den stetigen Mitgliederrückgang zu stoppen, lässt den Landesverband, dem im Berichtszeitraum noch etwa 50 Personen zugerechnet wurden, zunehmend orientierungslos erscheinen.

Kontakte zur NPD bestehen vorwiegend über den DVU-Landesvorsitzenden Walter BECK, der selbst an einzelnen NPD-Veranstaltungen teilnahm. Seine Anwesenheit bei der NPD-Presskonferenz zum „Fest der Völker“ in Jena wurde von den „Freien Kräften“ begrüßt. Zei-

²² DVU e.V. 1971 als Verein gegründet, 1987 als Partei konstituiert, 1987 – 1991 „DVU-Liste D“.

ge sie doch, dass sich die DVU in Thüringen „inzwischen offener in Richtung nationaler und sozialistischer Bestrebungen organisiert“ und „mit allen Kräften des volkstreuem Lagers kooperiert“. BECK war zudem auf dem Landesparteitag der NPD am 8. Dezember als Gast zugegen. Einen noch höheren Bekanntheitsgrad erlangte der DVU-Funktionär Uwe BÄZ-DÖLLE. Seit 1999 amtiert er als Beisitzer im Landesvorstand der DVU, die er im Stadtrat von Lauscha vertritt. Aufgrund seines kommunalpolitischen Engagements erlangte er gewisse Akzeptanz in der dortigen Bevölkerung. Wie BECK unterhält BÄZ-DÖLLE gute Kontakte zur NPD, aber auch zum lokalen neonazistischen Spektrum. Beide DVU-Funktionäre traten im Jahr 2005 auf der Liste der NPD zur Bundestagswahl an.

Innerhalb des rechtsextremistischen Lagers kommt der DVU dennoch nur ein geringer Stellenwert zu. Die einzelnen Kooperationen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lage der Partei als desolat eingeschätzt und der DVU die Kandidatur zur Landtagswahl nicht zugestanden wird. Die daraus möglicherweise erwachsenden Auseinandersetzungen könnten den Fortbestand der „Volksfront von Rechts“ gefährden.

3.3 „Deutsche Partei“ (DP)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1993	2003
Sitz	Erfurt	Zella-Mehlis
Mitglieder		
2005	ca. 500	ca. 20
2006	ca. 500	ca. 15
2007	ca. 250	unter 10
Publikation	„Deutschland Post“	
Internet	eigener Internetauftritt des Bundesverbands und mehrerer Landesverbände	kein eigener Internetauftritt

3.3.1 Der Bundesverband der DP

Die DP wurde am 9. Mai 1993 (wieder) gegründet. Als ihr Bundesvorsitzender amtierte von 2001 bis Anfang 2005 Dr. Heiner KAPPEL. Ein interner Richtungsstreit zog die Abwahl KAPPELs im Januar 2005 nach sich. Ab Mai 2005 fungierten Claudia WIECHMANN (Sachsen-Anhalt) und Ulrich PÄTZOLD (Bayern) als gleichberechtigte Bundesvorsitzende.

Bei dem am 24. Juni in Neuhoof-Rommerz (Hessen) durchgeführten Bundesparteitag der DP gelang es nicht, die seit Monaten andauernden internen Streitigkeiten um die Führung der Partei zu beenden. Der Parteitag war aufgrund eines im März vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden geschlossenen Vergleichs zwischen den amtierenden Bundesvorsitzenden WIECHMANN und PÄTZOLD einerseits und dem ehemaligen Bundesvorsitzenden Dr. KAPPEL andererseits notwendig geworden. Zum neuen Bundesvorsitzenden wurde mit Alfred KUHLEMANN (Niedersachsen) ein Anhänger KAPPELs gewählt. Damit haben sich scheinbar jene Kräfte in der Partei durchgesetzt, die eine Kooperation mit der NPD ablehnen.

Die DP, der Ende 2007 bundesweit nur noch etwa 250 Mitglieder angehörten, gliedert sich in mehrere Landesverbände, die teils inaktiv sind oder zumindest über keine gefestigten Strukturen verfügen. Der Partei gelang es im Berichtszeitraum nicht, den sich abzeichnenden Auflösungserscheinungen entgegenzusteuern. Der innerparteiliche Richtungsstreit um eine mögliche Kooperation mit anderen national gesinnten Gruppierungen/Parteien und die zurückliegenden persönlichen Auseinandersetzungen haben die DP in ihrer Substanz ausgebrannt. Die Vielzahl der damit verbundenen Parteiaustritte lässt den weiteren Bestand der Partei fraglich erscheinen.

Bei der DP liegen tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen vor, wengleich nicht jedes Mitglied verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Der Agitation der Partei liegen unterschwellig fremdenfeindliche Denkmuster zugrunde, die sich gegen die Zuwanderung von Ausländern richten.

3.3.2 Der Thüringer Landesverband der DP

Der Landesverband wurde 2003 gegründet, als dessen Vorsitzender amtiert seither Kurt HOPPE. Der anhaltende interne Richtungsstreit im Bundesvorstand lähmte auch im Berichtszeitraum die Partearbeit im Landesverband. Die ohnehin geringe Mitgliederzahl ging von etwa 15 Personen im Jahr 2006 im Berichtszeitraum auf unter 10 zurück. Einzig Kurt HOPPE und Christian BÄRTHHEL engagierten sich aktiv auch in anderen rechtsextremistischen Zusammenhängen in Thüringen.

Anders als auf Bundesebene befürworten die Mitglieder des Thüringer Landesverbands der DP eine Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Parteien/Organisationen. Dies drückt sich in ihren engen Kontakten zur NPD bzw. zum neonazistischen Spektrum aus. So beteiligte sich der Landesvorsitzende der DP aus Anlass des Volkstrauertages am 18. November als stellvertretender Versammlungsleiter und Redner an einer Gedenkfeier des rechtsextremistischen Spektrums am Soldatengrab auf der Schmücke bei Oberhof.

4. Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus)

4.1 Ideologischer Hintergrund

Die Neonaziszene verfügt ebenso wenig über eine einheitliche, in sich geschlossene Ideologie wie der „historische Nationalsozialismus“. Die Ansichten der Neonazis setzen sich aus ideologischen Versatzstücken nationalsozialistischer und gewaltverherrlichender Rhetorik und Symbolik sowie subkulturellen Elementen zusammen. Die Übergänge zwischen der politisch-ideologisch geprägten Neonaziszene einerseits und dem subkulturell geprägten Spektrum andererseits sind fließend, es bestehen starke personelle Überschneidungen. Was den meisten Neonazis an weltanschaulich-ideologischem Wissen fehlt, wird von ihnen durch eine provozierende und aggressive Haltung nach außen kompensiert. Da sich Neonazis auf führende Personen der nationalsozialistischen Diktatur, auf deren Symbole und Riten berufen, geht von ihnen ein hohes Provokationspotenzial aus.

Neonazis betrachten ihre Umwelt aus der Sicht rassistisch unterlegter „Freund-Feind“-Kategorien. Sie sind der Überzeugung, sich in einem permanenten Kampf gegen das angeblich übermächtige „Weltjudentum“ zu befinden, das sie Außenstehenden gegenüber mit der Kurzformel ZOG²³ verschleiern. Ihrer Ansicht nach werden die westlichen Regierungen – insbesondere die der USA und Deutschlands – vom „internationalen Finanzjudentum“ gesteu-

²³ ZOG steht für „Zionist Occupied Government“ („zionistisch beherrschte Regierung“).

ert und unterstützten dessen Streben nach der Weltherrschaft. Als Chiffre für diese Behauptung wird von ihnen der Begriff „amerikanische Ostküste“ verwendet.

4.2 Organisationsformen der Neonaziszene im Allgemeinen

Neonazis sind in einer Vielzahl rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen sowie meist regional und in lockeren Strukturen organisiert. Nachdem Anfang der neunziger Jahre mehrere neonazistische Organisationen verboten worden waren, reagierten die Neonazis mit zwei verschiedenen Gegenstrategien. Auf der Suche nach Organisationsformen fand sich ein Teil der Neonazis, die sich selbst als „Freie Nationalisten“ bezeichnen, in unabhängigen Kameradschaften („Organisierung ohne Organisation“) zusammen. Andere Neonazis wählten das „legale Dach“ der NPD als Unterschlupf und nutzten deren Parteienprivileg für eigene Aktionen.

Konzept der „Freien Kameradschaften“

Die dominierende Organisationsform der Neonaziszene bildete viele Jahre die „Freie Kameradschaft“. Kameradschaften existieren in fast allen Bundesländern, obwohl selbst führende Neonazis in den letzten Jahren der NPD beigetreten sind und sich dort engagieren. Die Parteinbindung hindert sie in der Regel nicht, weiter für die Kameradschaft aktiv zu bleiben. Das Konzept der „Freien Kameradschaften“ sieht vor, sowohl als kleine autonome Einheiten auf meist lokaler bzw. regionaler Ebene zu agieren als auch sich über technische und personelle Kontakte überregional zu vernetzen. Aufgrund ihres informellen Charakters sollen den Behörden weniger Angriffspunkte geboten werden, gegen die Kameradschaften vorzugehen. Obwohl Kameradschaften meist keine oder nur geringe vereinsähnliche Strukturen aufweisen, sind sie dennoch kraft einer verbindlichen Funktionsverteilung deutlich strukturiert. Sie werden durch die Bereitschaft getragen, gemeinsam politische Arbeit in der Absicht zu leisten, neonazistisches Gedankengut zu verbreiten. Die Verfassungsschutzbehörden sprechen dann von einer neonazistischen „Kameradschaft“, wenn die jeweilige Gruppierung die folgenden Merkmale aufweist:

- einen abgegrenzten Aktivistenstamm mit beabsichtigter geringer Fluktuation,
- eine lediglich lokale oder maximal regionale Ausdehnung,
- eine zumindest rudimentäre Struktur und
- die Bereitschaft zu gemeinsamer politischer Arbeit auf Basis einer rechtsextremistischen, insbesondere neonazistischen Grundorientierung.

Um die Beschränkung auf einen lokalen Wirkungskreis auszugleichen, werden hin und wieder Aktionsbündnisse und -büros gebildet. Diese sollen dazu beitragen, die Mobilisierung zu verbessern und gemeinsame Projekte zu entwickeln. Sie sind teils über Internetseiten vernetzt, werden aber – von Ausnahmen abgesehen – ihrem Koordinierungsanspruch nicht gerecht.

„Autonome Nationalisten“ (AN)

Seit einigen Jahren treten in einzelnen Bundesländern bei rechtsextremistischen Demonstrationen Personengruppen auf, die sich als „Autonome Nationalisten“ bezeichnen. Deren Kennzeichen sind:

- militante Kampfformen („Schwarzer Block“ und Gewaltandrohungen gegen Polizei und Gegendemonstranten),
- ein verändertes Outfit (schwarze Kleidung oder/und Vermummung),
- die Verwendung modifizierter linksextremistischer Symbolik,

- eine mit Anglizismen durchsetzte Sprache.

Die AN verstehen sich dabei nicht als Organisation im klassischen Sinne, sondern als politische Strömung innerhalb der Neonaziszene. Nach dem im Internet veröffentlichten Selbstverständnis sehen sie sich als „revolutionäre Linksnationalisten“ oder auch „Nationalsozialisten“, die sich jedoch vom Hitlerismus distanzieren und stattdessen auf „sozialrevolutionäre (...) Aktivisten in der nationalsozialistischen Ursprungsbewegung“ Bezug nehmen. Die Einordnung in das „stereotype ‚links-rechts‘-Schubladendenken“ lehnen die AN ab. Vielmehr definiere man sich „positiv über eventuell bestehende Interessenüberschneidungen“. Obwohl nicht an „bestehende Parteien, Organisationen und Strukturen gebunden“, stünden sie diesen „nicht unkooperativ gegenüber“. Darüber hinaus bekenne man sich zu einem „Menschenbild innerhalb des eigenen Volkes“, das die Gleichberechtigung der Frau anerkenne und sich gegen Sozialdarwinismus richte. Hinsichtlich der gewählten „autonomen“ Aktionsform heißt es, der Verzicht auf straff durchorganisierte Gruppen erschwere staatlichen Stellen und dem politischen Gegner die Aufklärungsarbeit. „Das Konzept des politischen Soldaten ist der exekutiven Macht des Systems heute nicht mehr gewachsen. An seine Stelle tritt der politische Partisan, der sich unerkannt und anonym in der Gesellschaft, die er ablehnt, bewegt, um sie gezielt im Sinne der nationalen Revolution zu unterwandern.“

Die AN verzeichnen bislang nur begrenzt personelle Zuwächse. Ihr Anteil an der bundesweiten Neonaziszene beläuft sich auf etwa zehn Prozent. Aufgrund der von ihnen praktizierten „Minimalkonsensideologie“, ihrer Offenheit gegenüber anderen Jugendsubkulturen und des erlebnisorientierten Politikstils gewinnen sie jedoch vornehmlich innerhalb der etablierten Neonaziszene Befürworter.

Jugendcliquen/Mischszene²⁴

Neben den angesprochenen Organisationsformen existieren weitere nahezu unstrukturierte Szenen, in denen Neonazis Aktivitäten entfalten. Diese bilden sich aus Mangel an attraktiven sozialen Alternativen vorrangig im ländlichen Raum. Zwischen jenen Cliques und dem Bereich der subkulturell geprägten Rechtsextremisten bestehen keine klaren Trennlinien.

Auch diese Jugendcliquen wählen mitunter die Bezeichnung „Kameradschaft“. In einigen Fällen wird der Zusammenhalt auch durch martialisch klingende Phantasienamen beschworen. Solche überwiegend regionalen, subkulturell geprägten Cliques treffen sich u.a. in Privatwohnungen und Gaststätten, an Tankstellen, Garagenkomplexen und anderen öffentlichen Räumen. Ihre Mitglieder verfügen meist über eine rechtsextremistische Grundeinstellung. Im Vordergrund der Cliques stehen jedoch gemeinsame Freizeitaktivitäten, die Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen und Konzerten sowie das gemeinschaftliche Auftreten. Den Cliques mangelt es oft entweder an einem abgegrenzten Aktivistenstamm oder an einer zumindest rudimentären Struktur, die auch gebietet, sich dauerhaft zu engagieren. Die Anzahl der ihnen zugehörigen Personen schwankt. Mitunter fallen diese Cliques durch provokatives Verhalten in der Öffentlichkeit auf, dessen Folgen auch Propagandadelikte, Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen sein können.

4.3 Zusammenarbeit mit der NPD

Der von der NPD proklamierte und von Teilen der Neonaziszene verwendete Begriff „Nationaler Widerstand“ bezeichnet den Willen von Rechtsextremisten, gemeinsam organisationsübergreifend gegen das politische System der Bundesrepublik und die sie tragenden Kräfte vorzugehen. Während des letzten Jahrzehnts war das Verhältnis zwischen NPD und Neonazis

²⁴ Siehe Kapitel 5.3.

sowohl von Annäherung als auch von Abgrenzung gekennzeichnet. Im Jahr 2004 leitete die zwischen der NPD und Teilen der Neonaziszene getroffene Absprache, künftig offen zusammen zu arbeiten, eine neue Entwicklung ein. Sie erreichte in dem Konzept, die extreme Rechte in einer „Volksfront von Rechts“ zusammenzuschließen, ihren Höhepunkt.²⁵

Das Neonazispektrum setze die Zusammenarbeit mit der NPD auch im Jahr 2007 fort. Trotz der weit gediehenen Kooperation brechen gelegentlich deutliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den „Freien Kräften“ und der Partei auf. Augenscheinlich wurde dies, nachdem das NPD-Präsidium im August einen „Abgrenzungsbeschlusses“ gegenüber den „Autonomen Nationalisten“ veröffentlicht hatte. Daraufhin erklärte sich der weitaus größere Teil der deutschen Neonaziszene mit den „Autonomen Nationalisten“ solidarisch. Um die entstandenen Wogen zu glätten, sah sich die NPD schließlich gezwungen, ihre Aussagen teilweise zurückzunehmen. Sollte die NPD auch künftig Wahlerfolge vorweisen können, wird die Zahl derer, die eine weitere Zusammenarbeit mit der Partei befürwortet, dennoch überwiegen. Für die fortwauernde Attraktivität der „Volksfront von Rechts“ spricht zudem die Annäherung Christian WORCHs an die Partei im Rahmen des Wahlkampfes für die Landtagswahl 2008 in Niedersachsen. WORCH, bundesweit bekannter Neonazis aus Hamburg, gerierte sich bis vor kurzem noch als einer der größten Kritiker der NPD.

4.4 Personenpotenzial und Gruppierungen der Neonaziszene in Thüringen

Die Zahl Thüringer Neonazis ging im Berichtszeitraum erneut zurück. Sie sank von ca. 200 Personen im Jahr 2006 auf ca. 160 Personen. Die bundesweite Entwicklung ist gegenläufig, hier war ein leichter Anstieg auf etwa 4.400 (2006: 4.200) Personen zu verzeichnen. Der Rückgang in Thüringen ist vor allem darin begründet, dass erneut Neonazis der NPD beitraten und sich nunmehr vorwiegend dort engagieren. Zahlreiche Neonazis gehören zugleich der NPD und einer Kameradschaft an.

Die Thüringer Neonazis sind etwa zu 50 % zwischen 20 und 24 und zu 25 % zwischen 25 und 30 Jahre alt; nur ca. 10 % sind älter. Etwa 15 % haben das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet. Der Frauenanteil liegt bei ca. 17 %.

Soweit Thüringer Neonazis organisiert sind, handelt es sich dabei neben Mitgliedschaften in der NPD vor allem um Zugehörigkeiten zu Kameradschaften, Mischszenen oder sonstigen lockeren Personenzusammenschlüssen. Es existieren im Freistaat jedoch keine regional übergreifenden neonazistischen Strukturen. Zudem gibt es Neonazis, die ohne Organisationszugehörigkeit an entsprechenden Veranstaltungen der NPD oder des Neonazispektrums teilnehmen bzw. eigene Aktivitäten, wie die Gestaltung von Internetauftritten, entfalten.

4.4.1 Kameradschaften

Bundesweit bestehen etwa 160 Kameradschaften. In Thüringen wurden im Berichtszeitraum Aktivitäten folgender vier Kameradschaften bekannt:

„Kameradschaft Eichsfeld“

auch:	„Kameradschaft Northeim“
Sitz:	Fretterode
Mitglieder:	ca. 20
Führungsperson:	Thorsten HEISE

²⁵ Siehe Kapitel 3.1.1.3.

Die „Kameradschaft Northeim“ wurde 1995 vom Neonazi Thorsten HEISE gegründet. Seit er im Oktober 2002 von Niedersachsen nach Fretterode verzog, finden auf seinem Anwesen wöchentliche „Kameradschaftsabende“ statt, an denen in der Regel ca. 20 Personen teilnehmen. Über HEISE unterhält die Kameradschaft Kontakte zu Rechtsextremisten in anderen Bundesländern. Die Kameradschaftsangehörigen nehmen an szenetypischen Veranstaltungen auch außerhalb Thüringens teil. Im Freistaat trat die Kameradschaft öffentlich nur selten auf.

HEISE zählt zu den bekanntesten deutschen Neonazis. Er war Landesvorsitzender der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) in Niedersachsen, die bis zu ihrem Verbot im Jahre 1995 über ein Jahrzehnt eine der auffälligsten Neonazi-Organisationen in der Bundesrepublik darstellte. HEISE betreibt den „W & B Versand“, einen Großhandel für Bild- und Tonträger, Geschenkartikel und Militärkleidung sowie einen Einzelhandel mit Wein und Spirituosen. Mit seinem Vertrieb ist er auch im Internet aktiv.

Nachdem die NPD-Führung „Volksfront statt Gruppenegoismus“ propagierte, trat HEISE neben zwei weiteren bundesweit agierenden Protagonisten der Neonaziszene im September 2004 in die NPD ein. Kurze Zeit später erfolgte dann seine Wahl in den Bundesvorstand. Hier soll er als Bindeglied zwischen „Freien Kräften“ und der NPD fungieren. Dies hatte in erster Linie bundespolitische Gründe, beeinflusste jedoch auch die Akzeptanz des Thüringer NPD-Landesverbands im neonazistischen Spektrum positiv. HEISE gehört seit Mai 2005 auch dem Landesvorstand an. Darüber hinaus ist er seit Mai 2007 stellvertretender Vorsitzender des neu gegründeten NPD-Kreisverbands Eichsfeld.

Thorsten HEISE ist mehrfach vorbestraft. Das Landgericht Mühlhausen verurteilte ihn am 3. Juli in einem Berufungsverfahren wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung. HEISE hatte die Produktion von im Februar 2003 am Flughafen Frankfurt/Main sichergestellten 5.000 Tonträgern mit dem Titel „White Covers to Landser“ in Thailand in Auftrag gegeben, um sie in Deutschland zu verbreiten.

Eine weitere Verurteilung in einem Berufungsverfahren wegen Volksverhetzung erfolgte am 14. Dezember durch das Landgericht Göttingen. HEISE war im Februar 2006 vom Amtsgericht Northeim zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr und der Ableistung von 200 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt worden. Er hatte im Jahr 2002 bei einem thailändischen Presswerk die Produktion von 3.000 Exemplaren der CD „Sturm 18 – Komm zu uns“ in Auftrag gegeben. Diese wurden im Mai 2002 bei der Einfuhr ins Bundesgebiet sichergestellt. Bereits im Jahr 2001 waren 3.000 identische CDs nach Deutschland eingeführt worden. Die nun drohende Haftstrafe wurde für vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Darüber hinaus ordnete das Gericht einen Vermögensverfall in Höhe von insgesamt 15.510 € an.

Im Zusammenhang mit einem laufenden Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main wegen des Verdachts der Volksverhetzung im Zusammenhang mit der Produktion und dem Vertrieb strafrechtlich relevanter rechtsextremistischer Tonträger durchsuchten am 30. Oktober Beamte des Bundeskriminalamts (BKA), des Thüringer Landeskriminalamts (TLKA) und der Kriminalpolizeiinspektion (KPI) Nordhausen das Anwesen HEISEs in Fretterode. Es wurden Computer, Festplatten, CDs, diverse Unterlagen sowie mehrere Waffen, darunter eine scharfe Pistole, und Munition sichergestellt.

„Kameradenkreis um Thomas GERLACH“

auch:	„Nationale Sozialisten Altenburger Land“
Sitz:	Region Altenburg
Mitglieder:	etwa 15
Führungsperson:	Thomas GERLACH

Ende 2004/Anfang 2005 bildete sich die neonazistische Gruppierung „Nationale Sozialisten Altenburger Land“. Als Anführer der Gruppierung gilt der langjährige und mehrfach vorbestrafte Rechtsextremist Thomas GERLACH aus dem Raum Altenburg, der sowohl der organisierten Neonaziszene als auch dem subkulturellen Spektrum zuzurechnen ist. Er bezeichnet sich als „Freier Nationalist“, der dem „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) ebenso angehört wie dem von Rechtsextremisten initiierten „Freundeskreis Halbe“ (FKH). Er verfügt über zahlreiche Kontakte zu Rechtsextremisten im In- und Ausland. Internetverlautbarungen zufolge reiste GERLACH im April als Vertreter des KDS erneut zu einem „Nationalisten-Treffen“ nach Lissabon. Darüber hinaus trat er im Juli als Redner beim „Kongress Freier Kräfte Europas“ in Leipzig in Erscheinung. Zum dortigen ca. 100 Personen umfassenden Teilnehmerkreis gehörten zahlreiche hochrangige Neonaziaktivisten aus dem europäischen Ausland. GERLACH kommuniziert zudem in zahlreichen rechtsextremistischen Internetforen.

Nach eigener Aussage gehört GERLACH nicht der NPD an, unterhält aber enge Kontakte zum örtlichen NPD-Kreisverband Altenburger Land sowie zum Thüringer NPD-Landesverband. Für den örtlichen NPD-Kreisverband organisierte GERLACH in diesem Jahr Mitgliederversammlungen sowie mindestens eine Vortragsveranstaltung.

Seit Juni sind die „Nationalen Sozialisten Altenburger Land“ in das Internetportal des „Freien Netzes“, welches sich als Zusammenschluss parteiunabhängiger Aktionsgruppen aus dem Raum Mitteldeutschland beschreibt, eingebunden. Dessen Schwerpunkt liege „in der vorgabenfreien Berichterstattung über Aktionen und Veranstaltungen sowie in der Verbreitung verschiedener Meinungen und Alternativen zum bestehenden System“.

Am 17. August demonstrierten in Altenburg etwa 180 Rechtsextremisten aus dem Altenburger Land und den angrenzenden Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt unter dem Motto „Meinungsfreiheit schützen – gegen Polizeiwillkür“. Laut späteren Internetstatements habe die Veranstaltung verdeutlicht, „dass im Altenburger Land die Zusammenarbeit zwischen allen volkstreuen Kräften – ob nun parteiunabhängig oder parteigebunden – sehr gut funktioniert und das es hier auch Abseits von krampfhaften ‚Volksfronten‘ einzig und allein um das politische Ziel des Nationalen Sozialismus geht!“²⁶.

„Freie Kräfte Südthüringen“ (FKST)

Sitz:	Raum Südthüringen (Zella-Mehlis)
Mitglieder:	ca. 20

Die FKST haben sich eigenen Angaben nach im März gegründet. In ihrem Internetauftritt stellen sich die FKST als „einen parteiunabhängigen Zusammenschluss von einigen politischen Organisationen und einzelnen Aktivisten im Raum Südthüringen“ dar. Die FKST wollen „durch radikale, aber gewaltfreie und legale Arbeit die Idee eines neuen Deutschlands in das Volk und in die Jugend tragen.“

Waren anfangs lediglich Internetaktivitäten der FKST feststellbar, so nahmen die Aktivisten seit Anfang Mai an einzelnen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen der Neonaziszene teil. Bei Spontanveranstaltungen der NPD anlässlich des Verbots der „G8-Gegendemonstration“ in Berlin und Lüneburg (Niedersachsen) waren ebenfalls Angehörige der FKST zugegen. Außerdem beteiligten sich einige Angehörige der FKST in Erfurt an einer NPD-Aktion anlässlich eines PDS-Infostandes sowie an zwei NPD-Veranstaltungen im Juni in Schmalkalden und Meiningen. Im Herbst führten die FKST eine Saalveranstaltung durch,

²⁶ Fehler im Original.

bei der sie Selbstdarstellungen zufolge grundlegende, aber auch neue Strategien für einen noch effektiveren Widerstand behandelten. Sie gaben an, gezielter, regionaler und aktiver agieren zu wollen.

„Braune Aktionsfront Thüringen“ (B.A.F.)

Sitz:	Region Weimar und Apolda
Mitglieder:	etwa 35
Führungsperson:	u.a. Martin RÜHLEMANN

Seit 2003 tritt die Gruppierung „Braune Aktionsfront Thüringen – Sektion Weimar“ auf. Die Personen, die der Gruppierung zugehören, sind mit dem NPD-Kreisverband Weimar-Weimarer Land eng verbunden, da der Wortführer, Martin RÜHLEMANN, in die NPD eingetreten ist und seit 2005 auch dem Landesvorstand angehört.

Im Vergleich zu den Vorjahren waren die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten im Berichtszeitraum rückläufig. Am 11. April versammelten sich sieben Angehörige der rechtsextremistischen Szene auf dem Goetheplatz in Weimar. Sie führten ein Transparent, das die Aufschrift „In Gedenken an die zahlreichen Opfer des 11. April 1945 durch Alliierten Terror“ trug, mit sich und verteilten themenbezogene Flugblätter. Am 18. August stellten Polizeikräfte an einem Wanderrastplatz in Weimar ca. 20 Angehörige der örtlichen rechtsextremistischen Szene bei einer als „Grillfeier“ deklarierten Zusammenkunft fest, bei der mehrere Tonträger rechtsextremistischer Musikgruppen sichergestellt wurden.

Im Raum Apolda agiert die „Braune Aktionsfront Thüringen – Sektion Apolda“. Das dortige neonazistische Spektrum tritt u.a. auch unter den Bezeichnungen „Kameradschaft Apolda“ und „Jungsturm Apolda“ in Erscheinung. Der handelnde Personenkreis scheint jedoch weitestgehend identisch.

Die „Kameradschaft Apolda“ zeichnete für die Mitte Februar verteilten Flyer unter dem Tenor „Vom Himmel kam die tödliche ‚Befreiung‘ – Alles Gute kommt von oben“ verantwortlich. Die Verfasser werfen dem demokratischen Bündnis gegen Rechtsextremismus vor, die Bombardierung Dresdens zu verharmlosen. Anlässlich des 8. Mai verteilte sie in Apolda Aufkleber mit dem Slogan „8. Mai – Wir feiern nicht! Wir klagen an!“ Im Text hieß es „... veranstaltet weiterhin Tage wie den 8. Mai. (...) Ihr werdet uns niemals stoppen, denn die Wahrheit ist auf unserer Seite!“. Im Laufe des 8. Mai hatten Angehörige der örtlichen rechtsextremistischen Szene in Apolda einen Mahngang, der sich gegen rechtsextremistische Aufmärsche in Thüringen richtete, gestört.

Am 17. November trat das neonazistische Spektrum erneut mit Flugblattverteilaktionen im Stadtgebiet Apolda in Erscheinung. In den Flyern der „Kameradschaft Apolda/Freie Nationalisten aus Apolda“ anlässlich des „Heldengedenktages“ heißt es: „Immer wenn wir an die Gräber der Toten treten, gedenken wir der deutschen Helden, die für Deutschland ihr Leben gaben. Doch an einem Wochenende im Jahr widmen wir uns ausschließlich dieser Pflicht. Es ist das Wochenende um den in der BRD so bezeichneten Volkstrauertag, für uns das Heldengedenken. Dieses ist für uns Symbol der Treue gegenüber den Gefallenen unseres Volkes. Den Gefallenen, die den Tot vor Augen, immer wieder unglaubliche Leistungen besten Soldatentums hervorbrachten, als es um den Schutz unseres Volkes ging.“

4.4.2 Sonstige Personenzusammenschlüsse

Neben den aufgeführten Kameradschaften im engeren Sinne bestehen in Thüringen weitere lockere neonazistische Personenzusammenschlüsse, von denen rechtsextremistische Aktivitäten ausgehen.

„Aktionsbündnis Erfurt“

Im Februar präsentierte sich das bereits seit August 2006 aktive „Aktionsbündnis Erfurt“ erstmals im Internet. Verantwortlich hierfür zeichnet der Neonazi Patrick PAUL. In seiner Internetpräsenz stellt sich das „Aktionsbündnis Erfurt“ als Plattform „Nationaler Sozialisten“ vor, „auf der wir zusammenfinden, uns austauschen, organisieren und koordinieren“. Dem „Aktionsbündnis Erfurt“ lägen weder Parteistrukturen noch „Verwaltungsapparate“ zugrunde. Es setze sich aus mehreren Kameradschaften, Freundeskreisen und Einzelpersonen zusammen, die selbstständig bleiben, aber ihre Kräfte bündeln wollen.

Der „Nationale Widerstand Erfurt“ stehe nach eigener Aussage auf zwei Beinen: „Jugendarbeit und kommunale Verankerung“. Das „Aktionsbündnis Erfurt“ übernehme die Jugend- und Schulungsarbeit der parteiungebundenen Kräfte. Unter dem Tenor „Dritter Weg“ wird die politische Vorstellung beschrieben: „Durch lokale, regionale und nationale Verwaltungs- und Versorgungsstrukturen soll die Allmacht der Hochfinanz durchbrochen und die Nation als Bollwerk gegen volksfeindliche Globalisierung gestellt werden. Der Austausch gleichwertiger und freier Völker und Staaten wird zu Bündnissen führen, in denen das Volkswohl, und nicht der Profit im Mittelpunkt steht. Statt einer Europäischen Union wäre eine europäische Eidgenossenschaft vorstellbar, in der regionale Bündnisse benachbarter Staaten von gegenseitiger Hilfe profitieren – aber in der deutsche Gelder, die im Bildungs- und Sozialwesen dringend fehlen, nicht als Anbauhilfen auf griechischen Äckern versickern.“ In diesem Sinne hatte das „Aktionsbündnis Erfurt“ am 25. Juli eine Kundgebung mit Infostand unter dem Motto „Freie Menschen ÜBERALL – Für eine Zukunft in den Farben der Völker“ veranstaltet.

„Hausgemeinschaft ‚Zu den Löwen‘“ in Jena-Lobeda

Bei der „Hausgemeinschaft ‚Zu den Löwen‘“ handelt es sich um ein von Thüringer Rechtsextremisten genutztes Gebäude im Stadtteil Jena-Lobeda. Der Liedermacher Maximilian LEMKE hatte im September 2002 mit den Eigentümern einen über zehn Jahre laufenden Pachtvertrag geschlossen, der den Erwerb des Objektes nach Fristablauf ermöglicht. Die Räumlichkeiten werden für Vortragsabende, Kameradschaftstreffen, Schulungen oder Liederabende genutzt. Zudem sind in dem Gebäude die Geschäftsstellen des örtlichen NPD-Kreisverbands und des Landesverbands der „Jungen Nationaldemokraten“ beheimatet. Das von den Bewohnern selbst als „Hausgemeinschaft ‚Zu den Löwen‘“ bzw. als „Braunes Haus“ bezeichnete Objekt soll darüber hinaus als Anlaufstelle für Anhänger der rechtsextremistischen Szene wahrgenommen werden, um so deren Zersplitterung entgegenzuwirken.

Seit November 2007 präsentiert sich das „Braune Haus“ mit einer aktualisierten Internetseite, für die der NPD-Kreisvorsitzende Ralf WOHLLEBEN verantwortlich zeichnet. Darin wird das Objekt als Anlaufstelle für organisierte und freie Nationalisten, als „Symbol des nationalen Aufbegehrens“ beschrieben. In dem zum Gebäudekomplex zählenden Wohn- und Schulungsobjekt „Zu den Löwen“, das den Angaben nach zugleich als Heimstätte einer Jenaer Burschenschaft dient, seien bisher 100 Veranstaltungen ausgerichtet worden.

In Anspielung auf die am 9. November am „Braunen Haus“ in Jena vorbeigezogene Demonstration des „Aktionsbündnisses gegen Rechts“ schrieben Bewohner und Sympathisanten später im Internet: „Denn was immer sich die Feinde jeglicher deutscher Souveränität und Freiheit

einfallen lassen, (...) gleich einer Welle gegen dieses Objekt und damit gegen uns anlaufen werden, es steht wie ein Fels und hinter diesem die unzähligen Kameraden und Kameradinnen, die mithelfen, auch in Jena ein Symbol des nationalen Aufbegehrens zu etablieren. Ein Hoch auf die ersten 5 Jahre (...) es werden noch viele folgen ...“.²⁷

„Autonome Nationalisten“ in Thüringen

An Demonstrationen in Thüringen nahmen mehrfach Rechtsextremisten teil, die schwarze Kleidung, Sonnenbrillen oder Kapuzen trugen, um sich unkenntlich zu machen. Anlässlich einer am 18. August von der NPD und „Freien Kräften“ in Jena organisierten Demonstration trat eine Gruppierung in Erscheinung, die ein Transparent mit der Aufschrift „Die Straße gehört uns – Revolution hier-jetzt – Autonome Nationalisten Südthüringen“ mit sich führte. Darüber hinaus fiel diese Gruppierung durch Störversuche bei einzelnen Aktionen auf, die das linksextremistische Spektrum organisiert oder an denen es sich beteiligt hatte.

Wegen ihrer grundsätzlichen Gewaltbereitschaft ist den „Autonomen Nationalisten“ verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.

Rechtsextremistische Jugendcliquen/Mischszene

Neonazistische Aktivitäten gehen in Thüringen ebenfalls von Personenzusammenschlüssen und regional agierenden Aktivisten aus, die für Veranstaltungen jeweils ein bestimmtes Personenpotenzial aus ihrem Umfeld mobilisieren können. Im Internet, auf Transparenten und Flugblättern sowie als Unterstützergruppen für rechtsextremistische Aktivitäten erscheinen immer wieder Bezeichnungen wie „Freie Kräfte Erfurt“ (FKE), „Freie Aktivisten Erfurt“ (FAE), Projekt „Feenwald“, „Erfurter Bündnis gegen Gewalt“, „Kameradschaft Leinefelde“ und andere. Kameradschaften im engeren Sinne stellen sie nicht dar. Meist mangelt es ihnen an einem abgegrenzten Aktivistenstamm, einer erkennbaren Struktur oder an der Bereitschaft, gemeinsam politische Arbeit zu leisten – mithin an Merkmalen, die eine Kameradschaft kennzeichnen. Einige Gruppierungen sind mitunter rein fiktiver Natur, andere lediglich von kurzer Dauer. Sie stehen und fallen mit dem Engagement und der Überzeugungskraft ihres jeweiligen Wortführers.

4.5 Exkurs: Vereinsaktivitäten von Thüringer Rechtsextremisten

Bundesweit bestehen zahlreiche rechtsextremistische Vereine, die unterschiedliche Ziele verfolgen und historische, politische oder gesellschaftliche Themen aufgreifen. Viele von ihnen werden in Vereinregistern geführt. Auch Thüringer Rechtsextremisten gehören derartigen Vereinen, beispielsweise der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) oder der „Heimattreuen Deutschen Jugend e.V.“ (HDJ), an.

Etwa seit dem Jahr 2005 ist in Thüringen die Tendenz erkennbar, dass Neonazis und Angehörige der NPD Vereine im Freistaat gründen bzw. sich um Mitgliedschaften in Vereinen mit nichtextremistischer Ausrichtung bemühen. Insbesondere der Vorsitzende des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda Kai-Uwe TRINKAUS tat sich bei zahlreichen Vereinsgründungen als Ideengeber und/oder Gründungsmitglied hervor.

Ziele der rechtsextremistischen Vereinsarbeit

Bei den von Rechtsextremisten im Freistaat gegründeten Vereinen handelt es sich um solche mit explizit rechtsextremistischer Motivation, aber auch um Sport- oder Geschichtsvereine

²⁷ Fehler im Original.

mit zunächst unpolitischer Ausrichtung. Dabei nutzen Rechtsextremisten bewusst die Vorteile, die ein Verein aufgrund seiner Rechtsform und der daraus resultierenden Möglichkeiten bietet. Hierzu zählen vor allem finanzielle bzw. steuerliche Begünstigungen (Gemeinnützigkeit) sowie logistische Gründe (vereinfachte Nutzung öffentlicher Einrichtungen). In einzelnen Fällen traten Rechtsextremisten bestehenden nichtextremistischen Vereinen (z.B. Feuerwehren, Kampfsportclubs) bei, um diese zur Verfolgung der eigenen extremistischen Ziele zu unterwandern oder durch Veröffentlichung der Mitgliedschaft mediale Aufmerksamkeit zu erlangen.

Vereine bieten Rechtsextremisten die Möglichkeit, im vorpolitischen Raum Fuß zu fassen und diesen durch Teilhabe am öffentlichen Diskurs für eigene Zwecke zu nutzen. Die Erwartung, Kontakte zu Personen nichtextremistischer Gesinnung knüpfen und deren Berührungspunkte gegebenenfalls abbauen zu können, dürfte ebenfalls Hintergrund des Vereinsengagements sein. Die NPD misst der Vereinsarbeit hohen Stellenwert bei. Ihrer Auffassung nach ist sie Teil kommunaler Basisarbeit, die die Partei letztlich in Kommunal- und Landesparlamente führen soll.²⁸

Vereinsgründungen in Thüringen

Im Berichtsjahr taten sich insbesondere nachstehend aufgeführte Vereine, die zahlreiche Rechtsextremisten zu ihren Mitgliedern zählen bzw. Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen liefern, hervor:

- Der Verein „SV Vorwärts Erfurt e.V.“ wurde im Oktober 2006 unter Beteiligung von Rechtsextremisten gegründet. Er gilt aufgrund der personellen Zusammensetzung des Vorstands als rechtsextremistisch beeinflusst. Zu seinen Mitgliedern soll u.a. Kai-Uwe TRINKAUS, Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda, zählen. Der Verein biete neben Badminton, Turnen und Tai Chi auch einen Selbstverteidigungskurs an.
- Ebenfalls unter Beteiligung von Rechtsextremisten gründete sich am 21. Juli in Hildburghausen der Verein „Sportgemeinschaft Germania e.V.“. Dem Vorstand des Vereins gehört u.a. der Vorsitzende des NPD-Kreisverbands Hildburghausen-Suhl, Tommy FRENCK, an. Bereits im Mai 2007 gab der NPD-Landesvorstand in Thüringen bekannt, ein Referat Sport einrichten zu wollen. FRENCK sei an dem Projekt maßgeblich beteiligt. In der Satzung der Sportgemeinschaft ist festgelegt, bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder Wegfall seines bisherigen Zwecks das Vereinsvermögen je zur Hälfte an die „Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene e.V.“ und an die „Deutsch-Russische Friedensbewegung Europäischen Geistes e.V.“ zu übertragen. Zu beiden Vereinen liegen tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen vor.
- Der im Oktober 2006 gegründete Verein „Schöner Leben in Erfurt e.V.“ setzt sich aus Funktionären und Mitgliedern des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda sowie anderen Angehörigen der rechtsextremistischen Szene des Freistaats zusammen. Vorsitzender des Vereins ist der Neonazi Patrick PAUL. Als dessen Stellvertreter fungiert Kai-Uwe TRINKAUS. Nach Eigenangaben sieht sich der Verein als eine Plattform, auf der sich verschiedene Gruppen, Verbände und Einzelpersonen vernetzen, um bei der nächsten Stadtratswahl eine starke Stimme aus der Mitte der Bürgerschaft ins Erfurter Rathaus zu senden.
- Der in Arnstadt ansässige Verein „Deutsch-Russische Friedensbewegung Europäischen Geistes e.V.“ hat sich im August 2006 gegründet. Dem Vorstand gehören u.a. die Rechts-

²⁸ Siehe Kapitel 3.1.2.8.

extremisten Thorsten HEISE und Patrick WIESCHKE an. Der in der Satzung ausgewiesene Vereinszweck ist darauf gerichtet, im deutschen und russischen Volk verbreitete, gegenseitige Vorurteile zu überwinden, indem sich Deutsche und Russen – vorrangig die Jugend dieser Völker – durch persönliche Begegnungen kennen lernen. Zudem bestehen offenbar Verbindungen zu dem Verein „Sportgemeinschaft Germania e.V.“ in Hildburghausen. Am 31. März führte der Verein eine Veranstaltung in Hildburghausen durch, an der auch die „Heimattreue Deutsche Jugend/Thüringen“ beteiligt gewesen sein soll.

- Unter Beteiligung von NPD-Mitgliedern, darunter Kai-Uwe TRINKAUS, sowie weiteren Angehörigen der rechtsextremistischen Szene gründete sich im August in Erfurt der Verein „Rechtsroxx Erfurt e.V.“. Nach Verlautbarungen der Szene beabsichtige der Verein gemeinsam mit dem NPD-Kreisverband Erfurt-Sömmerda eine Telefon-Hotline einzurichten, über die sich aussteigewillige Anhänger der linksextremistischen Szene melden könnten. Interessenten sollen dort u.a. Tipps und Ratschläge für ihren Ausstieg sowie Hilfe für eine Rückkehr „ins normale Leben“ erhalten.
- Der NPD-Kreisverband Erfurt-Sömmerda berichtete auf seiner Homepage über ein Kinderfest des Erfurter Vereins „Alleinerziehende in Not e.V.“ im September in Erfurt. Dem Beitrag waren mehrere Bilder beigelegt, auf denen neben Kindern und Spielgeräten auch ein NPD-Schirm zu sehen war. Kai-Uwe TRINKAUS stand dem Verein, der zwischenzeitlich in „Pro Kid e.V.“ umbenannt worden ist, vorübergehend vor.

4.6 Gewaltpotenzial der Neonaziszene

Öffentliche Veranstaltungen der Neonazis verlaufen überwiegend störungsfrei, was sowohl auf die Auflagen der Ordnungsbehörden als auch die massive Polizeipräsenz zurückzuführen ist. Werden Straftaten begangen, handelt es sich vorwiegend um so genannte Propagandadelikte²⁹. Mitunter kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten aus dem linksextremistischen Spektrum.³⁰ In der Öffentlichkeit, in Zeitungen oder Flugblättern vermeiden es Neonazis in der Regel, Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele zu propagieren. Die öffentlichen Äußerungen können jedoch nicht über das Teilen der Szene immanente Gewaltpotenzial hinwegtäuschen. Zahlreiche Neonazis, nicht selten deren Führungskader, sind wegen der Begehung von Körperverletzungen vorbestraft. Auch szenintern kommt es durchaus zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Als der NPD-Aufmarsch am 1. Mai in Erfurt wegen massiver Störungen gewaltbereiter Linksextremisten nicht wie geplant durchgeführt werden konnte, wähten sich Demonstrationsteilnehmer in ihrer bereits im Vorfeld verfestigten Ansicht bestätigt: „Bürgermeister, Ordnungsamt, Polizei und Linksextreme hatten von Anfang an die Absicht, die NPD-Demonstration nicht stattfinden zu lassen“. Dennoch – hieß es später im Internet – haben sich die nationalen Demonstranten das Recht nicht nehmen lassen, die wenige Tage zuvor erteilte Demonstrationsgenehmigung in die Tat umzusetzen. Dabei entlud sich die insbesondere bei den „Freien Kräften“ latent vorherrschende Gewaltbereitschaft gegenüber den eingesetzten Polizeikräften.

4.7 Aktivitäten und Agitationsschwerpunkte der Neonaziszene

Das neonazistische Spektrum ist aktionistisch ausgerichtet. Die Anhängerschaft wirkt bereitwillig an Demonstrationen mit. Sie nimmt mitunter eine weite Anreise auf sich, um an De-

²⁹ Zum Beispiel Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen oder Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen nach § 86 bzw. § 86a Strafgesetzbuch (StGB).

³⁰ Siehe dazu Abschnitt „Linksextremismus“.

monstrationen Gleichgesinnter im gesamten Bundesgebiet teilzunehmen (so genannter Demo-Tourismus). Das Motto der Veranstaltungen ist eher von nachrangiger Bedeutung. Demonstrationen vermitteln den Anhängern ein Gemeinschaftsgefühl, das ein wichtiges Bindeglied in der ansonsten recht schwach strukturierten Neonaziszene darstellt.

Das neonazistische Spektrum führte im Freistaat im Berichtszeitraum sieben eigene Demonstrationen und Kundgebungen durch, an denen sich zum Teil weniger als 50, aber auch bis zu 180 Personen beteiligten. Lokale Aktionsschwerpunkte bildeten 2007 die Städte Erfurt, Jena und Altenburg. Zudem schlossen sich Neonazis sämtlichen von der NPD organisierten öffentlichen Demonstrationen bzw. Kundgebungen an. An vielen Veranstaltungen und Aktivitäten nahm überwiegend jener Kreis von Rechtsextremisten teil, dem gleich ist, ob diese von „Freien Nationalisten“ oder von der NPD initiiert worden sind.

Zudem organisierten Neonazis auch andere öffentlichkeitswirksame Aktionen, z.B. Flugblattverteilungen und Internetauftritte, sowie Saalveranstaltungen. So fand am 17. November in Finsterbergen (Landkreis Gotha) eine als Schulungsveranstaltung der NPD deklarierte Veranstaltung mit ca. 70 Rechtsextremisten statt. Die „Freien Kräfte Südthüringen“ veröffentlichten im Nachgang einen Verlaufsbericht unter dem Tenor „Große Freie Kräfte Saalveranstaltung – Europa Nation Revolution!“ im Internet. Demnach diene das Treffen von angeblich 100 „Freien Nationalisten“ der Vorbereitung eines großen Europakongresses europäischer Nationalisten, „der in nicht allzu ferner Zeit stattfinden soll“. Nach Ansicht der Verfasser ist der „europäische Widerstand gegen Kapitalismus und Globalisierung die einzige Alternative zur Abschaffung unseres Kontinents durch völkermörderische Globalisierung“.

Inhaltlich greifen Neonazis neben historischen Daten zunehmend auch Gegenwartsthemen auf, um sie in ihrem Sinne zu deuten und ihre Ansichten der Bevölkerung nahe zu bringen. Dabei ist seit etwa zwei bis drei Jahren eine deutliche Verschiebung der Agitation von einzelnen sozialen Themen hin zu einer grundsätzlicheren Thematisierung der Aspekte „Kapitalismus“ und „Globalisierung“ zu beobachten. Darüber hinaus bildeten im Berichtszeitraum „staatliche Repression“ und „Meinungsfreiheit“ Schwerpunkte der Agitation. Insbesondere in den Regionalzeitungen³¹ war eine Fokussierung auf kommunale Angelegenheiten festzustellen. Themen, die das rassistische und ausländerfeindliche Gedankengut der Szene eindeutig zum Ausdruck bringen, sind hingegen in den Hintergrund getreten. Diese Strategie zielt darauf ab, Bevölkerungsschichten, die von tiefgreifenden Transformationsprozessen wie der Globalisierung betroffen sind oder dadurch künftig Nachteile befürchten, für neonazistische Ansichten einzunehmen. Neonazis und NPD sind bestrebt, in der Bevölkerung an Akzeptanz zu gewinnen und sich als politische Alternative zu den Volksparteien, aber auch zum „herrschenden System“ insgesamt anzubieten. Selbst „antikapitalistisch“ geprägte Anschauungen, die die Ablehnung des politischen und wirtschaftlichen Systems der Bundesrepublik einschließen, werden von NPD und Neonazis aufgegriffen, um im Sinne einer „Querfront-Politik“ politische Lagergrenzen zu überwinden und unter diesem politisch entgegenstehenden Protestpotenzial Einfluss zu erlangen.

4.8 Exkurs: Von Rechtsextremisten herausgegebene Regionalzeitungen in Thüringen

Obwohl Thüringer Rechtsextremisten vor allem das Internet³² nutzen, um auf ihre Belange aufmerksam zu machen und Informationen zu streuen, werden zunehmend auch Regionalzeitungen verbreitet. Im Berichtszeitraum erschienen in Thüringen mindestens fünf Publikationen, welche von Angehörigen des neonazistischen Spektrums, die zum Teil auch der NPD

³¹ Siehe Kapitel 4.8.

³² Siehe Kapitel 4.9.

angehören, herausgegeben wurden. Vier dieser Blätter wurden im so genannten Berliner Format (A3) erstellt. Der Außenteil war jeweils von lokalen Angelegenheiten geprägt, der Innenteil der Zeitungen umfasste meist textidentische Beiträge zu allgemeinen Thüringer Themen. In einigen Regionalzeitungen fanden sich Werbeanzeigen ortsansässiger Firmen. Die in einer Auflage von angeblich jeweils ca. 20.000 Exemplaren erschienenen Publikationen wurden von Szeneangehörigen als Postwurfsendung oder auf Veranstaltungen verteilt. Sie konnten darüber hinaus aus dem Internet heruntergeladen werden.

In den Beiträgen wird vorrangig Kritik an den etablierten Parteien geübt und der Eindruck geschürt, Rechtsextremisten machten sich für die Interessen und Probleme der „kleinen Leute“ stark. Die Verfasser greifen schwerpunktmäßig Themen von lokaler und regionalpolitischer Bedeutung und zugleich hohem Reiz- und Identifikationswert auf, um abstrakt gegen „die Politik“ zu polemisieren und im Sinne ihres vom Lagerdenken geprägten Weltbildes („Wir, das Volk – Ihr, die Politiker“) gegen politische Mandatsträger und Entscheidungsprozesse zu agitieren. Hinter der Themenwahl verbirgt sich das Anliegen der Rechtsextremisten, gezielt ein politisches Angebot an Unzufriedene zu lancieren. Plumpe Agitation und aggressive Propaganda werden weitestgehend unterlassen, um potenzielle Interessenten nicht abzuschrecken. Deshalb ist der rechtsextremistische Hintergrund der Regionalzeitungen in vielen Fällen nicht sofort erkennbar.

Allzu deutliche Bezüge zur NPD wurden bislang in den Blättern vermieden. Dies könnte sich mit Blick auf die Kommunal- bzw. Landtagswahlen 2009 ändern. Die NPD hatte bereits im Berichtsjahr angeregt, zum Erreichen ihrer politischen Zielsetzungen künftig noch stärker auf dieses Medium zu setzen.

„Der Rennsteig Bote“

„Der Rennsteig Bote“ wurde erstmals im April/Mai 2005 festgestellt. Im Berichtszeitraum sind vier Ausgaben des Blattes erschienen. Die Initiatoren geben an, ergänzend zu den „gleichgeschalteten Medien“ über „aktuelle Geschehnisse im Landkreis Gotha zu informieren und unabhängige Informationen zu Politik, Wirtschaft, Geschichte und Kultur“ anbieten zu wollen. Sie greifen regionale Themen auf und verweisen auf lokale Veranstaltungen des rechtsextremistischen Spektrums. Federführend sind Sebastian REICHE, NPD-Kreisvorsitzender Gotha, und Patrick WIESCHKE, NPD-Landesgeschäftsführer.

„Der Wartburgkreis Bote“

WIESCHKE zeichnet ebenfalls für das „Unabhängige Mitteilungsblatt für Eisenach & Umgebung – Der Wartburgkreis Bote“ verantwortlich, das zeitgleich mit der im Januar 2006 eröffneten Website erstmals herausgegeben wurde. Auch hier werden regionalpolitische Themen aufgegriffen. Die „Arbeitsgemeinschaft“ strebt an, mit einer Politik, die ausschließlich auf „deutsche Interessen und Menschen“ ausgerichtet ist, einen Gegenpol zur etablierten Kommunalpolitik zu bilden. „Der Wartburgkreis Bote“ wird alle zwei Monate herausgegeben. Bislang sind zehn Ausgaben erschienen.

„Blickpunkt - Vogtland“

Seit Mai ist auch der „Blickpunkt Vogtland“ als „freie und unabhängige Informationsplattform für das Vogtland“ im Internet abrufbar. „Blickpunkt Vogtland“ wird nach eigenen Angaben im Eigendruck vom „Medienverbund Vogtland“ zweimonatlich herausgegeben. Als Kontaktanschrift dient eine Postfachadresse in Greiz. In der Publikation und der gleichnamigen Internetseite sehen die Verantwortlichen „ein Mittel zur geistigen Persönlichkeitsentwicklung, zur Willens- und Wesensbildung des gesamten Volkes“, da unabhängige und von den

Massenmedien verschwiegene Nachrichten aus Politik, Wirtschaft, Geschichte und Kultur verbreitet würden. Bislang sind sechs Ausgaben erschienen.

„Bürgerstimme! Mitteilungsblatt freier Kräfte der Region Erfurt-Arnstadt“

Seit der Juni/Juli-Ausgabe ist die Publikation „Bürgerstimme!“ auch auf der Internetpräsenz des seit Ende 2006 aktiven rechtsextremistischen Vereins „Schöner Leben in Erfurt e.V.“³³ abrufbar. Seither tritt der Verein als Herausgeber der Publikation in Erscheinung. Die presserechtliche Verantwortung liegt weiterhin bei dem Neonazi Patrick PAUL. Das „freie, unabhängige und kostenlose Mitteilungsblatt“ erscheint Angaben des Herausgebers zufolge im Zweimonatsrhythmus. Es enthält neben Berichten zu kommunalen Themen auch Artikel, aus denen die rechtsextremistische Gesinnung der Verfasser deutlich hervorgeht. Zudem werden über das Blatt Termine und Veranstaltungshinweise der rechtsextremistischen Szene bekannt gegeben. Im Berichtszeitraum wurden u.a. in Erfurt fünf Ausgaben verteilt.

„Der Pappenheimer“

Die Regionalzeitung „Der Pappenheimer“ findet im Raum Lauscha Verbreitung. Eigenen Angaben zufolge umfasst das bereits im 3. Jahrgang erscheinende Blatt vier Auflagen jährlich in einer Höhe von jeweils 3.000 Stück. „Der Pappenheimer“ thematisiert zumeist lokale Sachverhalte. Unterschwellig werden auch rechtsextremistische Argumentationsmuster deutlich, wenn beispielsweise der „USraelische Imperialismus“ kritisiert oder die Politik der etablierten Parteien pauschal als „Abzocke“ diffamiert werden. Lediglich über den lokalen DVU-Stadtrat Uwe BÄZ-DÖLLE finden sich geneigte Artikel. Als Herausgeber fungiert ein lokaler Rechtsextremist. Zudem ist „Der Pappenheimer“ auf der Website der neonazistischen „Freien Kräfte Südthüringen“ (FKST)³⁴ als einer ihrer Unterstützer aufgeführt.

4.9 Exkurs: Nutzung des Internets durch Rechtsextremisten

Die rechtsextremistische Szene Thüringens ist im Internet umfassend mit eigenen Präsentationen vertreten. Vor allem das neonazistische Spektrum und die NPD nutzen diese Plattform zur Selbstdarstellung, als Agitations- und Propagandamedium, als Mobilisierungsinstrument sowie als Kommunikationsmittel. Darüber hinaus bedienen sich auch rechtsextremistische Vertriebe des Internets, um über Online-Shops Tonträger, Literatur, Kleidung und andere Szenedevotionalien zu vertreiben.

Die Zahl der von Thüringer Rechtsextremisten betriebenen Websites liegt mit ca. 70 über dem Vorjahresniveau (ca. 60), wobei in regelmäßigen Abständen neue Websites auftauchen und andere wieder verschwinden. Nur knapp die Hälfte der einschlägigen Internetpräsentationen wird mehr oder weniger regelmäßig aktualisiert. Der Personenkreis, der sich aktiv an der Gestaltung der Websites beteiligt bzw. in Diskussionsforen eigene Beiträge einstellt, ist relativ überschaubar.

Zahlreiche Websites bieten ein umfangreiches Repertoire an Informationen, die oft einen klaren regionalen Bezug aufweisen. Andere wiederum werden lediglich anlassbezogen betrieben, beispielsweise um für Veranstaltungen zu mobilisieren und später Veranstaltungsberichte mit zahlreichen Fotos einzustellen. Seit dem 2. Halbjahr 2007 sind vermehrt Videosequenzen eingesetzt worden, die teils vergangene Veranstaltungen beschreiben, teils aber auch der Selbstinszenierung dienen. Die Videosequenzen sind zumeist auf den großen Videoplattformen des Internets eingestellt und über Links mit rechtsextremistischen Seiten verbunden. Darüber hin-

³³ Siehe Kapitel 4.5.

³⁴ Siehe Kapitel 4.4.1.

aus haben zahlreiche Rechtsextremisten des Freistaats ihre „Visitenkarten“ in Online-Communities hinterlassen.

Bei einigen Präsentationen sind – dem allgemeinen Trend im Internet entsprechend – Ansätze zu erkennen, anstelle statischer nunmehr dynamische Websites anzubieten. So sind zahlreiche Homepages mit Diskussionsforen verknüpft oder bieten die Möglichkeit, Beiträge online zu kommentieren. Das „Freie Netz Altenburg“, das zu den aktivsten Websites in Thüringen zählt, bietet u.a. RSS-Feeds³⁵ an. Artikel, die zum Teil mit Videosequenzen verknüpft sind, werden in unterschiedlichem Maße, zumeist jedoch vom Seitenbetreiber selbst, kommentiert. Von den rechtsextremistischen Parteien in Thüringen präsentiert sich insbesondere die NPD im Internet. Nicht nur der NPD-Landesverband, sondern auch der überwiegende Teil der Kreisverbände betreibt inzwischen eigene Websites. Diese sind mit einer Ausnahme in einheitlichem Layout gehalten. Neben der Benennung des Vorstands, Terminhinweisen zu Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene und einer Rubrik „Aktuelles“ verweisen externe Links auf weitere rechtsextremistische Websites oder zu „Lokal- bzw. Kampagnenseiten“ auch außerhalb der rechtsextremistischen Szene. Außer Beiträgen mit lokalem Bezug und zu eigenen Aktivitäten werden oft Artikel anderer Verbände übernommen. Im Diskussionsforum der NPD findet ein intensiver Meinungsaustausch statt, der sich auf unterschiedliche, oft lokal relevante Themen bezieht.

Annähernd ein Drittel der rechtsextremistischen Websites entfällt in Thüringen auf den Musikbereich und hier wiederum überwiegend auf Mailorder. Zu den bedeutendsten Vertrieben für rechtsextremistische Devotionalien zählen der „W & B Versand“ in Fretterode, der auch für das monatlich aktualisierte Online-Magazin „WB Magazin“ verantwortlich zeichnet, und der „Germania Versand“ in Sondershausen. Neben weiteren Firmen präsentieren sich noch einzelne Personen und rechtsextremistische Musikgruppen im Netz.

Ein großer Teil der Websites ist dem neonazistischen Spektrum zuzurechnen. Hier präsentieren sich verschiedene Gruppierungen des selbst ernannten „Nationalen Widerstands“, Vereine, Kameradschaften oder „Freie Nationalisten“ mit teils recht umfangreichen Websites. Hierbei sind neben dem bereits erwähnten „Freien Netz Altenburg“ die „Freien Kräfte Südthüringen“³⁶ besonders aktiv. Sonder- bzw. Aktionsseiten werden eigens zu aktuellen Anlässen – wie dem „Thüringentag der nationalen Jugend“ oder dem „Fest der Völker“ – angelegt. Sie werden insbesondere im Vorfeld einer Veranstaltung stetig aktualisiert und später mit einem Veranstaltungsbericht abgeschlossen. Außerdem besteht die Möglichkeit, Publikationen als Download zu beziehen. In den redaktionellen Bereichen der Websites werden die Strafgesetze nur selten verletzt.

Über das Internet findet rechtsextremistisches Gedankengut mehr oder weniger ungehindert Verbreitung. Insbesondere auf Jugendliche wirken ansprechende Websites mit multimedialen Elementen (z.B. Spiele, Bilder, Musik und Videosequenzen), aber auch der Reiz des Verbotenen, anziehend. Zum Schutz vor rechtsextremistischer Propaganda bedarf es einer Medienkompetenz, deren Entwicklung gesamtgesellschaftlich gefördert werden muss. Exekutivmaßnahmen gegen Betreiber von Websites mit strafbarem Inhalt, Sperrung, Löschung oder Filtersoftware können nur einen Beitrag zum Schutz der Jugend vor Meinungsmanipulation leisten, der zwingend von umfassenden Aufklärungsmaßnahmen flankiert werden muss.

³⁵ RSS (Abkürzung für Really Simple Syndication) ist eine Form der Weitergabe von Inhalten im „World Wide Web“. Es handelt sich um einen praktikablen Standard, um Textinformationen wie Inhalte von Websites (z.B. Nachrichten) für andere Rechner zur Verfügung zu stellen.

³⁶ Siehe Kapitel 4.4.1.

5. Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten

Die Anzahl der subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten sank bundesweit von 10.400 im Jahr 2006 auf etwa 10.000 Personen im Berichtszeitraum. Zu dem Spektrum zählen sowohl Skinheads als auch Angehörige anderer rechtsextremistischer Subkulturen. Von ihnen gehen zahlreiche rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten aus. Überproportional hoch ist das Personenpotenzial jener Szene in den neuen Bundesländern. Nahezu die Hälfte aller gewaltbereiten deutschen Rechtsextremisten ist dort ansässig.

Wie im übrigen Bundesgebiet blieb auch in Thüringen das Anhängerpotenzial mit 530 Personen im Vergleich zum Vorjahr weitgehend konstant. Der Anteil rechtsextremistischer Skinheads ist im Verhältnis zu anderen rechtsextremistischen jugendlichen Subkulturen stark rückläufig, da sich die rechtsextremistische Musikszene differenziert. Sie geht inzwischen weit über die Subkultur der Skinheads hinaus und reicht zunehmend auch in die von Rechtsextremisten besetzten Randbereiche der „Hatecore“- und „Black Metal“-Szene hinein.

Die einzelnen Subkulturen weisen durchaus Ähnlichkeiten auf, sei es im Hinblick auf die Wirkung ihrer Musik, die Verbreitung ihrer CDs oder die Organisation von Konzerten. Sie werden deshalb im Folgenden als Gesamtheit dargestellt. Soweit mitunter von Skinheads die Rede ist, wird dieser Begriff in erster Linie als Sammelbezeichnung für das gesamte rechtsextremistische subkulturelle Spektrum verwendet, auch wenn weite Teile hinsichtlich ihres Erscheinungsbildes und Selbstverständnisses mit dem klassischen Skinhead nur noch wenig gemein haben.

5.1 Entstehung und Ideologie der Skinheadsubkultur³⁷

Die Skinheadbewegung trat in der Bundesrepublik Deutschland erstmals Ende der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts in Erscheinung. Schon bald richteten sich gewalttätige Aktionen von Angehörigen dieser Bewegung gegen die Feindbilder „Ausländer“ und „Linke“. Größtenteils griff die Szene rechtsextremistisches Gedankengut auf, das bald den grundlegenden Bestandteil ihres Selbstverständnisses ausmachte. Zu Beginn der 80er Jahre gab es ähnliche Entwicklungen in einigen Großstädten der DDR. Diese Jugendcliquen wiesen bereits deutliche Bezüge zum Rechtsextremismus auf und machten sehr bald durch Gewalttaten auf sich aufmerksam. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands bildete sich eine gesamtdeutsche Skinhead-Subkultur heraus, die sich mehr und mehr politisierte. Parallel hierzu stieg auch die Gewaltbereitschaft der Szene beträchtlich an.

In den letzten Jahren verbreiterte sich die Palette von Musikrichtungen und Outfits des subkulturellen rechtsextremistischen Spektrums. Das früher häufig anzutreffende Skinheadoutfit, das von kahlrasierten Köpfen („Glatzen“), Springerstiefeln (oft auch schweren, manchmal mit Stahlkappen versehenen Arbeitsschuhen) und Bomberjacken gekennzeichnet war, ist heute nur noch selten anzutreffen. Äußerlichkeiten wie Kleidung oder Haarschnitt lassen heute oft keine eindeutige Zuordnung zum subkulturellen rechtsextremistischen Spektrum mehr zu. Haben unpolitische Jugendliche teils ein für Skinheads vermeintlich typisches Äußeres angenommen, tragen viele subkulturell geprägte Rechtsextremisten oft längere Haare sowie nordisch-germanischen Schmuck. Entsprechende Bekleidung wird oft von Szenefirmen produziert, mitunter werden aber auch Marken bevorzugt, deren Hersteller sich teilweise explizit

³⁷ Unter Subkultur ist im soziologischen Sinne eine Gruppenkultur innerhalb einer umfassenden Kultur oder Gesellschaft zu verstehen, die eigene Verhaltensnormen entwickelt. Die Normen bilden sich aus Überzeugungen, Werthaltungen oder Ideologien heraus, die von der Gesamtkultur abweichen. Die Skinheadszenen stellen eine eigenständige jugendliche Subkultur dar.

gegen eine rechtsextremistische Vereinnahmung wehren. Was ihr äußeres Erscheinungsbild angeht, haben Rechtsextremisten zu weiten Teilen Stilelemente des jugendlichen Mainstreams übernommen. Anhänger des „NS-Black Metal“ (NSBM) tragen oft lange schwarze Haare, dunkle Kleidung oder schminken sich.

Im subkulturell geprägten rechtsextremistischen Spektrum herrschen auf das Gedankengut der Nationalsozialisten ausgerichtete Ansichten vor, unter denen nationalistische, rassistische und antisemitische Vorurteile am stärksten vertreten sind. Zumeist haben Skinheads jedoch keine fest gefügte Weltanschauung. Ihre Einstellung kommt in der Verachtung von Ausländern, Juden, Andersdenkenden oder so genannten Undeutschen, zu denen z.B. Obdachlose und Homosexuelle gezählt werden, zum Ausdruck. Ein hoher Alkoholkonsum und die Gruppendynamik setzen auf Seiten der Skinheads die Hemmschwelle für die Anwendung von Gewalt deutlich herab und lösen häufig spontane gewalttätige Übergriffe aus. Daher sind sie in der Regel als gewaltbereit einzustufen.

Das Schlagwort „White Power“ symbolisiert die rassistische Einstellung der rechtsextremistischen Skinheads. Sie sehen sich als Krieger der „weißen Rasse“ an, was die „14 words“ – eine Art „Kampfpruf“ – ausdrücken sollen.³⁸ Oft verwenden Skinheads nur Insidern bekannte Codes, wie beispielsweise Zahlen an Stelle von Buchstaben. So ist der Gruß „88“ in der Szene weit verbreitet.³⁹

5.2 Strukturen der Skinheadszene

Obwohl die Skinheadszene tendenziell organisationsfeindlich eingestellt ist, bestehen bzw. bestanden in Deutschland einige Bewegungen, die sich meist als Eliteorganisationen verstehen. Hierzu zählen beispielsweise die „Hammerskins“ sowie „Blood & Honour“ („B & H“). Beide Organisationen haben einen politisch-weltanschaulichen Anspruch und agieren international.

Außer in den nachfolgend aufgeführten Organisationen finden sich subkulturell geprägte Rechtsextremisten vor allem in Cliques zusammen, denen es jedoch meist an ausgeprägten Strukturen mangelt. Sie sind an politischen Zusammenhängen nur wenig interessiert und wollen vorrangig ihre subkulturell geprägte Einstellung ausleben.

„Blood & Honour“ („B & H“)

Seit 1995 bestand in der Bundesrepublik eine deutsche „Division“ der „B & H“-Bewegung, die ihren Ursprung in Großbritannien hat.⁴⁰ Diese Organisation verfolgt das Ziel, auf internationaler Ebene eine autonome Struktur für die Skinheadszene zu schaffen. Sie propagiert den Nationalsozialismus und vertritt die rassistische „White Power“-Ideologie. Um auf die Szene mit dem Medium Musik ideologisch einzuwirken, konzentriert sich die „B & H“-Bewegung⁴¹ auf die Organisation von Konzerten und Partys, bei denen insbesondere nationalistische und rassistische Bands auftreten. Ende des Jahres 1997 wurde in Thüringen die bundesweit vertre-

³⁸ Die Zahl 14 wird in Anlehnung an die „14 words“ des amerikanischen Rechtsextremisten David LANE verwandt: „We must secure the existence of our race and a future for white children“ („Wir müssen das Leben unserer Rasse und die Zukunft für die weißen Kinder sichern“).

³⁹ Die Zahl 88 verwenden Rechtsextremisten als Code für die Parole „Heil HITLER“. Die Zahl 8 steht in diesem Falle für H, den achten Buchstaben des Alphabets. Die Zahl 88 entspricht somit HH oder „Heil HITLER“. Diese Verwendung ist im Gegensatz zum „HITLER“-Gruß nicht strafbar.

⁴⁰ Nach der nationalsozialistischen Parole „Blut und Ehre“ benannt und vom Frontmann der englischen Skinheadband „Skrewdriver“, Ian Stuart DONALDSON, 1987 in England gegründet.

⁴¹ Als Code für „Blood & Honour“ wird auch die Zahlenkombination „28“ verwandt.

tene „B & H“-Jugendorganisation „White Youth“ gegründet, die jüngere Szeneangehörige organisieren und an ältere Kameraden binden wollte.

Am 12. September 2000 verbot der Bundesminister des Innern die deutsche Division der „B & H“-Bewegung sowie deren Jugendorganisation „White Youth“, da sich beide Vereinigungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richteten. Zu diesem Zeitpunkt gehörten der „B & H“-Division Deutschland etwa 200 Personen in 15 Sektionen an; „White Youth“ zählte darüber hinaus rund 50 Mitglieder. Das Verbot wurde im Juni 2001 rechtskräftig und schwächte die Szene. Zahlreiche Protagonisten, die in der Gruppierung früher eine Rolle gespielt hatten, verließen die rechtsextremistische Szene oder verlegten ihre Aktivitäten in andere Handlungsfelder, woraufhin der organisatorische Zusammenhalt zerfiel.

Sowohl ehemalige als auch neue Aktivisten waren jedoch bestrebt, frühere Organisationsstrukturen zumindest ansatzweise aufrechtzuerhalten oder neu aufzubauen. Aus diesem Grund wurden seit dem Jahr 2000 von den Strafverfolgungsbehörden deutschlandweit mehrere Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Fortführung einer verbotenen Vereinigung gemäß § 85 Strafgesetzbuch (StGB) eingeleitet, die bisher jedoch noch nicht zu einer Anklage einzelner „B & H“-Aktivisten geführt haben.

Nachfolgebestrebungen von „B & H“ sind allerdings nur noch rudimentär vorhanden. Vor allem im süddeutschen Raum, aber auch in Thüringen, bestehen zwischen einigen ehemaligen Mitgliedern noch persönliche Kontakte. Deren Intensität hat seit den Durchsuchungsaktionen im März 2006 stark abgenommen. Es fanden einzelne rechtsextremistische Konzerte statt, an deren Organisation Personen aus dem früheren Umfeld von „B & H“ mitwirkten. Der hohe Provokationswert des Namens und der Reiz des Verbotenen sollen in der Szene eine größere Aufmerksamkeit erregen und den Verkaufsumsatz, z.B. von CDs oder Kleidungsstücken mit dem Schriftzug „Blood & Honour“, steigern. Dieses Logo hat nach wie vor auch unter jüngeren Rechtsextremisten eine gewisse Werbewirkung.

„Hammerskin“-Bewegung

Die „Hammerskins“ stellen eine weltweit aktive Bewegung dar, die 1986 in den USA gegründet wurde und seit Mitte der 90er Jahre auch in Deutschland mit Sektionen vertreten ist. Die Bewegung versteht sich als Elite innerhalb der Skinheadszene. Sie verherrlicht bzw. propagiert rassistisches und antisemitisches Gedankengut. Ihr Erkennungsmerkmal – zwei gekreuzte Zimmermannshämmer in einer Raute – soll die Kraft und Stärke der „weißen Arbeiterklasse“ symbolisieren. Wegen ihres elitären Anspruchs sind die „Hammerskins“, die bundesweit ca. 100 Anhänger zählen, in der Szene umstritten. In Thüringen verfügen sie nur über einzelne, vornehmlich in Ostthüringen ansässige Anhänger.

Da es den „Hammerskins“ an Organisationsstrukturen ebenso mangelt wie an Führungspersönlichkeiten, gelang es ihnen nicht, sich entsprechend ihrem Anspruch in der rechtsextremistischen Skinheadszene als Elite durchzusetzen oder mit der „B & H“-Bewegung zu konkurrieren. Von ihren überregionalen Koordinierungstreffen, die regelmäßig stattfinden, gingen bislang keine konzeptionellen Impulse aus.

5.3 Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten sind überwiegend abgeneigt, sich in feste und auf Dauer angelegte Organisationsstrukturen einzugliedern. Deshalb bestehen auch kaum institutionalisierte Kontakte zu rechtsextremistischen Parteien oder Organisationen. Es gibt jedoch Kontakte auf regionaler und lokaler Ebene, die sich insbesondere auf die NPD erstrecken und

vor allem von persönlichen Verbindungen abhängen. Andere rechtsextremistische Parteien stehen subkulturell geprägten Rechtsextremisten mit starken Vorbehalten gegenüber.

Im Laufe der letzten Jahre bewegten sich das subkulturell geprägte und das neonazistische Spektrum zunehmend aufeinander zu. Es bildeten sich in größerem Umfang so genannte Mischszenen heraus oder Skinheadcliquen und neonazistische Kameradschaften verschmolzen miteinander.⁴² Die Gründe hierfür liegen in den offeneren Strukturen der Neonazis, die oftmals in „unabhängigen Kameradschaften“ agieren und somit der Organisationsunwilligkeit vieler subkulturell geprägter Rechtsextremisten entgegenkommen.

In den letzten Jahren ist es sowohl der NPD als auch den Neonazis gelungen, zunehmend subkulturell geprägte Rechtsextremisten für ihre Versammlungen zu mobilisieren, wenn sie rechtsextremistische Musik als Medium einsetzten. Diese Tendenz findet Ausdruck in den steigenden Teilnehmerzahlen solcher Veranstaltungen. So nahmen am „6. Thüringentag der nationalen Jugend“ am 19. Mai in Eisenach ca. 370 Personen (2006: 250), an der Veranstaltung „Rock für Deutschland“ am 30. Juni in Gera ca. 650 Personen (2006: 600) sowie beim „2. Fest der Völker“ am 8. September in Jena etwa 1.400 Personen (zuletzt 2005: 500) teil.⁴³ Diese von der NPD im Jahr 2007 organisierten Großveranstaltungen fanden vor allem wegen der Auftritte mehrerer rechtsextremistischer Bands einen so starken Zulauf. Die NPD wird auch künftig die von dieser Musik ausgehende Anziehungskraft nutzen, um insbesondere jugendliche Rechtsextremisten als Veranstaltungsbesucher zu gewinnen.

Darüber hinaus versuchte die NPD im Jahr 2007 in Thüringen wiederholt, rechtsextremistische Musikveranstaltungen als Parteiversammlungen zu deklarieren, um behördlichen Maßnahmen entgegenzuwirken. Bei diesen Veranstaltungen traten oft mehrere rechtsextremistische Bands auf. Das Publikum entstammte zu einem großen Teil dem subkulturellen rechtsextremistischen Spektrum. Besonders im Raum Südthüringen wurden durch den dort ansässigen NPD-Kreisverband Hildburghausen-Suhl mehrfach Parteiveranstaltungen durchgeführt, die rechtsextremistischen Konzerten glichen.⁴⁴

Innerhalb der rechtsextremistischen Musikszene findet eine internationale Kooperation statt, die auf der gemeinsam empfundenen Zugehörigkeit zur „White-Power“-Bewegung und weitgehend übereinstimmenden Feindbildern basiert. Rechtsextremistische Bands aus dem Ausland – insbesondere aus Großbritannien und den USA – und deren CDs sind bei deutschen Skinheads beliebt; entsprechende Gruppen treten regelmäßig bei Konzerten in Deutschland – so auch in Thüringen – auf. Im Gegenzug beteiligen sich deutsche Bands an Veranstaltungen im Ausland und produzieren zum Teil auch Tonträger speziell für diesen Markt in englischer Sprache. Volksverhetzende fremdsprachige Tonträger finden in Deutschland weiterhin eine starke Verbreitung. Dementsprechend ist der Einfluss rechtsextremistischer Musik aus dem Ausland – trotz möglicher Sprachbarrieren – hoch. Mitunter reisen subkulturell geprägte Rechtsextremisten aus Deutschland auch zu rechtsextremistischen Konzerten ins Ausland.

5.4 Wirkung und Facetten rechtsextremistischer Musik

Wirkung auf Jugendliche

Alle Auszweigungen der subkulturellen rechtsextremistischen Szene versprechen Jugendlichen gruppendynamische Erlebnisse und Gefühle von Anerkennung, Gemeinschaft, Kameradschaft und Stärke. Rechtsextremistische Musik und Konzerte bilden deshalb wichtige Ele-

⁴² Siehe Kapitel 4.2.

⁴³ Siehe Kapitel 3.1.2.9.

⁴⁴ Siehe Kapitel 5.7.

mente, um die Szene zusammenzuhalten oder für sie zu werben. Das Gemeinschaftsgefühl, das Konzerte stiften, und die aggressiven Rhythmen der Musik regen rechtsextremistisch „apolitisierte“ Jugendliche oftmals an, sich in die rechtsextremistische Szene zu integrieren oder in ihr zu verbleiben. Die Musik drückt ihre Aggressionen, Ängste und Wünsche aus. Mit den Texten der Lieder werden die ideologischen Botschaften transportiert, für welche die Szene empfänglich ist. Ian Stuart DONALDSON, der die „Blood & Honour“-Bewegung in England gründete, äußerte in diesem Zusammenhang: „Eine Gruppe zu hören, die man gut findet, macht viel mehr Spaß als eine politische Versammlung.“

Häufig sind Texte, die auf den Konzerten vorgetragen werden, extremer als jene, die sich auf den CDs befinden. Mit aggressiven, menschenfeindlichen Formulierungen versuchen die Bands, sich gegenseitig zu übertrumpfen. Die dadurch angestachelten „Hitler-Grüße“ oder Wechselgesänge zwischen Band und Publikum steigern das aufputschende Erlebnis solcher Konzerte. Die Vorliebe für rechtsextremistische Musik trug nicht selten dazu bei, Jugendliche rechtsextremistisch zu sozialisieren. Die Hass- und Gewaltparolen, die Gruppendynamik und die Alkoholexzesse erzeugen „rechtsextremistische Erlebniswelten“. Sie können jugendliche Fans nachhaltig anregen, rechtsextremistische Feindbilder zu übernehmen oder diese zu verfestigen. Somit kann rechtsextremistische Musik in einem starken Maße dazu beitragen, verhaltensprägend zu wirken und für das rechtsextremistische Spektrum einzunehmen.

Facetten rechtsextremistischer Musik

Das musikalische Spektrum, das Rechtsextremisten für die Präsentation ihrer mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck kommenden einschlägigen Botschaften nutzen, ist sehr vielgestaltig. Es reicht vom typischen „R.A.C.“⁴⁵ über den „Black Metal“⁴⁶ und „Hardcore“⁴⁷ bzw. „Hatecore“⁴⁸ bis hin zu eingängigen Melodien bereits bekannter Stimmungslieder oder Schlager, deren Texte umgeschrieben worden sind. Die meisten Stücke stützen sich auf schnelle und harte Bass- und Schlagzeug-Beats, die dem Heavy Metal und verwandten Stilrichtungen entlehnt sind. Die Melodien bestehen meist aus stakkatoartig aneinandergereihten Tonfolgen, die nur wenig melodisch klingen und oft von der grölenden Stimme des Sängers überlagert werden.

Nachdem sich mit dem „NS-Black Metal“ (NSBM) in den letzten Jahren eine weitere Musikrichtung etablierte, in der rechtsextremistisches Gedankengut verbreitet wird, gewinnen innerhalb der rechtsextremistischen Musikszene die Anhänger des „Hatecore“ zunehmend an Bedeutung. Songtexte der beschriebenen Musikrichtungen, Interviews von Bands u.ä. enthalten, wenn auch in höchst unterschiedlicher Deutlichkeit, rassistische, antisemitische und gewaltverherrlichende Ansichten oder glorifizieren die nationalsozialistische Gewaltherrschaft. Die Lieder der rechtsextremistischen Bands widerspiegeln zum Teil ein diffuses „NS-tümelndes“ Weltbild, das mit Fragmenten aus der germanischen Mythologie, mit militärischem Pathos, martialischem Männlichkeitsritus und dem „Gesetz der Straße“ angereichert worden ist. Auf dieser Grundlage geraten diese Lieder zu Hymnen, die von Brutalität, Aggression und Menschenverachtung, von Anklagen und Beschimpfungen des „Systems“ durchdrungen sind, die eine „jüdische Weltverschwörung“ unterstellen und sich in brutale Verfolgungs- und Vernichtungsphantasien hineinsteigern können.

⁴⁵ „R.A.C.“: „Rock against Communism“ (Rock gegen Kommunismus), Rockmusik mit rechtsextremistischen Texten.

⁴⁶ „Black Metal“ stellt eine aggressivere Variante des Heavy Metal dar, der aus kreischenden, hochgestimmten Gitarren, einem donnernden Schlagzeug und einem verzerrt „krächzenden“ Gesang besteht und Gewalt gegenüber positiv eingestellt ist.

⁴⁷ „Hardcore“ verbindet die Einfachheit und Rohheit der „Punk-Musik“ mit den harten, schnellen Rhythmen des „Heavy Metal“.

⁴⁸ „Hatecore“: aggressivere Variante des „Hardcore“ mit entsprechenden Texten (hate = Hass).

5.5 Die rechtsextremistische Musikszene in Thüringen

Insgesamt 14 rechtsextremistische Musikgruppen aus Thüringen traten 2007 bei Sze­ne­ver­an­stal­tun­gen auf oder ver­öf­fent­lich­ten ei­ge­ne Ton­trä­ger. Gut die Hälfte dieser Bands ist seit mehreren Jahren aktiv. Darüber hinaus liegen bei mindestens zwei weiteren Thüringer Bands einzelne Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Ausrichtung vor.

Nachfolgende Bands aus Thüringen wurden im Jahr 2007 als aktive rechtsextremistische Musikgruppen klassifiziert:

- „Brainwash“, Altenburg
- „Celtic Dawn“, Heldrungen
- „Ehre & Stolz“, Suhl
- „Eternal Bleeding“, Altenburg
- „Eugenik“, Gera
- „Moshpit“, Altenburg
- „PAK 88“, Erfurt
- „Rabenschrei“, Sondershausen
- „Rabiat“ (vormals „D.N.A.“), Gera
- „Radikahl“ (nur noch Sänger), Weimar
- „SKD“ („Sonderkommando Dirlewanger“⁴⁹), Gotha
- „Skuld“, Eisfeld
- „Totenburg“, Gera
- „Wolfssang“, Nordthüringen

Im Vergleich zum Vorjahr (15 Bands) blieb die Zahl der als rechtsextremistisch bewerteten aktiven Musikgruppen damit etwa konstant. Eine Band formierte sich um und brachte unter ihrem neuen Namen „Rabiat“ die Debüt-CD „Ohne Kompromisse“ heraus, während mit den „Black Metal“-Bands „Rabenschrei“ und „Wolfssang“ zwei Bands 2007 erstmals in Erscheinung traten und eine Split-CD veröffentlichten.

Die hiesigen rechtsextremistischen Bands sind vorwiegend in Ostthüringen konzentriert. Nur wenige Bands sind im Westthüringer Raum angesiedelt. Die Bands traten überwiegend in den angrenzenden Bundesländern auf, einige auch im Ausland. In Thüringen geplante Auftritte kamen durch Auflösung bzw. Verhinderung von Konzertveranstaltungen zumeist nicht zustande. Die Bands „Eugenik“, „SKD“, „Eternal Bleeding“ und „Radikahl“ erlangten mit diversen Auftritten außerhalb Thüringens überregionale Bekanntheit. Mitglieder der Bands „Moshpit“ und „Brainwash“ stammen teils aus Thüringen, teils aus anderen Bundesländern. Einzelne Musiker wirken in mehreren Bands mit. Mitunter schließen sich Mitglieder verschiedener Bands vorübergehend zu Projekten zusammen und absolvieren Live-Auftritte oder spielen eigene Tonträger ein. Bei Konzerten oder Studioaufnahmen werden fehlende Positionen der Stammbesetzung oft durch den Einsatz von Musikern anderer Bands kompensiert.

Die während des Berichtszeitraumes aktivsten Bands waren „SKD“, „Eternal Bleeding“ und „Celtic Dawn“. Eine mehr als zehnjährige Bandgeschichte weisen „Radikahl“ und „Eugenik“ auf. Maximilian „Max“ LEMKE aus Jena und „Torstein“ aus Nordthüringen waren jene rechtsextremistischen Liedermacher, die im Jahr 2007 am häufigsten in Erscheinung getreten sind. Die Aktivitäten der Band „SKD“ waren nach der Inhaftierung des Band-Leaders rück-

⁴⁹ Die sich aus Straftätern rekrutierende „Sondereinheit Dirlewanger“ der SS zeichnete sich durch besondere Brutalität aus. Sie war aktiv an der Niederschlagung des „Warschauer Aufstandes“ und an Vergeltungsaktionen auf Aktivitäten russischer Partisanen im 2. Weltkrieg beteiligt.

läufig. Interne Zerwürfnisse um die Vermarktung von Tonträgern führten zur zwischenzeitlichen Auflösung der Band, wobei ein Wiederaufleben nach Rückkehr des Bandleaders nicht ausgeschlossen scheint.

Mit den englischsprachigen CDs „Dead Eyes Kissed the Light“ von „Eternal Bleeding“, „Hate is our Justice“ von „Brainwash“ und „Mirror of an unbroken Faith“ von „Moshpit“ gab es 2007 Neuerscheinungen insbesondere von rechtsextremistischen Hatecore-Bands aus Thüringen bzw. solchen mit Thüringer Beteiligung. Daneben erschienen mit den CDs „Allvater - Vater“ und „Europa – Nation – Revolution“ Tonträger unter Beteiligung der bis zu ihrer Auflösung aktivsten Thüringer Band „SKD“. Bereits zu Jahresbeginn brachte „Celtic Dawn“ ihre Debüt-CD „Mit stählerner Hand“ heraus. Mit der CD „Mein Leben der Heimat“ veröffentlichte der Liedermacher „Torstein“ 2007 ebenfalls seine Debüt-CD.

Während die Mitglieder von „SKD“ ihren politischen Standort in älteren Stücken mit antisemitischen, rassistischen, ausländerfeindlichen, volksverhetzenden und gewaltverherrlichenden Textpassagen noch unverblümt zum Ausdruck brachten, wurden die Texte bei den aktuellen Veröffentlichungen deutlich entschärft. Es werden heidnisch-politische Themen verarbeitet, in denen rechtsextremistische Botschaften nur noch unterschwellig anklingen.

Die Hoffnung auf einen zukünftigen „Führerstaat“ wird deutlich auf der SKD-CD „Europa – Nation – Revolution“ im Titel „Am Bahngleis der Zukunft“, wenn es heißt:

*„...Am Bahngleis der Zukunft stellen wir die Weichen
Wir sind die Träger der Pflicht Träger der verbotenen Zeichen
Wir sind die Söhne und Enkel einer nie vergessenen Zeit
Stolze Erben schwer geprüft von Hass und Neid.*

...

*Es naht der Tag wo uns wieder führt
Ein Mann dem dieses Recht gebührt
Ein alter Schwur ein neuer Eid
Führt uns gemeinsam aus diesem Leid...“*

5.6 Organisation und Ablauf rechtsextremistischer Konzerte im Allgemeinen

Die oft als überregionale Treffen organisierten Konzerte dienen als Forum, um Kontakte zu pflegen, Informationen auszutauschen und die Vernetzung der strukturschwachen Szene zu fördern. Sie vermitteln den Teilnehmern ein Gemeinschaftsgefühl.

Auf das restriktive Vorgehen der Behörden gegen die Veranstaltung von rechtsextremistischen Konzerten reagiert die Szene mit teils konspirativen Methoden bei deren Planung und Durchführung.

Die Termine und Orte rechtsextremistischer Konzerte werden meist nicht öffentlich bekannt gegeben. Die Szene wirbt für sie vor allem per SMS, über Telefonketten, Mailinglisten, mit per Post versandten Briefen sowie durch Mundpropaganda. In der Regel wird nur ein Vortreffpunkt benannt, von dem aus die Teilnehmer zum eigentlichen Veranstaltungsort weitergeleitet werden. Mitunter wird der Polizeifunk mit Scannern abgehört, um gegebenenfalls kurzfristig auf Einsätze der Polizei reagieren zu können. Vor Beginn der Konzerte führen die Initiatoren gelegentlich Leibesvisitationen durch und fordern die Teilnehmer auf, ihre Handys abzugeben.

Die Angehörigen der Szene bemühen sich, ihre wahren Absichten zu verbergen, wenn sie Räumlichkeiten mieten und die Veranstaltungen gegenüber den Ordnungsbehörden anzeigen.

So täuschen sie beispielsweise vor, Familienfeiern, Klassentreffen oder Geburtstagsfeiern mit Livemusik vorzubereiten. Teilweise werden Räumlichkeiten von Personen gemietet, die sowohl deren Besitzern als auch den Polizei- und Ordnungsbehörden noch nicht einschlägig bekannt sind. Für Konzerte werden Gaststätten, alte Industriegelände oder Räumlichkeiten genutzt, über die Sympathisanten der Szene verfügen. Solche Szeneobjekte bieten den Vorteil, kurzfristig als Ausweichobjekt zur Verfügung zu stehen, sollte ein an einem anderen Ort geplantes Konzert verhindert oder aufgelöst werden. In den Sommermonaten finden Konzerte auch auf Waldlichtungen, Wiesen oder anderen Orten im Freien statt. Oft erklären die Organisatoren auch, eine „geschlossene Veranstaltung“ mit „geladenen Gästen“, nicht jedoch ein Konzert, zu planen. Hinzu kommen von der NPD angemeldete Veranstaltungen, die durch Auftritte rechtsextremistischer Musikgruppen Konzertcharakter erlangen.

Für die Konzerte wird von den Veranstaltern in der Regel ein Eintrittsgeld zwischen 5 und 20 Euro erhoben. Dessen Höhe hängt u.a. davon ab, welche Bands auftreten oder aus welchem Anlass die Veranstaltung stattfindet (z.B. „Benefiz-Konzerte für inhaftierte Kameraden“). Oftmals sind im Eintritt Freigetranke enthalten. Von einem Teil der eingenommenen Gelder werden die Gagen der auftretenden Bands bzw. Reisekosten gezahlt. Die Höhe der Gagen variiert, kann jedoch durchaus im hohen dreistelligen Bereich liegen, wenn es sich um bekanntere Bands handelt. Der Gewinn, der aus solchen Konzerten gezogen wird, fällt meist dem Veranstalter zu. Die Höhe der Gewinne ist schwer zu beziffern. In vielen Fällen dürften sie zumindest den Lebensunterhalt der Veranstalter aufbessern. Nicht unerhebliche Umsätze und Gewinne werden darüber hinaus durch den Verkauf von CDs und Devotionalien erzielt.

Mitunter begehen Besucher und/oder Mitglieder der auftretenden Bands während oder im Umfeld der Konzerte Straftaten, bei denen es sich vorrangig um Propagandadelikte handelt. Vereinzelt werden im Verlauf der Konzerte Lieder mit fremdenfeindlichen und antisemitischen Texten gesungen, die den Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 StGB erfüllen. Insbesondere bei Konzerten, die von der Polizei aufgelöst oder verhindert werden, kommt es infolge des erhöhten „Frustpotenzials“ von Teilnehmern und Organisatoren gelegentlich zu Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte.

5.7 Rechtsextremistische Konzerte in Thüringen

Die Zahl der rechtsextremistischen Konzerte in Thüringen ging im Jahr 2007 weiter zurück. Von insgesamt acht stattgefundenen Konzerten wurden sechs durch die Polizei aufgelöst. Zwei weitere Konzerte sind bereits im Vorfeld von der Polizei verhindert worden. Darüber hinaus mag es kleinere konzertähnliche Veranstaltungen gegeben haben, die weder innerhalb noch außerhalb der Szene größere Bekanntheit erlangten.

Statistik rechtsextremistischer Konzerte in Thüringen:

	Freistaat Thüringen			Bund
	2005	2006	2007	2007
Jahr	2005	2006	2007	2007
stattgefunden	22	12	8	138
davon aufgelöst	9	6	6	20
verhindert	6	6	2	21

Dank einer verstärkten Vorfeldaufklärung, einer intensiven Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz sowie einer konsequenten Umsetzung des Erlasses des Thüringer Innenministeriums zur „Polizeilichen Behandlung von Skinhead-Konzerten“ gelang es im Berichtszeitraum erneut, den Bemühungen der Szene, Konzerte zu organisieren, mit Erfolg zu begeg-

nen. Von zehn beabsichtigten Konzertaktivitäten konnten insgesamt acht im Vorfeld verhindert bzw. aufgelöst werden.

Rund zwei Drittel aller rechtsextremistischen Konzertveranstaltungen in Deutschland fand in den neuen Bundesländern statt. Thüringen rangiert im Vergleich der neuen Bundesländer – zusammen mit Sachsen-Anhalt – auf dem vierten Platz, im Bundesvergleich bezüglich der Anzahl der stattgefundenen Konzerte im oberen Mittelfeld. Hierfür gibt es mehrere Gründe. Rechtsextremistische Musik und damit verbundene Veranstaltungen sind insbesondere in den neuen Bundesländern sehr populär. Zudem weist Thüringen aufgrund seiner zentralen geografischen Lage sowie des großen Angebots an preisgünstigen oder leerstehenden Gebäuden eine Infrastruktur auf, die sowohl für die Veranstalter der Konzerte als auch für die Sympathisanten, die aus Thüringen und anderen Bundesländern anreisen, von Vorteil ist.

Die Konzerte fanden sowohl in Gaststätten als auch im Freien statt. Zum Teil wurden sie aber auch in so genannten Szeneobjekten veranstaltet – meist in ehemaligen Gaststätten, Fabrikhallen oder Baracken, die über einen längeren Zeitraum von Rechtsextremisten für ihre Aktivitäten genutzt werden. Diese Gebäude dienen auch als Proberäume für Bands, als Versammlungsräume und Freizeittreffs.

Nicht zuletzt auch wegen der in immer geringerer Zahl zur Verfügung stehenden Szeneobjekte fanden im Jahr 2007 weniger rechtsextremistische Konzerte in Thüringen statt. An den Veranstaltungen beteiligten sich jeweils zwischen 50 und 200 Personen, von denen der Großteil oftmals aus den angrenzenden Bundesländern angereist war. Wurden die Konzerte im Vorjahr im Durchschnitt von etwa 150 Personen besucht, sank dieser Wert im Berichtszeitraum auf etwa 105 Besucher und damit deutlich unter den bundesweiten Durchschnitt von 150 Personen ab. Der sich bereits 2006 abzeichnende Trend hin zu kleineren Konzerten hat sich inzwischen sowohl in Thüringen als auch im übrigen Bundesgebiet bestätigt. Mehr als die Hälfte aller Veranstaltungen zog bis zu 100 Personen an, weit seltener wurden bis zu 200 Besucher gezählt. Konzerte mit mehr als 200 Teilnehmern bildeten zuletzt die Ausnahme. In Anbetracht eines bei einer Großveranstaltung drohenden Verbotes und der damit verbundenen finanziellen Einbußen gingen die Veranstalter dazu über, mehrere kleine Konzerte auszurichten.

Das Gros der Konzertteilnehmer (41 %) gehörte der Altersgruppe der 20 bis 24-Jährigen an. 29 % der Besucher waren 25 bis 30 Jahre alt, 12 % waren älter. Der Anteil jener Konzertteilnehmer, die das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, ist erneut zurückgegangen. Betrug er im Jahr 2005 noch 26 %, lag er 2006 bei 19 % und im Berichtszeitraum schließlich bei 18 %. Frauen machten wie im Vorjahr 25 % der Besucher aus.

Wegen der starken Anziehungskraft, die rechtsextremistische Musik auf einen Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausübt, wird die Szene auch künftig bestrebt sein, dieses Personenpotenzial über rechtsextremistische Konzerte an sich zu binden. Allerdings dürfte sich die Entwicklung fortsetzen, kleinere, konspirativ organisierte Konzerte auszurichten. Ebenso dürfte sich das Spektrum der rechtsextremistischen Musikstile weiter auffächern.

Übersicht über die rechtsextremistischen Konzertaktivitäten:⁵⁰

	Datum	Ort	Teilnehmerzahl	(angekündigte) Bands
1	13.01.07	Neustadt	150-200	drei Bands
2	27.01.07	Langenschade	70	„Max Resist“ (USA), „Racial Purity“

⁵⁰ Thüringer Bands wurden fett gedruckt.

		(verhindert)		(Sachsen-Anhalt) und „ PAK 88 “
3	31.01.07	Altenburg (aufgelöst)	70	„Max Resist“ (USA) und „ Eternal Bleeding “
4	03.02.07	Gotha (aufgelöst)	160	„ SKD “, „ PAK 88 “, „ Ehre & Stolz “ und „Gegenschlag“ (Hessen)
5	10.03.07	Brotterode (aufgelöst)	50	drei unbekanntem Bands
6	14.04.07	Hildburghausen (aufgelöst)	150	„Amok“ (Schweiz), „ SKD “
7	18.05.07	Arnstadt- Rudisleben (aufgelöst)	75	„ PAK 88 “, „SOKO 18“ (Bayern) und „ SKD “
8	19.05.07	Erfurt-Möbisburg (verhindert)	60	„ PAK 88 “ und „K.T.E.“ (Sachsen)
9	16.06.07	Breitungen (aufgelöst)	60	„Vae Victis“ (Sachsen-Anhalt), „Aryan Voice“ (Niedersachsen) und eine weitere unbekannte Band
10	29.09.07	Neustadt	100	„Donars Groll“ (Sachsen) und „Njord“ (Schweden)

Rechtsextremistische Bands und Liedermacher traten in Thüringen zudem auch bei den folgenden Veranstaltungen der NPD und der Neonazis auf:⁵¹

	Datum	Art und Ort	Teilnehmerzahl	Bands/Liedermacher
1	10.02.07	Mitgliederversammlung des NPD-KV Hildburghausen-Suhl in Hildburghausen	180	„ Celtic Dawn “, „ SKD “ und „ PAK 88 “
2	19.05.07	Demonstration „6. Thüringentag der nationalen Jugend“ in Eisenach	370	„Vae Victis“ (Sachsen-Anhalt), „Carpe Diem“ (Baden-Württemberg) und Liedermacher „ Max “
3	30.06.07	NPD-Veranstaltung „Rock für Deutschland“ in Gera	650	„Frontalkraft“ (Brandenburg), „Woden“ (Großbritannien), „Racial Purity“ (Sachsen) und „Spreegeschwader“ (Berlin)
4	07.07.07	NPD-Veranstaltung „Unsere Kinder sind unsere Zukunft“ in Greiz	70	„Braune Brüder“ (Bayern) und Liedermacher „ Max “
5	08.09.07	NPD-Veranstaltung „2. Fest der Völker“ in Jena	1.400	„Conflict 88“ (Tschechien), „Brutal Attack“ (England) und „Sleipnir“ (Nordrhein-Westfalen)
6	15.09.07	Parteiveranstaltung des NPD-KV Hildburghausen-Suhl in Stressenhausen	180	vier Bands

⁵¹ Thüringer Bands/Liedermacher wurden fett gedruckt. Darüber hinaus gab es weitere sonstige musikalische Veranstaltungen mit Auftritten ausschließlich von Liedermachern.

5.8 Rechtsextremistische Produktions- und Vertriebsstrukturen

Rechtsextremistische Musik wird größtenteils von rechtsextremistischen Labels produziert, Produktionsfirmen also, die sich in der Hand von Rechtsextremisten befinden. Für gewöhnlich sind diesen Labels Vertriebe angeschlossen. Im Freistaat Thüringen bestehen solche Strukturen u.a. durch die von dem NPD-Funktionär und Neonazi Thorsten HEISE in Fretterode betriebene Unternehmung „W & B Records“ sowie den „Germania Versand“ in Sondershausen. Beide Labels erstellten in der Vergangenheit verschiedene „Eigenproduktionen“ oder auch Sampler von rechtsextremistischen Bands bzw. Liedermachern. Über ihre Vertriebs-schiene bieten sie darüber hinaus ein umfangreiches Sortiment an weiteren szenetypischen Tonträgern und Bekleidung an. Auch Hinweise auf Veranstaltungstermine der Thüringer NPD werden über diese Kanäle verbreitet.

Da rechtsextremistische Musik im „normalen“ Handel meist nicht zu erhalten ist, hat sich zu deren Verbreitung ein spezieller Versandhandel herausgebildet. Im Zuge der Kommerzialisierung wurde der Handel mit Tonträgern durch ein umfassendes Angebot an Videos, Bekleidung, Schuhen/Stiefeln, Fahnen, Schmuck, Büchern etc. ergänzt. Rechtsextremistische Musik und Szeneartikel werden von Vertrieben, in so genannten Szene-Läden sowie von Klein- und Kleinsthändlern angeboten.

Vertriebe/Versandhandel

Die Zahl der rechtsextremistischen Skinheadvertriebe, die in größerem Umfang bundesweit rechtsextremistische Musik und Szeneartikel anbieten und auf dem Postweg versenden, ist im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr auf 82 gesunken (2006: 90). Die Anzahl der in Thüringen ansässigen Einrichtungen bewegt sich im einstelligen Bereich. Der Vertrieb erfolgt vorwiegend über Internet, da dies den Aufwand für Betreiber wie Besteller minimiert. Internetanbietern kommt innerhalb der Szene große Bedeutung zu, weil so entsprechendes Liedgut und Devotionalien einem umfangreichen Interessentenkreis zugänglich gemacht werden können. MP3-Dateien können von Internettauschbörsen heruntergeladen werden. Strafrechtlich relevante Tonträger werden weiterhin vorrangig im Ausland produziert und von dort aus auch vertrieben.

Szene-Läden

Szene-Läden stellen wegen ihres Warenangebots einen Anlaufpunkt insbesondere für subkulturell geprägte Rechtsextremisten dar. Jene Einrichtungen, die sich u.a. in Erfurt, Gera Jena und Weimar befinden, unterhalten in der Regel keine Vertriebsmöglichkeiten über Internet.

Klein- und Kleinsthändler

Klein- und Kleinsthändler wickeln als „fliegende Händler“, beispielsweise bei rechtsextremistischen Konzerten, spontan Geschäfte mit kleinen Stückzahlen ab. Sie bedienen lediglich die jeweilige regionale rechtsextremistische Szene – auch mit strafrechtlich relevanter Ware.

Von den beschriebenen Vertriebswegen abgesehen werden Szeneartikel auch privat, bei Kameradschaftstreffen oder sonstigen rechtsextremistischen Veranstaltungen veräußert. Mit dieser Dezentralisierung reagiert die Szene offenbar auf die Exekutivmaßnahmen der vergangenen Jahre, als strafrechtlich relevante oder indizierte Produkte sichergestellt werden konnten.

5.9 Rechtsextremistische Fanzines

Fanzines gehören neben der Musik zu einem weiteren Kommunikationsmittel des rechtsextremistischen subkulturellen Spektrums. Der Begriff „Fanzine“ ergibt sich aus der verkürzten Zusammensetzung der beiden englischen Wörter „fan“ (begeisterter Anhänger) und „magazine“ (Magazin, Illustrierte). Die meist unregelmäßig erscheinenden Fanzines werden häufig von Skinheads mit Szeneerfahrung und entsprechenden Kontakten herausgegeben. Unterschiede gibt es bei Art und Aufmachung. Manche Fanzines wirken primitiv und sind von schlechter Qualität, andere sind durchaus ansprechend und qualitativ hochwertig gestaltet. Unterschiede gibt es auch bei den Auflagenhöhen. Die Publikationen beinhalten überwiegend Informationen zu Konzerten, Skinheadtreffen oder auch Interviews mit Skinheadbands. Weiteren Raum nimmt Werbung für Tonträger, Szeneartikel oder für andere Fanzines ein. Die Publikationen haben einen geringen, meist regional begrenzten Verteilerkreis. Der Verkauf von Fanzines erfolgt überwiegend auf Konzerten, über Vertriebe und Szene-Läden sowie von Hand zu Hand. Manche Fanzines können direkt beim Herausgeber oder per Internet bestellt werden. Fanzines haben in ihrer herkömmlich gedruckten Form stark an Bedeutung verloren, sie werden nach und nach durch entsprechende Internetangebote ersetzt.

In Thüringen erschien im Berichtsjahr lediglich das Online-Fanzine „WB Magazin“, welches auf der Homepage des Internetvertriebes „W & B Records“ abrufbar ist. Bundesweit wurden im Berichtsjahr 9 (2006: 10) Fanzines veröffentlicht.

6. Sonstige Gruppierungen

In Thüringen traten im Berichtszeitraum wiederholt sonstige überregionale rechtsextremistische Gruppierungen in Erscheinung, die den Freistaat wegen seiner zentralen Lage für ihre Tagungen bevorzugen. Die Veranstaltungsteilnehmer reisten überwiegend aus anderen Bundesländern an. Das Spektrum der im Folgenden dargestellten Gruppierungen reicht vom germanisch-heidnischen über den neonazistischen bis hin zum „intellektuellen“ Rechtsextremismus.

6.1 „Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ (Artgemeinschaft)

Die 1951 gegründete germanisch-heidnische „Artgemeinschaft“ hat ihren Sitz in Berlin, entfaltet ihre Aktivitäten jedoch von Hamburg aus. Sie versteht sich als Glaubensbund, der „die Kultur der nordeuropäischen Menschenart“ bewahren, erneuern und weiterentwickeln will und verbindet germanisch-heidnische Glaubensansätze mit rassistischen Vorstellungen. Von ihren bundesweit ca. 150 Mitgliedern sind etwa zehn in Thüringen beheimatet. Die „Artgemeinschaft“ gibt die „Nordische Zeitung“ sowie eine Schriftenreihe heraus und verfügt über eine eigene Website.

Ihr Vorsitzender, der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen RIEGER, zählt seit Jahren zu den aktivsten Rechtsextremisten Deutschlands. Im November 2006 wurde er als Beisitzer in den Parteivorstand der NPD gewählt. Wegen seines breit angelegten Engagements, seiner Kontakte und Auftritte als Referent oder als juristischer Beistand von Rechtsextremisten gilt er als Symbol- und Integrationsfigur im deutschen Rechtsextremismus.

Die regelmäßigen überregionalen „Gemeinschaftstagungen“ um die Tag- und Nachtgleichen sowie die Sommer- bzw. Wintersonnensonnwende führte die „Artgemeinschaft“ 2007 wiederum in Nordthüringen durch. Die Teilnehmer, darunter aktuelle aber auch ehemalige Aktivisten der rechtsextremistischen Szene, waren nahezu aus dem gesamten Bundesgebiet ange-

reist. Die geschlossenen Veranstaltungen kommen zum Teil Volksfesten oder geselligen Familienveranstaltungen gleich, bei denen germanische Brauchtumpflege betrieben wird. Dieser harmlos anmutenden „Lagerfeuerromantik“ steht das Regelwerk der Artgemeinschaft mit eindeutig rechtsextremistischen Ideologieelementen allerdings entgegen. So gebietet das „Sittengesetz“ der „Artgemeinschaft“ ihren Mitgliedern u.a., sich für die „Wahrung, Einigung und Mehrung germanischer Art“ einzusetzen, „Gefolgschaft dem besseren Führer“ zu leisten und eine „gleichgeartete Gattenwahl (als) Gewähr für gleichgeartete Kinder“ zu treffen.

6.2 „Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) – Der Bismarck Deutsche“

Die DDF stellt eine neonazistische Organisation dar, die nationalistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut verbreitet. Die Aktivitäten der Organisation beschränken sich nahezu ausschließlich darauf, die Zweimonatsschrift „Recht und Wahrheit“, die Artikel von rechtsextremistischen Autoren und Verlegern publiziert, herauszugeben und zweimal jährlich „Recht und Wahrheit-Lesertreffen“ unter dem Namen „Tage Deutscher Gemeinschaft“ zu organisieren. Die Lesertreffen, zu denen sich Anhänger des gesamten rechtsextremistischen Spektrums einfinden, stehen unter der Verantwortung des ehemaligen Vorsitzenden der NPD, Günter DECKERT.

Bereits seit 1997 führt die DDF ihre jährlichen „Recht und Wahrheit-Lesertreffen“ in Nordthüringen durch. Zu den diesjährigen Tagungen vom 4. bis 6. Mai bzw. vom 12. bis 14. Oktober fanden sich jeweils bis zu 120 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet ein. Die Treffen üben auf Anhänger der rechtsextremistischen Szene Thüringens nur geringe Anziehungskraft aus. Dies dürfte neben dem von den Initiatoren geübten Verzicht auf größere Außenwirkung sowohl auf die Auswahl als auch die intellektualisierenden Betrachtungs- und Behandlungsweise der jeweils angeschnittenen Themen zurückzuführen sein.

6.3 „Collegium Humanum e.V.“ (CH)

Das 1963 von dem 1999 verstorbenen Rechtsextremisten Werner Georg HAVERBECK gegründete CH dient seit Jahrzehnten als Bildungsstätte, die insbesondere von Rechtsextremisten genutzt wird. Die Vorsitzende des CH, Ursula HAVERBECK-WETZEL, arbeitet eng mit Horst MAHLER zusammen. MAHLER tritt aktiv in dem revisionistischen „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten“ (VRBHV) und der von ihm initiierten „Reichsbürgerbewegung“ (RBB) auf. In der Zweimonatsschrift des CH „Lebensschutz-Informationen (LSI) – Stimme des Gewissens“ (vormals WSL-D⁵²) werden regelmäßig holocaustleugnende Äußerungen veröffentlicht.

Vom 20. bis 22. April wurde in Mosbach bei Eisenach ein Seminar des CH durchgeführt. Eine weitere Tagung fand dort vom 5. bis 7. Oktober mit ca. 50 Teilnehmern statt. Zum Programm der Herbsttagung zählte der Besuch einer auf der Wartburg dargebotenen Ausstellung zum Wirken der „Heiligen Elisabeth von Thüringen“, der zugleich als Einstieg in das Tagungsthema: „Die geschichtliche Zeit des deutschen Ritterordens“ dienen sollte.

6.4 „Deutsches Kolleg“ (DK)

Das 1994 gegründete DK stellt einen rechtsextremistischen Theoriezirkel dar, der sich als „Denkorgan des Deutschen Reiches“ versteht und rassistisches sowie antisemitisches Gedankengut verbreitet. Die Leitung des DK obliegt dem rechtsextremistischen Soziologen Dr. Reinhold OBERLERCHER. Seine zentrale Aufgabe sieht das DK vornehmlich „in der Schulung der nationalen Intelligenz“. Die Bemühungen des DK, auf diesem Weg Einfluss auch auf

⁵² „Weltbund zum Schutz des Lebens – Bundesverband Deutschland e.V.“ (WSL-D).

andere rechtsextremistische Organisationen und Einzelpersonen zu gewinnen, waren bislang wenig erfolgreich. An der Jahreshauptversammlung Anfang Juni in Mosbach bei Eisenach nahmen weniger als 20 Personen teil.

6.5 „Exilregierung Deutsches Reich“

Seit Anfang 2000 gehen von einer so genannten Kommissarischen Reichsregierung des Deutschen Reiches (KRR)⁵³ bundesweit Aktivitäten aus. Ihrer Auffassung nach bestehe das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fort. Als Beleg führt sie u.a. mehrere völkerrechtliche Verträge und entsprechende Gerichtsurteile an, die diese Rechtsauffassung angeblich stützten. Aufgrund interner Unstimmigkeiten innerhalb der KRR spalteten sich mehrere kleine Personengruppen ab, die unter anderen Bezeichnungen die Ansichten der KRR weiter vertreten.

Bei der „Exilregierung Deutsches Reich“ handelt es sich um einen im Jahr 2004 gegründeten Ableger der KRR. Die „Exilregierung“ entfaltet Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. In den Verlautbarungen der „Exilregierung“ finden sich zahlreiche Belege für die Negation der völkerrechtlich akzeptierten territorialen Grenzen Deutschlands. Sie verfolgt somit Ziele, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind. Über die Kritik an Vertretern von Politik und Behörden hinaus lehnt die „Exilregierung“ das Gesamtsystem der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ausdrücklich ab.

Anhänger der „Exilregierung“ wandten sich auch im Berichtszeitraum mit der Begründung gegen Entscheidungen bzw. Maßnahmen von Behörden und Gerichten, dass diese Stellen – ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland – „nicht existent“ seien.

Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der „Exilregierung“ wurden bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht festgestellt. Die „Exilregierung“ führte im Berichtszeitraum lediglich interne Treffen durch, darunter auch so genannte Kabinettsitzungen mit Bürgerinformation in der Nähe von Eisenach. Zu diesen Veranstaltungen fanden sich deutlich weniger als 50 Personen, darunter kaum Thüringer, ein. Innerhalb der rechtsextremistischen Szene Thüringens kommt der „Exilregierung“ keine Bedeutung zu.

7. Politisch motivierte Kriminalität – Rechts – im Überblick

Die Entwicklung der im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – Rechts – in den letzten Jahren in Thüringen begangenen Straftaten stellt sich in der Statistik des Thüringer Landeskriminalamts (TLKA) wie folgt dar:

Straftaten	2005	2006	2007
Insgesamt	620	611	753
davon u.a.:			
Propagandadelikte	398	387	397
Gewaltkriminalität ⁵⁴	53	55	61
Volksverhetzungen	83	94	178
Sachbeschädigungen	13	14	47

⁵³ Die KRR ist kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden.

⁵⁴ Die politisch motivierte Gewaltkriminalität umfasst Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstands- und Sexualdelikte.

Bei mehr als der Hälfte aller 2007 im Freistaat Thüringen registrierten politisch motivierten Straftaten (1.398) handelte es sich um solche des Phänomenbereichs – Rechts –. Insgesamt wurden hier 142 Delikte mehr als im Jahr zuvor erfasst. Die Mehrzahl der Vorfälle war – wie in den Vorjahren auch – den Propagandadelikten zuzuordnen. Aufgrund größerer Szeneveranstaltungen in den Schutzbereichen der Polizeidirektionen Erfurt, Jena und Gera stiegen die Fallzahlen dort am deutlichsten an.

III. Linksextremismus

1. Überblick

Bundesweit umfasst das Potenzial der revolutionären Marxisten etwa 24.800 Personen. Hinzu kommen ca. 6.300 Personen, die die Verfassungsschutzbehörden der gewaltbereiten linksextremistischen Szene zurechnen. Zu ihnen gehören auch etwa 5.800 Autonome. Diese Zahlen weichen nicht wesentlich von den Werten des Vorjahres ab, zeigen jedoch im aktionsorientierten Bereich, der insbesondere durch das autonome Spektrum getragen wird, eine leichte Zunahme.

Geschätzte Mitglieder- bzw. Anhängerpotenziale im Freistaat Thüringen

	Freistaat Thüringen			Bund
	2005	2006	2007	2007
Gewaltbereite Linksextremisten, davon Autonome	150	150	130	6.300 5.800
Anarchisten: FAU-IAA	-	-	10	300
KPF der Partei DIE LINKE.	50	50	90	840
DKP	50	50	40	4.200
KPD/Ost	wenige Mitgl.	wenige Mitgl.	wenige Mitgl.	200
MLPD	50	50	50	2.300
Rote Hilfe e.V.	nicht benannt	nicht benannt	wenige Mitgl.	4.300

Die Lage im Freistaat stellte sich 2007 in Bezug auf das linksextremistische Spektrum wie folgt dar:

Die in Thüringen agierenden marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen vermochten es auch im Berichtszeitraum kaum, durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wahrgenommen zu werden. Wenngleich sich im Rahmen der Gründung der Partei „DIE LINKE.“ mehr Anhänger zu ihrer „Kommunistischen Plattform“ (KPF) bekannten als in der Vergangenheit unter der PDS, stagnierten die Mitgliederzahlen ansonsten auf dem niedrigen Niveau der Vorjahre oder waren, wie im Falle der DKP, rückläufig.

Durch die gewalttätigen Proteste anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm rückte die autonome Szene insgesamt stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Diese vorübergehend erlangte besondere Aufmerksamkeit ging in Thüringen – anders als im übrigen Bundesgebiet – nicht mit einem Anwachsen der Anhängerschaft einher. Vielmehr war hier ein Anhängerschwund zu konstatieren.

Dennoch gelang es der hiesigen autonomen Szene im Berichtszeitraum zahlreiche Anhänger aus anderen Bundesländern zur Teilnahme an eigenen Aktionen, denen man überregionale Bedeutung beimaß, zu bewegen. Diese waren nicht selten von Auseinandersetzungen mit der Polizei, Sachbeschädigungen und dem Errichten von Barrikaden gekennzeichnet.

Maßgebende Gruppen des autonomen Spektrums blieben weiterhin dem seit März 2006 bestehenden Netzwerk „Autonome Antifa Koordination Thüringen“ (A²KT) zugehörig. Weder die der autonomen Szene immanente Neigung zu Straf- und Gewalttaten noch Zahl, Art und Intensität ihrer Aktivitäten änderten sich im Berichtszeitraum wesentlich. Die seit Jahren vorherrschenden thematischen Schwerpunkte wurden erneut besetzt. Akzentverschiebungen hin-

sichtlich der jeweils gewählten, letztlich jedoch traditionellen Themenfelder ergaben sich aus der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. Der „Antifaschismus“ blieb auch im Jahr 2007 das wichtigste Betätigungsfeld der Autonomen in Thüringen. Ihre Aktionen richteten sich überwiegend gegen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene und deren Strukturen. Sie zielten aber auch oft auf die Zivilgesellschaft ab, da diese ihrer Ansicht nach von einem „rechten“ Konsens gekennzeichnet und daher ebenso zu bekämpfen sei wie der Rechtsextremismus.

2007 wurden in Thüringen öffentliche Aktivitäten von Anhängern des anarchistischen Spektrums bekannt. Innerhalb der „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU) wurde im Frühjahr 2007 eine Ortsgruppe in Südthüringen gegründet, die im September ihre erste Kundgebung in Meiningen durchführte.

Angehörige des autonomen Spektrums, Anarchisten und die linksextremistischen Parteien unterhielten im Berichtszeitraum Kontakte, die über Thüringen hinausreichten.

2. Ideologischer Hintergrund

Das in sich breit gefächerte linksextremistische Spektrum vertritt im Einzelnen ideologisch voneinander abweichende Positionen. Es schließt Anhänger der „wissenschaftlichen Sozialismus- und Kommunismustheorien“ ebenso ein wie Sozialrevolutionäre, Anarchisten und Autonome. Die Werke von MARX, ENGELS, LENIN, von STALIN, TROTZKI und MAO TSE-TUNG stellen die Grundlage der unterschiedlichen Anschauungen und theoretischen Gebäude dar. Das Ziel, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen, ist allen Linksextremisten gemein. Ihre – wie unterschiedlich auch immer gearteten – Bestrebungen richten sich letzten Endes gegen grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Linksextremisten wollen entweder einen marxistisch-leninistischen Staat oder eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ errichten. Sie verbindet das Bekenntnis zur revolutionären Gewalt, zum Klassenkampf und zur Klassenherrschaft. Ihr Grundsatz, dass sich die von ihnen angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen einzig durch den Einsatz revolutionärer Gewalt vollziehen lassen, wird aus taktischen Gründen oft verschwiegen. Bei tagespolitischen Auseinandersetzungen greifen sie häufig zu legalen, gewaltfreien Formen des politischen Engagements. Die eigene extremistische Ausrichtung wird dabei bewusst verschleiert. Mit dieser Taktik gelingt es Linksextremisten durchaus, auf bestimmten Politikfeldern Bündnispartner zu finden, die extremistischen Ansichten im Grunde genommen abgeneigt sind.

3. Autonome

3.1 Allgemeines

Autonome sind in der Bundesrepublik seit Ende der 70er Jahre aktiv. Heute agieren sie vor allem in mittleren und größeren Städten. Schwerpunkte bilden Ballungsgebiete wie Berlin oder das Rhein-Main-Gebiet. Der Szene waren Ende 2007 bundesweit etwa 5.800 gewaltbereite Anhänger zuzurechnen.

Autonome erheben den Anspruch, nach eigenen Gesetzen leben zu wollen. Fremde Vorgaben, staatliche und gesellschaftliche Zwänge lehnen sie ab. „Keine Macht für niemand!“ lautet ihre paradoxe Devise. Kennzeichnend für Autonome ist eine generelle Anti-Haltung. Ihre ideologischen Vorstellungen bleiben oft diffus, anarchistische Elemente mischen sich darin mit nihilistischen, sozialrevolutionären, mitunter auch marxistischen Versatzstücken. Autonome sind entschlossen, die ihnen hemmend oder einengend

erscheinenden staatlichen Strukturen zu zerschlagen. Von einem ausgeprägten Individualismus getrieben verlangen sie dabei nicht nach in sich geschlossenen, theorielastigen Konzeptionen zur Veränderung der Gesellschaft.

Die szeninterne Kommunikation erfolgt vorrangig unter Nutzung elektronischer Medien. Per Internet, über E-Mail-Verbindungen sowie Infotelefone werden überregionale Vernetzungen geschlossen, Agitation und Mobilisierung betrieben. Darüber hinaus dient eine Reihe von Szeneblättern, die z.T. konspirativ verbreitet werden, als Informationsquelle. Die dazu zählende Zeitschrift „INTERIM“, welche vierzehntägig in Berlin erscheint, gilt aufgrund ihrer überregionalen Ausstrahlung als die bedeutungsvollste Publikation.

So genannte Infoläden sind bevorzugte Anlaufpunkte der gesamten Szene und ihrer Sympathisanten. Sie dienen als Kontakt- und Treffmöglichkeit und zugleich als Vertriebsstätte linksextremistischer Schriften und Flugblätter. In den mit gängigem Bürogerät ausgestatteten Räumlichkeiten werden Veranstaltungen vorbereitet und Szeneinformationen durch Plakate und Aushänge vermittelt. Ein adäquates Literaturangebot wird vorgehalten und steht allen Interessierten offen.

Kampagnenfähige Themen, Gewaltpotenzial

Verschiedene Schwerpunktthemen bilden die Grundlagen der Diskussionen und Aktionen der autonomen Szene:

- Antifaschismus,
- Repression und innere Sicherheit,
- Neoliberalismus und Globalisierung,
- Antirassismus,
- Kampf gegen angenommenen „Geschichtsrevisionismus“ und „Opfermythen“ im Zusammenhang mit der öffentlichen Wahrnehmung der Zeit des Nationalsozialismus,
- „Häuserkampf“/Kampf gegen Umstrukturierung,
- Kampf gegen angenommene „Großmachtrollen“ der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union,
- Anti-Atomkraft-Bewegung, insbesondere Castor-Transporte,
- Internationalismus.

Intensität und Bedeutung der genannten Themen schwanken und werden oft vom Tagesgeschehen bestimmt. Im Beobachtungsjahr bildete wiederum das Themengebiet „Antifaschismus“ den Aktionsschwerpunkt der autonomen Szene. Daneben gab es anlassbezogene Aktionen, beispielsweise im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel in Heiligendamm⁵⁵ oder dem Kampf um den Erhalt von Szeneobjekten – der „Köpi“ in Berlin und dem „Ungdomshuset“ in Kopenhagen.

Die Artikulationsformen Autonomer sind vielfältig, sie reichen von Diskussionen, Vortragsveranstaltungen und Demonstrationen über Straßenkrawalle, teils erhebliche Sachbeschädigungen bis hin zu Brandanschlägen. Gewalt ist ein selbstverständliches Aktionsmittel der Autonomen. Bereitwillig setzen sie diese auch gegen Personen ein, vor allem im Rahmen von Protesten gegen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene. Hier suchen Autonome die direkte Konfrontation mit dem politischen Gegner und den Einsatzkräften der Polizei.

⁵⁵ Siehe hierzu Kapitel 3.5.

Dezentralisierung und ideologische Spaltung innerhalb der autonomen Szene

Fest strukturierte, auf Dauer angelegte und übergreifende Organisationsformen widersprechen dem Grundverständnis der Autonomen. Die Szene ist heterogen zusammengesetzt, sie kennt weder Hierarchien noch Führungsstrukturen. Autonome agieren meist in kleinen, unverbindlichen, lokal begrenzten, dezentralen Personenzusammenschlüssen.

Um die allein schon wegen des niedrigen Organisationsniveaus begrenzten Wirkungsmöglichkeiten zu erweitern, hat es dennoch einzelne Versuche gegeben, übergreifende Organisationsformen zu schaffen. Diese basierten jeweils auf dem linksextremistischen Antifaschismusverständnis, das über die Traditionslinien Nationalsozialismus und Faschismus hinaus die Auseinandersetzung mit dem – autonomer Redart nach – in der Bundesrepublik vorherrschenden „imperialistischem System“ einschließt, welches die Autonomen als Fortsetzung und Modifikation des Dritten Reiches deuten. Mit Auflösung der von 1992 bis 2001 bestehenden „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) scheiterte der bisher bedeutendste Ansatz, autonome Strukturen bundesweit zu organisieren. Alle weiteren Versuche, eine inhaltliche und organisatorische Erneuerung zu erreichen, blieben erfolglos. Seither ist es der Szene nicht gelungen, Isolierung, regionale Begrenztheit des Aktionsradius und zahlenmäßige Schwäche zu überwinden.

Übergreifende Vernetzungsversuche werden zudem durch gravierende ideologische Konfliktlinien innerhalb der autonomen Szene, die in der Bewertung des Nahostkonflikts aufbrechen, erschwert. In den letzten Jahren gewannen so genannte antideutsche Positionen zunehmend an Bedeutung. Kernpunkt jener Anschauungen bildet der Massenmord an den europäischen Juden während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Hieraus resultieren sowohl die Ablehnung des deutschen Nationalstaats, der als modifizierte Fortsetzung der Nazidiktatur wahrgenommen wird, als auch eine bedingungslose Solidarität gegenüber dem Staat Israel. „Antideutsche“ Gruppierungen sagen dem deutschen Staat ohnehin eine auf Ausgrenzung anderer Ethnien gerichtete Wesensart nach. Den europäischen Einigungsprozess interpretieren sie als ein deutsches Projekt, das auf friedlichem Wege zu Großmachtstatus verhelfen solle.

Der Staat Israel wird von diesen Gruppen als Zufluchtsort des jüdischen Volkes, als Schutzraum für Juden vor antisemitischer Verfolgung verstanden, der gegen alle Angriffe verteidigt werden müsse. Jedwede Kritik an Israel setzen „Antideutsche“ mit Antisemitismus gleich. Ähnlich werten sie die Kritik an den USA, da diese als Schutzmacht Israels angesehen wird.

„Antideutsche“ Positionen spielten innerhalb des linksextremistischen Spektrums lange eine eher marginale Rolle, bis sie seit der Jahrtausendwende von autonomen Gruppierungen aufgegriffen wurden und in der Szene gewisse Verbreitung fanden. Die bedingungslose Solidarität mit Israel steht den traditionellen „antiimperialistischen“ Einstellungen, nach denen Israel als „imperialistischer Brückenkopf“ der USA im arabischen Raum angesehen wird, diametral entgegen. Nachdem die zum „antideutschen Lager“ zählenden Erfurter Gruppen „mila26“ und „Antifascist Youth Erfurt“ (aye) ihre Aktivitäten einstellten, verloren jene Gegensätze innerhalb des Thüringer autonomen Spektrums an Bedeutung. Im Übrigen Bundesgebiet sorgten sie hingegen immer wieder für Aufsehen. So wurden 2007 die teils gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen „antiimperialistisch“ und „antideutsch“ ausgerichteten Gruppierungen in Magdeburg⁵⁶ innerhalb der autonomen Szene thematisiert.

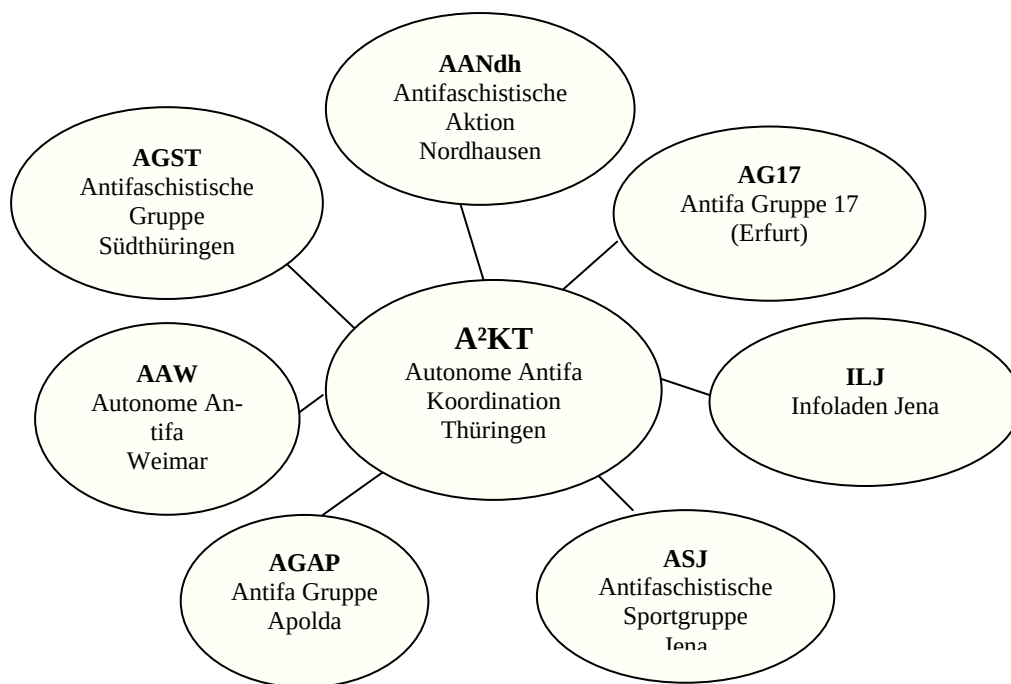
⁵⁶ Unter dem Begriff „Magdeburger Verhältnisse“ wurden innerhalb des autonomen Spektrums Auseinandersetzungen zwischen „antiimperialistisch“ und „antideutsch“ ausgerichteten Gruppierungen in Magdeburg diskutiert.

Bei Veranstaltungen treten die Gegensätze zwischen diesen Strömungen häufig offen zu Tage. Während „antideutsche“ Gruppen Nationalflaggen Israels und der USA mit sich führen, tragen Anhänger „antiimperialistischer“ Gruppierungen so genannte Palästinensertücher. Um gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den ideologisch unterschiedlich eingestellten Gruppen zu unterbinden, wirken Veranstalter von breiter angelegten Aktionen, z.B. von Demonstrationen gegen das rechtsextremistische Spektrum, im Vorfeld auf die Teilnehmer ein, auf entsprechende Symbolik zu verzichten.

3.2 Die autonome Szene in Thüringen

Das Anhängerpotenzial der gewaltbereiten autonomen Szene Thüringens hat sich im Berichtszeitraum auf ca. 130 Personen leicht verringert. Zu einzelnen Aktionen, denen die Szene besondere Bedeutung beimaß, gelang es ihr dennoch, einen weit umfangreicheren überregionalen Teilnehmerkreis zu mobilisieren.

Regionale Schwerpunkte bildeten die Städte Erfurt und Jena sowie die Regionen um Arnstadt, Zella-Mehlis, Suhl und Meiningen. Außerdem sind im Umkreis von Nordhausen und Weimar Autonome aktiv gewesen.



Stand: Dezember 2007

Das im Jahr 2006 gegründete Netzwerk „Autonome Antifa Koordination Thüringen“ (A²KT) strukturierte sich im Beobachtungsjahr um. An die Stelle der vormals sehr aktiven „Antifaschistische Aktion Gera“ (AAG) ist der „Infoladen Jena“ (ILJ) gerückt. In der A²KT sind weiterhin die maßgeblichen Gruppen und Zusammenhänge des Thüringer autonomen Spektrums vertreten. So gehören dem Netzwerk Gruppen aus allen regionalen Schwerpunkten an.

In diesem Zusammenhang sei es zu Übergriffen „antiimperialistisch“ ausgerichteter Personen auf eine unter dem Motto „Zur Kritik des Antisemitismus und des Antiamerikanismus. Solidarität mit Israel.“ stehende Veranstaltung am 27. Juni 2007 gekommen.

Szenetypische Anlaufstellen waren u.a. die so genannten Infoläden in Arnstadt und Jena. In Erfurt diente ein seit April 2001 „besetztes“ Gebäude auf dem Betriebsgelände der ehemaligen Firma „Topf & Söhne“ als Kontakt- und Treffpunkt der autonomen Szene. Das Objekt wird von den Erfurter Gruppen „Antifa Gruppe 17“ (AG17) und „Autonome Jugendantifa Erfurt“ (AJAE) als Kontaktadresse benannt.

Autonome Gruppen nutzten überwiegend das Internet und E-Mail-Verbindungen, um untereinander Kontakt zu halten, zu agitieren und für Veranstaltungen zu mobilisieren. Über ihre Internetseiten veröffentlichten sie zum Teil umfangreiche Rechercheberichte über den politischen Gegner. Auch Szenezeitschriften wie die „Alerta – Antifa Newsflyer für Jena“ oder Audiostreams mit Informationen zum „rechten“ Spektrum wurden auf diesem Wege verbreitet.

Die Schwerpunkte öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten der Autonomen lagen im Berichtszeitraum in der Landeshauptstadt Erfurt, im Südthüringer Raum und in Jena – in Regionen also, in denen die personell stärksten und aktivsten Gruppen angesiedelt sind.

3.3 Thüringer Autonome und ihr „Antifaschismus“-Verständnis

Von Recherche- bis zu „Outing“-Aktionen⁵⁷

Ein Grundkonsens der autonomen Szene besteht darin, über Ideen, Aktivitäten sowie die Anhängerschaft ihres politischen Gegners aufzuklären. Methodische Mittel reichen dabei von Recherche- bis zu so genannten Outing-Aktionen. Regelmäßig kommt es zu Sachbeschädigungen an vermeintlichen oder tatsächlichen Treffobjekten der rechtsextremistischen Szene. Neben der Beteiligung an bundesweiten und regionalen Kampagnen, z.B. gegen Betreiber von Läden, die das Label „Thor Steinar“ vertreiben, führten Thüringer Autonome auch eigene regionale Kampagnen durch.

Mit einer Kundgebung endete am 27. Juli in Suhl die unter Mitwirkung der „Antifaschistischen Gruppe Südthüringen“ (AGST) durchgeführte Kampagne „...den Wald vor lauter Bäumen nicht?! Nazistrukturen abholzen, den rechten Konsens brechen“. Als ihr Anliegen bezeichneten die Initiatoren, einen „Überblick (zu) der regionalen Nazi-Szene und deren Codes sowie Ansatzpunkte für eine Politik, welche dem erstarkenden Rechtsextremismus entgegenwirkt“, geben zu wollen. Im Rahmen der seit Mai 2007 andauernden Kampagne wurden Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Kundgebungen im Südthüringer Raum durchgeführt, in deren Verlauf es mehrfach zu Konfrontationen mit Anhängern der rechtsextremistischen Szene kam. Die Veranstalter hatten insbesondere über Flyer und eine Sonderseite im Internet für die Veranstaltungen der Kampagne geworben. Die AGST trat im Herbst 2005 in Thüringen erstmals öffentlich in Erscheinung. Gewaltverzicht im Kampf gegen Rechtsextremismus bezeichnet sie als „ahistorisch und politisch unverantwortlich“.

Im Rahmen einer „antifaschistischen Kaffeefahrt“ fanden im Oktober in Meiningen und Erfurt Demonstrationen statt, an denen sich auch Angehörige des autonomen Spektrums beteiligten. Während der Demonstration in Meiningen wurde ein Flugblatt der AGST verteilt. Die Veranstaltung führte an drei Einrichtungen vorbei, die innerhalb des autonomen

⁵⁷ Öffentlichmachen des politischen Gegners, z.B. durch Internetveröffentlichungen, Flugblattaktionen im Wohn- oder Arbeitsumfeld.

Spektrums als „Naziläden“ gelten.⁵⁸ In Erfurt demonstrierten die Teilnehmer in der Liebknechtstraße vor dem „Bürgerbüro“ der NPD und der Gaststätte „Oldschool 76“⁵⁹.

So genannte antifaschistische Kaffeefahrten zählen zum Repertoire antifaschistisch ausgerichteter Gruppierungen in der Bundesrepublik. Ziel dieser Veranstaltungen soll die Sensibilisierung der Bevölkerung gegen „rechte“ Einflüsse sein. Dazu werden z.B. Wohnhäuser oder Treffpunkte von bekannten oder vermeintlichen „Nazis“ angefahren und vor Ort über diese informiert. Mitunter werden die auf einschlägigen Internetseiten und Flugblättern genannten Örtlichkeiten Ziel von Gewaltaktionen.

Für ihre Recherchezwecke nutzen Autonome auch öffentliche Aktivitäten des rechtsextremistischen Spektrums. Dabei werden gezielt Daten über den politischen Gegner gesammelt, zusammengestellt und im Internet auf den eigenen oder speziell dazu gefertigten Webseiten veröffentlicht. Auch über Störmanöver wird im Internet berichtet. So hieß es im Nachgang zu Protesten gegen einen im Februar von der NPD durchgeführten Informationsstand in Erfurt, diesen „sabotiert“ zu haben, indem sich „einige AntifaschistInnen in entsprechendem Nazioutfit in die Versammlung der NPD“ eingeschleust hätten. Sie sollen sich daran beteiligt haben, Flugblätter und Zeitungen zu verteilen, hätten das Material jedoch nicht an Passanten, sondern an „dafür abgestellte HelferInnen am Rande übergeben“. In Gesprächen habe man auch Informationen gewonnen, die Personen, Strukturen, Veranstaltungen und andere Interna betreffen. Die Aktion wurde als ein voller Erfolg gewertet, seien doch „schätzungsweise 90 – 95 % der Propaganda (...) entwendet“ worden. „Tausende Flugblätter, Zeitungen, Flyer, Broschüren, Aufkleber, Technikkrums und eine ganze Reihe interner Informationen“ hätten den Besitzer gewechselt. Im Vorfeld war auf der Homepage der Erfurter AG17 mit den Worten „Den NPD-Stand mit unserer Anwesenheit beehren – Propagandamaterial einsammeln, Stand besuchen etc.“ auf die geplante rechtsextremistische Veranstaltung verwiesen worden.

Von Blockadeaufrufen bis zu „dezentralen Aktionen“

Die Aktionen der Thüringer autonomen Szene umfassten sowohl die Mobilisierung für die von breiten Bündnissen organisierten Proteste gegen rechtsextremistische Veranstaltungen und die gewaltfreie Beteiligung daran als auch gezielte Blockadeaktionen sowie Gewalttaten gegen Personen des rechtsextremistischen Spektrums sowie Einsatzkräfte der Polizei.

Am 1. Mai beteiligten sich in Erfurt zahlreiche Angehörige der autonomen Szene an den traditionellen Maiveranstaltungen und an Protestaktionen gegen die Demonstration der NPD. Während sich eine Gegendemonstration unter dem Motto „Gutes Tun, Nazis stoppen“ bewegte, verließen ca. 500 gewaltbereite Linksextremisten die Veranstaltung und suchten die Auseinandersetzung mit den rechtsextremistischen Demonstranten und der Polizei. Sie errichteten entlang der geplanten Marschstrecke Barrikaden, warfen Mülltonnen auf die Straße und setzten einige davon in Brand. Weitere Gegendemonstranten versperrten die Strecke durch eine Sitzblockade. Während die Teilnehmer der NPD-Veranstaltung abreisten, versuchten gewaltbereite Störer in den Erfurter Hauptbahnhof einzudringen. Im Verlauf dieser Aktion wurden die gläsernen Eingangstüren des Bahnhofs mit Pflastersteinen eingeworfen. Innerhalb des autonomen Spektrums wurden die Aktionen am 1. Mai in Erfurt als Erfolg, als „ein Grund zum Feiern“ angesehen.

⁵⁸ Die Geschäfte waren schon früher Ziel von Aktionen der autonomen Szene. So kam es im Februar 2005 zu Sachbeschädigungen.

⁵⁹ Bereits am 23. Juni kam es zu einer Sachbeschädigung an der vormals unter dem Namen „Alter Fritz“ firmierenden Lokalität und einem dort abgestellten PKW. Ziel und Ablauf der Tat ließen auf einen linksextremistischen Hintergrund schließen.

Im Vorfeld hatten linksextremistische Gruppierungen in Thüringen zu Aktionen gegen den Aufmarsch der NPD aufgerufen, unter anderem wurde unter dem Motto „Wir wollen kein größeres Stück vom Kuchen – wir wollen die ganze, beschissene Bäckerei“ zu einem „Wir wollen alles“-Block mobilisiert. Die Erfurter „Antifa Gruppe 17“ (AG17) und das Netzwerk „Autonome Antifa Koordination Thüringen“ (A²KT) riefen auf einer Internetseite zu einer „Demonstration und dezentralen Aktionen gegen den Naziaufmarsch in Erfurt“ auf. Außerdem hatte sich ein Bündnis mit der Bezeichnung „Antifaschistische Koordination Erfurt“ (AKE) gegründet, zu dessen Unterstützern neben demokratischen Kräften auch linksextremistische Gruppierungen, wie die AG17, die „BergsteigerInnen“, die „Autonome Jugendantifa Erfurt“ (AJAE) und die auf dem Gelände der früheren Firma „Topf & Söhne“ verkehrende Anhängerschaft gehörten.

Etwa 200 Personen, darunter zahlreiche Angehörige des autonomen Spektrums, nahmen am 20. Juli an einer Demonstration unter dem Motto „make some noise against fascism 100 % – Antifa, 100 % – Happiness“ in Erfurt teil. Ziel der Demonstration sei späteren Verlautbarungen nach gewesen, Rechtsextremismus zu thematisieren und „einen gelebten Antifaschismus in die Öffentlichkeit zu tragen“. Daneben habe man die Veranstaltung auch dazu genutzt, die angeblich betriebene „Hetze der hiesigen CDU gegen den ‚Black-Block‘ und gegen engagierte Antifaschist_innen“ zu kritisieren.⁶⁰ Während des Demonstrationzugs seien Parolen wie „Gebt den Nazis die Straße zurück, Stein für Stein“ und „Nazis gibt’s in jeder Stadt, bildet Banden macht sie platt“ skandiert worden. Darüber hinaus wurde im Demonstrationzug ein Transparent mit einer szenetypischen Darstellung – Person mit Steinschleuder – mitgeführt.

Den Protestaktionen, die sich gegen das von Rechtsextremisten durchgeführte „Fest der Völker“ am 8. September 2007 in Jena richteten, schlossen sich auch zahlreiche Angehörige der autonomen Szene an. Sie errichteten am Rande der Veranstaltung nicht nur Barrikaden, sondern griffen auch tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten an und begingen Sachbeschädigungen.

Innerhalb des autonomen Spektrums war im Internet intensiv für Aktionen geworben worden, um dem „Fest der Völker“ entgegenzuwirken. Den Aktivitäten der Zivilgesellschaft gegen rechtsextremistische Veranstaltungen in Jena lägen, meinte die „Antifaschistische Sportgruppe Jena“ (ASJ), lediglich „die Sorge um den Wirtschaftsstandort und das Ansehen der Stadt“ zugrunde, nicht jedoch der Kampf gegen die „nationalistischen und rassistischen Inhalte“. Diese Ansicht wurde von mehreren Thüringer autonomen Gruppen unterstützt. Die in Jena ansässige „Jugend-, Aktions- und Projektwerkstatt“ (JAPS) sprach sich in einem Aufruf für die Durchführung von Blockaden aus, um „ein rechtsextremes und gewaltverherrlichendes Großereignis“ zu verhindern. Etliche Gruppierungen und Einzelpersonen, die extremistischen Zielsetzungen überwiegend abgeneigt sind, stimmten diesem Aufruf ebenso zu wie die „Antifa Gruppe Apolda“ (AGAP) und die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)⁶¹ Jena.

Ausweitung der „Kampfzone“ angeregt

Bereits Ende August hatten „Autonome Reformisten“ in einem Text angeregt, die „Kampfzone“ auszuweiten. Da die bisherigen Aktionsformen aufgrund einer angeblichen „Allianz aus Verwaltungsgericht, Stadtverwaltung und Polizeiführung“ in Jena wirkungslos

⁶⁰ Gemeint sind dabei vermutlich Äußerungen von Politikern im Zusammenhang mit den Ausschreitungen während der Großdemonstration gegen den G8-Gipfel am 2. Juni 2007 in Rostock sowie im Zusammenhang mit Sachbeschädigungen an einer Erfurter Gaststätte am 23. Juni 2007.

⁶¹ Formal selbstständige, jedoch eng mit der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) verbundene Jugendorganisation.

geblieben seien, sollte die Auseinandersetzung „auf die Ebene der Nebenkosten repressiver Polizeieinsätze“ verschoben werden. Die JAPS interpretierte diesen Text als Aufruf, an Stelle von Blockaden dezentrale Aktionen durchzuführen. Letztgenannte definierte sie als „von vielen kleineren Gruppen ausgeführte Straßenblockaden, Sachbeschädigungen, körperliche Angriffe auf Nazis und die Polizei etc.“, die durchaus „ergänzend“ durchgeführt werden könnten.

In einem auf der Homepage des „Infoladens Jena“ (ILJ) veröffentlichten Beitrag hieß es dazu:

„Wir verurteilen nicht dezentrale Aktionen als solche, im Gegenteil sagt unser Aufruf: ‚Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die an diesem Tag aus einer ähnlichen Haltung heraus in Jena aktiv sein werden.‘ Die Kombination verschiedener Aktionsformen war zuletzt am 1. Mai in Erfurt ein Erfolgsfaktor. Wem es Ernst ist mit dem Kampf gegen die Nazis, muß das akzeptieren, unabhängig davon, wie er/sie selbst zur sog. Gewaltfrage steht.“

Stellung zum Staat und zur Zivilgesellschaft

Die Ursache für „faschistische“ Tendenzen sehen Autonome in der Politik der Regierung und in vermeintlichen gesellschaftlichen Missständen. Ihrer Meinung nach förderten „staatlicher Rassismus“ und „Kriminalisierung des antifaschistischen Kampfes“ auch in der Bevölkerung die Entwicklung „rechter“ Tendenzen. Die Kritik und die Aktionen des autonomen Spektrums richteten sich deshalb auch gegen die Zivilgesellschaft, die von einem „rechten“ Konsens gekennzeichnet sei. In diesem Zusammenhang distanzieren sich Autonome zum Teil von Aktivitäten demokratischer Bündnisse, die sie in der Vergangenheit beispielsweise als „Bier trinken und Bratwurst essen gegen Rechts“ diskreditiert hatten. Andererseits scheint die Szene nun auch immer häufiger mit nichtextremistischen Gruppierungen zusammenzuarbeiten, sofern sie bei ihnen Überschneidungen mit eigenen Anliegen zu erkennen glaubt. Hintergrund hierfür dürfte das Bestreben sein, über szenetypische Slogans und Darstellungen autonome Anschauungen transportieren und die Veranstaltungen breiter Bündnisse gegebenenfalls dominieren zu können.

Gegenaktionen, die die Umleitung eines rechtsextremistischen Aufzuges oder die vorzeitige Beendigung der Veranstaltung erforderlich machten, wertete die autonome Szene als äußerst positiv. Weit kritischer wurden hingegen die teils geringe Resonanz in der Szene und mangelnde Beteiligung ihrer Angehörigen angemerkt. Wesentliche Motivation für die Mobilisierung war das Ziel, bereits im Berichtszeitraum mit Aufsehen erregenden Aktionen einen etwaigen Erfolg der NPD bei den für 2009 anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen unmöglich zu machen. Wenngleich es die autonome Szene vermochte, für einzelne Aktionen von bundesweiter Bedeutung erfolgreich zu mobilisieren, gelang es ihren Anhängern bislang nicht, innerhalb des breitgefächerten Spektrums von Gegendemonstranten größeren Einfluss zu gewinnen.

Bei Demonstrationen gegen Rechtsextremisten konnten Ausschreitungen zwischen den beiden verfeindeten Lagern in der Regel durch Einsatzkräfte der Polizei verhindert werden. Autonome hatten meist im Vorfeld zu Blockade- und Störaktionen aufgerufen. Oft suchten sie den unmittelbaren Kontakt zum politischen Gegner, um den „Naziaufmarsch“ mit allen Mitteln zu verhindern. Mitunter missachteten sie dabei bewusst Vorgaben und Auflagen der Behörden. Im Rahmen ihrer Aktionen kam es auch im Jahr 2007 zu Straftaten wie Körperverletzungen, Sachbeschädigungen und Landfriedensbruch.

3.4 Bundesweite Aktionen mit Unterstützung oder unter Beteiligung Thüringer autonomer Gruppen

Anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg rief die Erfurter „Antifa Gruppe 17“ (AG17) mit einem eigenen Text im Internet zur Teilnahme an Aktionen in Dresden auf. Er richtete sich nicht nur gegen den Aufmarsch der Rechtsextremisten, sondern auch gegen die offiziellen Gedenkfeiern. Die offizielle Feierstunde auf dem Heidefriedhof in Dresden zeige, so die AG17, den in der Stadt vorherrschenden Geschichtsrevisionismus, würde doch „eigenes individuelles Leid in den Vordergrund“ gestellt und „die eigene, deutsche Opferrolle betont“.

Am 1. März räumte die Polizei das Szeneobjekt „Ungdomshuset“ in Kopenhagen (Dänemark).⁶² Daraufhin kam es in der Stadt zu gewaltsamen Protesten, an denen auch deutsche Staatsbürger beteiligt waren. In mehreren deutschen Städten fanden daraufhin Solidaritätsaktionen statt, darunter auch in Erfurt, Weimar und Meiningen. Nach einem Statement der „Autonomen Antifa Weimar“ (AAW) sollen sich am 1. März etwa 30 Personen an einer Demonstration mit zwei Zwischenkundgebungen in Weimar beteiligt haben. Am 4. März demonstrierten ca. 40 Personen in der Erfurter Innenstadt, auf dem Anger und dem Fischmarkt kam es jeweils zu kurzen Kundgebungen. Während der Veranstaltung wurden Feuerwerkskörper gezündet. Eine weitere Demonstration mit ca. 30 Teilnehmern fand unter dem Motto „Solidarität mit den Benutzerinnen des Jugendzentrums ‚Ungdomshuset‘“ am 7. März in Meiningen statt.

Auch später wurde die Räumung weiter thematisiert. Am 6. Oktober besetzten ca. 35 teils verummte Personen kurzzeitig das ehemalige Kaufhaus Horten in Jena. Dabei habe es sich um eine Unterstützungsaktion für die „Aktion G13“ in Kopenhagen gehandelt. Diese steht für Aktionen anlässlich der Räumung des autonomen Jugendzentrums „Ungdomshuset“ und hat die Gewinnung eines neuen Szeneobjektes in Kopenhagen zum Ziel.

3.5 Exkurs: Beteiligung von Linksextremisten an Protestaktionen gegen den G8-Gipfel vom 6. bis 8. Juni in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern)

Vom 6. bis 8. Juni 2007 fand in Heiligendamm das jährliche Treffen der Staats- und Regierungschefs der acht wichtigsten Industrienationen (G8-Gipfel) statt. Gegen den Gipfel kam es zu zahlreichen Protestaktionen vor Ort. Die größte und von der Öffentlichkeit am meisten beachtete Aktion stellte dabei eine „Internationale Großdemonstration“ unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ am 2. Juni in Rostock dar. An der Veranstaltung beteiligten sich etwa 30.000 Personen. Nach friedlich verlaufenen Auftaktkundgebungen bewegten sich zwei Demonstrationzüge zum Ort der gemeinsamen Abschlusskundgebung. Innerhalb eines Aufzuges bildeten etwa 2.000 militante Autonome einen so genannten Schwarzen Block.

Entgegen verbreiteter Darstellungen ist der „Schwarze Block“ nicht als ein homogenes Gebilde, sondern als eine lose Koalition einer Vielzahl verschiedener Strömungen, Gruppierungen und Einzelpersonen innerhalb des autonomen Spektrums zu verstehen. Die Akteure fallen durch ihre meist durchgehend schwarze Kleidung und durch Vermummung auf. Zum einen

⁶² Das „Ungdomshuset“ (Jugendhaus) war zu Beginn der 1980er Jahre besetzt worden; später wurde es von der Stadt Kopenhagen Jugendlichen zur Nutzung überlassen. Im Jahr 2001 erwarb die dänische Freikirche „Faderhuset“ das Gebäude und versuchte, es in den folgenden Jahren zu räumen. Im August 2006 wurde ein entsprechender Rechtsstreit zu Gunsten von „Faderhuset“ entschieden.

soll hierdurch aggressive Entschlossenheit nach außen demonstriert, andererseits aber auch die Identifizierung durch Polizeibeamte und eine spätere Strafverfolgung erschwert werden.

Bereits während der Demonstration kam es durch Steinwürfe aus diesem Block zu ersten Störungen. Im weiteren Verlauf eskalierte die Situation. Militante attackierten Polizeibeamte mit Pflastersteinen, Flaschen und „Molotow-Cocktails“. Insgesamt waren etwa 900 Verletzte, darunter mehr als 400 Polizeibeamte, zu verzeichnen.

Die Proteste setzten sich an den folgenden Tagen fort. An einer Demonstration im Rahmen des „Aktionstages Migration“ am 4. Juni beteiligten sich wiederum ca. 2.500 Militante, die Vermummung anlegten, sich die Hände mit Tape⁶³ verbanden sowie Schaumstoff unter ihrer Kleidung trugen. Nach Beendigung der Demonstration erfolgten vereinzelte Stein- und Flaschenwürfe.

Vom 6. bis 8. Juni kam es zu verschiedenen Blockadeaktionen im Umfeld des Gipfelortes, an denen am 6. Juni nach dem Eintreffen der Staatsgäste bis zu 9.000 Personen teilnahmen. Während der Blockadeaktionen kam es wiederum zu Angriffen auf Polizeibeamte. Die Polizei setzte daraufhin Wasserwerfer ein.

Die Proteste gegen den G8-Gipfel waren durch verschiedene Bündnisse langfristig vorbereitet worden. Neben überwiegend nichtextremistischen Gipfelgegnern beteiligten sich bundesweit jedoch auch zahlreiche Linksextremisten an den Mobilisierungen und den Protesten. Neben orthodoxen linksextremistischen Parteien, wie der „Marxistisch Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD) oder der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP), handelte es sich dabei auch um autonome, trotzkistische und anarchistische Gruppierungen.

Auch in Thüringen war im Vorfeld des Gipfels u.a. von linksextremistischen Gruppierungen zu Protesten aufgerufen worden. Schon seit dem Frühjahr 2006 trat ein „Anti-G8-Plenum Thüringen“ („BergsteigerInnen“) in Erscheinung. Eigenen Angaben zufolge rechnet sich das Plenum dem „Dissent!“-Netzwerk zu.⁶⁴ Gemeinsam mit nichtextremistischen Gruppierungen initiierten die BergsteigerInnen die Gründung eines „Thüringer Netzwerkes gegen den G8-Gipfel“. Die Gründungsveranstaltung fand am 30. Januar in Erfurt statt. Ziel des Netzwerkes war es, „die Proteste Thüringer Gruppen und Einzelpersonen zusammenzubringen“. Weiterhin habe man „die Diskussion über die Funktion, Aufgaben und Zielstellungen der Großen Acht (G8) führen und eine Debatte über Veränderungen dieser Gesellschaft anregen“ wollen. Am 31. März veranstaltete das Netzwerk einen „Thüringer G8-Protest-Ratschlag“ in Jena. Zu den Unterstützern zählten neben vorwiegend nichtextremistischen Gruppierungen auch die trotzkistische Gruppierung „Linksruck“⁶⁵. Die „BergsteigerInnen“ führten in Thüringen zahlreiche Informationsveranstaltungen, zum Teil unter Einbindung der autonomen Szene, durch. So zeichnet die „Antifaschistische Aktion Nordhausen“ (AANdh) für eine derartige Veranstaltung am 30. März in Nordhausen mit verantwortlich.

Neben den Untergruppierungen orthodoxer linksextremistischer Parteien wiesen in Thüringen auch autonome Gruppierungen auf ihren Homepages pauschal auf die geplanten Proteste hin. Für den 2. Juni mobilisierten sie jedoch weniger für die „Internationale Großdemonstration“

⁶³ Engl.: Klebeband.

⁶⁴ Bei „Dissent!“ handelt es sich um den deutschsprachigen Ableger des von militant orientierten britischen Globalisierungskritikern zur Planung von Protesten gegen das G8-Treffen 2005 in Gleneagles (Schottland) gegründeten gleichnamigen Netzwerkes. Es wird im globalisierungskritischen Lager als Organisation im linksradikalen, autonomen, emanzipatorischen und anarchistischen Spektrum beschrieben.

⁶⁵ Die trotzkistische Gruppierung „Linksruck“ vollzog während einer Vollversammlung am 1./2. September 2007 in Frankfurt a.M. ihre Selbstauflösung, um sodann das neue marxistische Netzwerk „Marx 21“ innerhalb der Partei „DIE LINKE.“ zu gründen.

in Rostock, sondern eher für Proteste gegen einen geplanten Aufmarsch der NPD in Schwerin. Der Aufmarsch wurde jedoch, ebenso wie angemeldete Gegenveranstaltungen, verboten.

Im linksextremistischen Lager werden die Proteste als Erfolg angesehen. So sah die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) in einer ersten Bilanz in den Protesten einen „Schritt nach vorn (...) für die außerparlamentarische Bewegung in der BRD“. Die Proteste hätten Widerstandsgeschichte geschrieben. Diese Einschätzung dürfte die Grundstimmung innerhalb des linksextremistischen Spektrums auch in Thüringen widerspiegeln. Die „BergsteigerInnen“ verwiesen auf ihrer Homepage auf einen im Internet veröffentlichten Beitrag unter der Überschrift „G8: Das war der Gipfel“. Darin werden die Proteste für die globalisierungskritische Bewegung als „ein voller Erfolg“ gewertet. Es sei gelungen, „den Gipfel der Gruppe der Acht (...) praktisch zu delegitimieren“. Durch die Blockaden sei der reibungslose Ablauf des Treffens gestört worden.

4. Anarchisten

Anarchistische Anschauungen entstanden im 19. Jahrhundert in Abgrenzung zum Kommunismus. Die Russen Michail Bakunin und Peter Kropotkin zählen zu den maßgeblichen Theoretikern dieser linksextremistischen Strömung. Im Gegensatz zu verschiedenen kommunistischen Organisationen berufen sich Anarchisten nicht auf verbindliche Standardwerke, sondern greifen auf eine Vielzahl von Theorien und Utopien zurück, die auf die Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft ausgerichtet sind. Jedwede Form von Staat und Regierung lehnen Anarchisten ab. Erklärtes Ziel ist, den Staat mittels einer Revolution aufzulösen und eine von der Basis her anarchische Gesellschaft zu bilden. Im Gegensatz zu Marxisten-Leninisten setzen Anarchisten dabei auf die Spontaneität der Massen, nicht auf eine Avantgardepartei. In der Bundesrepublik sind zwei anarchische Strömungen erwähnenswert. Bei diesen handelt es sich um die „Graswurzelbewegung“ und den deutschen Zweig der international organisierten „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU) mit Anbindung an die Internationale Arbeiter Assoziation (IAA). In Thüringen ist die FAU aktiv. Darüber hinaus finden immer wieder Veranstaltungen von Anhängern der „Graswurzelbewegung“ statt, in denen diese u.a. die „direkte Aktion“ als typisch anarchische Aktionsform thematisieren.

4.1 „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU) mit Anbindung an die „Internationale Arbeiter Assoziation“ (IAA)⁶⁶

Bei der FAU handelt es sich um eine anarcho-syndikalistische Gruppierung.⁶⁷ Ihr Anliegen ist die Schaffung einer herrschaftsfreien, direkt-demokratischen Gesellschaft, die sie durch „direkte Aktionen“ wie Selbstorganisation, Besetzungen, Boykotts, Streiks, Sabotage zu erreichen glaubt. Die FAU sieht sich als Gewerkschaft und ist bestrebt, sich vorrangig in der Betriebsarbeit zu engagieren.

In den Vorjahren traten anarchische Gruppierungen in Thüringen nicht öffentlich in Erscheinung. Auch von der einzelnen Hinweisen zufolge in Altenburg angesiedelten Ortsgruppe der FAU wurden Aktivitäten bislang nicht bekannt.

⁶⁶ Die offizielle Abkürzung lautet FAU-IAA, jedoch ist auch in Veröffentlichungen der Gruppierung die Abkürzung FAU gebräuchlicher. Diese wird in der Folge verwendet.

⁶⁷ Der Begriff setzt sich aus dem griechischen Wort *anarcho* (führerlos) und dem französischen Wort *Syndikat* (Vereinigung, Gewerkschaft) zusammen. Er bezeichnet anarchische Organisationen mit gewerkschaftlichem Anspruch.

Im März 2007 hatte sich eine Ortsgruppe der FAU in der Region um Meiningen gebildet. Ihr sollen einzelne Personen aus Meiningen und Suhl sowie weitere Sympathisanten angehören. Die Ortsgruppe, die sich „Freie ArbeiterInnen Union Südthüringen“ (FAUST) nennt, organisierte am 22. September 2007 eine erste Kundgebung in Meiningen.

4.2 Exkurs: Beispiel anarchistischer Selbstverwaltung oder Weiterführung kapitalistischer Konkurrenz? – Unterschiedliche Bewertung eines „Thüringer Experiments“ durch Linksextremisten

Innerhalb des linksextremistischen Spektrums wurde die vom 10. Juli bis 31. Oktober andauernde „Betriebsversammlung“ der Belegschaft des Nordhäuser Fahrradwerkes „Bike Systems“, welche aus Anlass der bevorstehenden Betriebsschließung durchgeführt wurde, mit Interesse verfolgt, um die Aktion schließlich für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Insbesondere die FAU engagierte sich frühzeitig. Ein „Solidaritätskreis Strike-Bike der FAU“ wurde gebildet, eine Fahne der FAU auf dem Betriebsgelände gehisst. Diverse Pressemeldungen zufolge sollen die während der ununterbrochenen „Betriebsversammlung“ gefertigten Fahrräder mit dem Logo der struppigen schwarzen Katze, einem typischen anarcho-syndikalistischen Symbol⁶⁸, versehen sein. Auf der Homepage der FAU berichtet ein unter dem Namen „Mephisto“ schreibender Angehöriger der Ortsgruppe Meiningen von seinem Besuch in der Fabrik in Nordhausen. In dem Beitrag nennt er die Belegschaft „die heimlichen HeldInnen der ArbeiterInnenklasse und die Avantgarde der hoffentlich bald kommenden proletarischen Revolution“. Ihre Aktion könne nur zur Nachahmung empfohlen werden, „auf das der Kapitalismus Schritt für Schritt zu Boden fällt“.

Unterstützung bekundeten auch Teile des autonomen Spektrums in Thüringen. So rief die „Antifaschistische Gruppe Südthüringen“ (AGST) dazu auf, sich „mit den Besetzer_innen zu solidarisieren und ein Zeichen gegen die systematische Ausbeutung und für ein selbstgestaltetes Leben zu setzen“.

Der Landesverband Elbe-Saale der „Marxistisch Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD) erklärte sich ebenfalls solidarisch mit dem Arbeitskampf. Allerdings meint die Partei, sich mit den gewählten Zielen und Mitteln kritisch auseinandersetzen zu müssen. Die Fertigung des „Strike-Bike“ zeige, dass „die Arbeiter ohne die Kapitalisten produzieren“ könnten. Allerdings würden dadurch nicht die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Konkurrenz außer Kraft gesetzt. Anders verhalte es sich hingegen bei einer „Betriebsbesetzung und -übernahme durch die Belegschaften in einer akut revolutionären Situation, wenn diese damit verbunden ist, auf den notwendigen Kampf um die Macht zu orientieren“.

5. Marxistisch-leninistische Parteien und Organisationen

5.1 „Kommunistische Plattform“ (KPF) der Partei „DIE LINKE.“

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1989	1993
Sitz	Berlin	-
Mitglieder		

⁶⁸ Die schwarze Katze, auch „Sab Cat“, wird insbesondere mit dem Anarchosyndikalismus verbunden, auch die FAU verwendet sie. Darüber hinaus wird sie jedoch auch allgemein als anarchistisches Symbol angesehen.

2005	ca. 1.000	ca. 50
2006	ca. 1.000	ca. 50
2007	ca. 1.000	ca. 90
Publikationen	„Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE“ (monatlich)	-
Internet	eigene Internetpräsenz im Rahmen des Internetauftritts der Partei „DIE LINKE.“	kein eigener Internetauftritt

Das Statut der Partei „DIE LINKE.“ bietet die Möglichkeit, im Rahmen der Partei Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften zu bilden. Sie sind integraler Bestandteil der sich als linke „Strömungspartei“ verstehenden Organisation und bieten ihr Ansatzpunkte für eine breite Bündnis- und Integrationspolitik. Eine Vereinigung dieser Art stellt die am 30. Dezember 1989 innerhalb der damaligen SED-PDS gegründete KPF, dar, die nunmehr in der Partei „DIE LINKE.“ als „ein offen tätiger Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten“ fortgeführt wird. Die sich deutlich zum Kommunismus bekennende Organisation arbeitet eng mit der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) und weiteren linksextremistischen Personenzusammenschlüssen zusammen. Ihrer Satzung zufolge ist sie „offen für alle, unabhängig von parteilicher und sonstiger politischer Bindung“, sofern „Mehrheitsbeschlüsse der KPF“ und das Parteistatut akzeptiert werden. Im Rahmen des von der Plattform angestrebten „breiten linken Bündnisses“ ist deren vorrangiges Anliegen, „die Zusammenarbeit aller (...), die mit dem Ziel einer sozialistischen Alternative zum bestehenden kapitalistischen System aktiv in politischen, sozialen und anderen Auseinandersetzungen der Gegenwart stehen“, herzustellen. Die KPF wird auf Bundesebene von einem Bundeskoordinierungsrat (BKR) geleitet und durch den Bundessprecherrat vertreten. Auf Landesebene sind adäquate Organe tätig. Höchstes Gremium ist die laut Satzung mindestens einmal jährlich einzuberufende Bundeskonferenz. Diese beschließt die politischen Leitlinien der KPF und wählt den Bundeskoordinierungs- und Bundessprecherrat. In Thüringen konstituierte sich die KPF im März 1993.

Nach Abschluss des Fusionsprozesses von „Linkspartei.PDS“ und der Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG) zur Partei „DIE LINKE.“, den die „Kommunistische Plattform“ nach eigener Aussage „aktiv begleitet“ hatte, zeigte sich die Organisation durchaus zufrieden. BKR-Mitglied Sahra WAGENKNECHT war auf dem Gründungsparteitag am 16. Juni mit 75,2 % der Delegiertenstimmen in den Bundesvorstand gewählt worden. Auch bei der satzungsgemäßen Anerkennung als bundesweiter Zusammenschluss der Partei „DIE LINKE.“ hatte die KPF⁶⁹ Erfolg. In einem offenen Brief teilte der Bundeskoordinierungsrat den „Genossinnen und Genossen“ am 7. Juli mit, das notwendige Quorum sei in 15 Bundesländern – darunter auch Thüringen – erreicht worden und die Anerkennung damit gewährleistet. Zugleich unterstrich der BKR, im politischen Alltag und in der bevorstehenden Programmdebatte weiterhin bestimmten Inhalten besonders verpflichtet zu sein. Ausdrücklich wurden hierbei der „Systemwechsel“, die Verteidigung des „vergangenen sozialistischen Versuchs“ sowie die Ablehnung der „Militarisierung der deutschen Außenpolitik“ benannt. Im Beschluss zur 3. Tagung der 13. Bundeskonferenz bekräftigte die KPF am

⁶⁹ Bereits im November 2006 hatte sich der Bundeskoordinierungsrat mit der Bitte an die Mitglieder von „Linkspartei.PDS“ und „WASG“ gewandt, auf einem Formular schriftlich ihre Zugehörigkeit zur KPF zu erklären. Der Grund für die angestrebte Anerkennung als bundesweiter Zusammenschluss innerhalb der neuen Partei „DIE LINKE.“ war existentieller Natur, da gemäß der Übergangsbestimmungen der Bundessatzung der entsprechende Nachweis bis zum 31. Dezember 2007 erbracht werden musste. Bundesweite Zusammenschlüsse genießen Privilegien; sie können u.a. Delegierte zu Parteitagungen entsenden und im Rahmen des Finanzplanes finanzielle Mittel für ihre Arbeit erhalten.

10. November noch einmal: „Wir bleiben was wir waren und sind: In der Partei DIE LINKE organisierte Kommunistinnen und Kommunisten.“

Analog zur Bundesorganisation stellte die Thüringer KPF auf ihrer Landesmitgliederversammlung am 28. Juli den Antrag an den Landesvorstand der Partei „DIE LINKE.“, als landesweiter Zusammenschluss anerkannt zu werden, schließlich werde die in der Bundessatzung festgelegte Voraussetzung, 0,5 % der Gesamtmitgliederzahl des Landesverbands repräsentieren zu müssen, mehr als erfüllt. Darüber hinaus seien KPF-Angehörige in 13 Gebiets-, Kreis- bzw. Stadtverbänden vertreten. In einem auf der Versammlung gefassten Beschluss bekräftigte die KPF zudem, die „kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Thüringer Organisationen der DKP und der KPD“ bei gegenseitiger Akzeptanz der unterschiedlichen programmatischen Aussagen und praktischen Politik der einzelnen Parteien weiterführen zu wollen. Explizit werden dabei gemeinsame Aktivitäten und Veranstaltungen, die Abstimmung von Maßnahmen, das gegenseitige Auftreten in Versammlungen sowie die Pflege und Bewahrung kommunistischer Traditionen genannt.⁷⁰ Bereits auf der 2. Tagung der 13. KPF-Bundeskonferenz am 14. April hatte Landessprecher und BKR-Mitglied Jochen TRAUT in seinem Diskussionsbeitrag darüber informiert, dass die KPF Thüringen „heute 90 Genossinnen und Genossen“ zähle. Im BKR ist Thüringen nach wie vor mit zwei Genossen vertreten.

5.2 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1968	1996
Sitz	Essen	-
Mitglieder		
2005	weniger als 4.500	ca. 50
2006	ca. 4.200	ca. 50
2007	ca. 4.200	ca. 40
Jugendorganisation	„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	existent; nur wenige Mitglieder
Publikationen	„Unsere Zeit“ (UZ) (wöchentlich)	„Thüringenreport“ (meist zweimonatlich)
Internet	eigener Internetauftritt	eigener Internetauftritt

Die 1968 in Frankfurt/Main gegründete DKP versteht sich selbst als Nachfolgeorganisation der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD). In ihrem aktuellen Parteiprogramm charakterisiert sie sich selbst als antifaschistische, revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, als Partei des proletarischen Internationalismus und des Widerstandes gegen die sozialreaktionäre, antidemokratische und friedensgefährdende Politik der Herrschenden, die sich von den Zukunfts- und Gesamtinteressen der Arbeiter und Angestellten als Klasse leiten lässt. Weltanschauung, Politik und Organisationsverständnis der DKP gründen dem Programm zufolge auf dem wissenschaftlichen Sozialismus, den Theorien von Marx, Engels und Lenin. Die Partei überträgt die Lehren des Marxismus auf die derzeitigen Bedingungen des Klassenkampfes, um so zu deren Weiterentwicklung beizutragen. Ihr Ziel sieht sie im Sozialismus/Kommunismus, wofür es die Arbeiterklasse und die Mehrheit der Werktätigen zu gewinnen gelte. Nur der revolutionäre Bruch mit den kapitalistischen

⁷⁰ Siehe Kapitel 5.4.

Macht- und Eigentumsverhältnissen beseitigt letztendlich die Ursachen von Ausbeutung und Entfremdung, Krieg, Verelendung und Zerstörung der natürlichen Umwelt.

Die im Januar 1996 gegründete DKP Thüringen umfasst nach eigenen Angaben vier Regionalgruppen. Die Landesmitgliederversammlung wählt den Koordinierungsrat, das Führungsgremium der Partei in Thüringen.

Die formal selbstständige, jedoch mit der DKP eng verbundene Jugendorganisation „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) zählt bundesweit etwa 300 Mitglieder. Der in Thüringen seit 1996 existierende Verband verfügt lediglich über einige wenige Mitglieder.

Im Jahr 2007 entwickelte die Partei erfolglose Bemühungen, neue Mitglieder und Abonnenten für die parteieigene Wochenzeitschrift „Unsere Zeit“ (UZ) zu gewinnen. Auf der 11. Tagung des DKP-Parteivorstandes am 14. Juli äußerte sich der Parteivorsitzende Heinz STEHR kritisch: Es sei der Partei „noch nicht gelungen, wirklich den Kampf um die Stärkung der Partei und ihrer Zeitung, der UZ, nachhaltig zu organisieren.“ Trotz aller Appelle und Kampagnen abonnieren immer weniger Genossen und Sympathisanten das Zentralorgan. In einem UZ-Artikel wurde eingeräumt, dass die Zeitung von einer Wende „weiter entfernt denn je“ sei. So sollen in den ersten zehn Monaten des Jahres 2007 statt der geplanten 732 neuen Abonnenten, die notwendig gewesen wären, um wenigstens den Rückgang zu stoppen, lediglich 311 gewonnen worden sein. Diese Zahl läge noch unter dem Niveau des Vorjahres. Unter Berücksichtigung aller zum Jahresende 2007 wirksamen Kündigungen werde die UZ zum Jahresbeginn 2008 bundesweit voraussichtlich 215 Abonnenten und damit ca. 20.000 Euro Einnahmen weniger verzeichnen als im Vorjahr. Die Spannweite der Verluste reicht dabei von „nur“ 2,2 % in Bremen bis hin zu 19,7 % in Sachsen-Anhalt. Thüringen befindet sich mit 16,5 % Rückgang (14 Besteller weniger) an dritter Stelle der aufgeführten 18 DKP-Bezirke.

Zudem mahnte das Blatt seine Leser mehrfach zu einer besseren Zahlungsmoral: 339 „LeserInnen“ hätten ihr Abonnement für 2007 noch nicht bezahlt. Damit fehlten der Zeitung 24.675 Euro in der Verlagskasse – „Geld, auf das wir nicht verzichten können, wenn wir Gehälter, Miete und Rechnungen pünktlich bezahlen wollen“. Der „dringenden Bitte an alle säumigen ZahlerInnen“ folgte der bereits aus den Vorjahren bekannte Aufruf an die gesamte Leserschaft: „Spendet für den Erhalt der UZ als Wochenzeitung!“. Zum Jahresende schließlich wurde eine Preiserhöhung für das Blatt bekannt gegeben.

15. Pressefest der DKP-Wochenzeitung „Unsere Zeit“ (UZ) in Dortmund

Im krassen Gegensatz zu diesen Fakten feierte sich die DKP auf dem 15. Pressefest ihres Zentralorgans, das unter dem Motto „Fest der Solidarität“ vom 22. bis 24. Juni 2007 in Dortmund stattfand, selbst. Nach Angaben der Partei wurde es mit rund 190 durchgeführten Veranstaltungen und über 50.000 Besuchern wieder „zum interessantesten, spannendsten und schönsten Volksfest der Linken“ in Deutschland. Neben den DKP-nahen Verbänden „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) und „Assoziation Marxistischer Studierender“ (AMS) sowie ideologisch nahestehenden Organisationen wie der KPF, sollen sich auch Vertreter von 24 Kommunistischen und Arbeiterparteien aus dem Ausland an dem Pressefest beteiligt haben. Das Programm umfasste u.a. politische Foren zu Themen wie „Gegenwart und Zukunft des Sozialismus“, „Eine andere Welt ist möglich – wie weiter nach Heiligendamm?“ oder „Die DKP – wer wir sind und was wir wollen“. Besondere Anziehungspunkte bildeten die Stände der DKP-Landesverbände mit ihrem Angebot an Kulturveranstaltungen, Vorträgen und Diskussionsrunden. In einer ersten Bilanz sahen sich sowohl die Partei als auch ihr Zentralorgan gestärkt: Gemeinsam mit ihren Mitgliedern hätten zahlreiche mit der DKP befreundete Organisationen und Initiativen in „solidarischer Atmosphäre“ diskutiert und gefeiert; ein

„attraktives kulturelles und politisches Programm“ habe die Besucher begeistert und ihnen „Kraft und Zuversicht“ vermittelt.

Als Teilnehmerin des Pressefestes wurde auch die „DKP in Thüringen“ erwähnt. In einer Zeitschrift an die UZ zeigte sich diese im Rückblick begeistert: Das Pressefest sei ein toller Erfolg gewesen, was sich nicht zuletzt in neuen Mitgliedern niederschläge. „Die vielen spannenden Diskussionen (...) und drei Tage unter Tausenden von Genossen haben uns viel Energie für den Kampf im Alltag mitgegeben“. Die gleichzeitig von den strikt antiimperialistisch ausgerichteten Thüringer Genossen geäußerte „entschiedene Kritik“, die Teilnahme der „Irakischen Kommunistischen Partei“ am „Fest der Solidarität“ sei ein „handfester Skandal“, wurde vom Zentralorgan jedoch nicht veröffentlicht. Im Regionalblatt „Thüringenreport“ Nr. 4/2007 hieß es dazu:

„Wer dem brutalen und verbrecherischen US-Besatzungsregime hörig ist und den durch das Völkerrecht gedeckten legitimen Widerstand gegen die US-Besatzung des Irak verleumdet und bekämpft, der hat auf unserem Fest nichts verloren.“

Abgesehen von einem im Januar in Gera durchgeführten „Philosophieseminar“ zum Thema „Politische Ökonomie des Kapitalismus“ trat die Thüringer DKP ansonsten nur selten in Erscheinung. Ihre Aktivitäten waren bereits seit dem Tod ihres engagierten Koordinierungsratsvorsitzenden im Dezember 2006 spürbar rückläufig. Die personellen, strukturellen und finanziellen Probleme des Landesverbands dauern an. Allerdings gelang es im Berichtszeitraum, den „Thüringenreport“ weiterhin – wenn auch unregelmäßig – herauszugeben.

Auch die SDAJ entfaltete in diesem Jahr bundesweit keine nennenswerten Aktivitäten. Ihr traditionelles Pfingstcamp fiel mit der Begründung, sich auf die Beteiligung an den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm konzentrieren zu wollen, aus. Im Mai wurde im „Thüringenreport“ die Gründung einer SDAJ-Gruppe in Jena bekannt gegeben. Seit November wird u.a. über die UZ zu wöchentlichen Treffen eingeladen.

5.3 „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD/Ost)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1990	1993
Sitz	Berlin	-
Parteivorsitzender	Dieter ROLLE	
Mitglieder		
2005	ca. 200	wenige Mitglieder
2006	ca. 200	wenige Mitglieder
2007	ca. 200	wenige Mitglieder
Publikationen	„Die Rote Fahne“ (monatlich)	-
Jugendorganisation	„Kommunistischer Jugendverband Deutschlands“ (KJVD)	existent; nur wenige Mitglieder
Internet	eigener Internetauftritt	kein eigener Internetauftritt

Die am 31. Januar 1990 im damaligen Ost-Berlin von ehemaligen SED-Mitgliedern „wiedergegründete“ KPD bekennt sich zu den Lehren von MARX, ENGELS, LENIN und STALIN. In ihrem auf dem 25. Parteitag 2007 neu beschlossenen Statut definiert sie sich als „marxistisch-leninistische Partei“, als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes“, die „fest in den Traditionen des ‚Bundes der Kommunisten‘, des ‚Spartakusbundes‘, der KPD und SED sowie ihrer hervorragenden Persönlichkeiten“ steht. Zu denen zählt sie in erster Linie Ernst THÄLMANN, aber auch Karl LIEBKNECHT, Rosa LUXEMBURG, Wilhelm PIECK, Walter ULBRICHT und Erich HONECKER gelten als Vorbilder. Die Partei sieht sich als „Erbe und Bewahrer der Erfahrungen und Erkenntnisse des Klassenkampfes der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in Deutschland“ sowie „des Besten, was die deutsche Arbeiterklasse bisher erkämpfte, der sozialistischen Erfahrungen und Errungenschaften der DDR“. Als weitere Aufgabe wurde festgelegt, „insbesondere die Arbeiterklasse und alle objektiv antiimperialistischen Kräfte für die Überzeugung zu gewinnen, dass die einzige Alternative zur gegenwärtigen imperialistisch geprägten Gesellschaft noch immer die Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist.“ Politisch-ideologische Markenzeichen der KPD sind dogmatischer Stalinismus, DDR-Verherrlichung sowie permanente Huldigungen an die „Koreanische Demokratische Volksrepublik“ (KDVR) und ihre Führung.

Ihren organisatorischen Schwerpunkt hat die Partei in den neuen Bundesländern. Seit April 1993 besteht die KPD-Landesorganisation Thüringen, vier ihrer Mitglieder sind zwischenzeitlich in leitenden Organen auf KPD-Bundesebene aktiv. Zudem ist der im April 2002 wiedergegründete „Kommunistische Jugendverband Deutschlands“ (KJVD), auch in Thüringen organisatorisch vertreten ist.

25. Parteitag der KPD

Der organisatorische, strukturelle und personelle Niedergang der KPD hält unvermindert an. Nennenswerte Aktivitäten gingen im Berichtszeitraum von der Partei nicht aus. Auf eine zunehmende Lethargie kann wegen fehlender Berichterstattung über das Parteileben im Zentralorgan „Die Rote Fahne“ geschlossen werden. Auch nach dem 25. Parteitag, der unter der Losung „Stärkt die Kampfkraft unserer Partei zu Ehren des 90. Jahrestages der Großen Sozialistische Oktoberrevolution“ am 21. April in Berlin stattfand, waren keine neuen Impulse wahrzunehmen. Wenngleich sowohl Statut als auch Parteiprogramm neu beschlossen wurden, weisen sie keine relevanten Änderungen auf.

KPD-Landesorganisation Thüringen

Analog zur Bundespartei ist es auch um die KPD-Landesorganisation Thüringen ruhig geworden. Der überraschende Rücktritt des engagierten Vorsitzenden im Frühjahr 2007 hat diese Entwicklung noch verschärft. Erwähnenswerte eigenständige Aktivitäten wurden im Berichtszeitraum nicht bekannt. In der Regel beteiligte sich die Thüringer KPD an den Aktionen anderer kommunistischer Organisationen im Freistaat.⁷¹

Wie die KPD ist auch ihre Jugendorganisation, der KJVD in Thüringen weitgehend inaktiv. Nach Angaben im Zentralorgan „Der Jungkommunist“ führte die Organisation ihren IV. Verbandstag am 10. März in Erfurt durch. Dabei sei u.a. eine neue Leitung gewählt worden. Sowohl bei dem Vorsitzenden als auch dessen Stellvertreter handele es sich um Genossen aus Thüringen.

⁷¹ Siehe Kapitel 5.4.

5.4 Thüringer Kommunisten in Aktionseinheit

Trotz unterschiedlicher programmatischer Konzepte fanden Thüringer Kommunisten mehrfach Anlass, gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen.

THÄLMANN-Ehrung in Weimar

Anlässlich des 63. Jahrestages der Ermordung des ehemaligen KPD-Vorsitzenden Ernst THÄLMANN im Konzentrationslager Buchenwald fanden am 18. August in Weimar mehrere Gedenkveranstaltungen statt, an denen sich auch Mitglieder von DKP, KPD, SDAJ und KJVD beteiligten. U.a. luden DKP, KPD und KPF nach einer Kranzniederlegung am Thälmann-Denkmal in Weimar zu einer Saalveranstaltung unter dem Motto „Kämpfen lernen bei Ernst Thälmann“ in ein Hotel der Stadt ein.

Informationsveranstaltungen zum Verbot der „Kommunistischen Union der Jugend der Tschechischen Republik“ (KSM)

Am 12. Oktober 2006 wurde die der „Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens“ (KSCM) nahestehende KSM durch das Innenministerium der Tschechischen Republik verboten. Die Verfügung rief auch im Ausland – hier besonders im linksextremistischen Spektrum – empörte Proteste hervor. In der Bundesrepublik startete die DKP-nahe SDAJ im Internet eine Unterschriftenkampagne gegen das Verbot. Zu den bisher über 1.700 Unterzeichnern gehören auch zahlreiche Thüringer. Im Rahmen einer Informationstour „Der Marxismus lässt sich nicht verbieten“ referierte die stellvertretende KSM-Vorsitzende vom 12. bis 15. Juli in mehreren Städten Thüringens über das Verbot und die politische Arbeit des Jugendverbands in Tschechien. Die Vorträge wurden von der KPF, der „Roten Hilfe“, der SDAJ sowie der DKP unterstützt.

5.5 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1982	-
Sitz	Gelsenkirchen	zwei Kontaktadressen
Mitglieder		
2005	ca. 2.300	ca. 50
2006	ca. 2.300	ca. 50
2007	ca. 2.300	ca. 50
Publikationen	„Rote Fahne“ (wöchentlich)	„Stimme von und für Elbe-Saale“ (unregelmäßig)
Jugendorganisation	„REBELL“	existent; nur wenige Mitglieder
Internet	eigener Internetauftritt	kein eigener Internetauftritt

Die MLPD wurde 1982 in Bochum gegründet. Sie „wendet den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungsideen schöpferisch auf die heutige Situation an“. In der Präambel ihrer „Organisationspolitischen Grundsätze“ bezeichnet sie sich „als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland“. Als „grundlegendes Ziel“ werden „der revolutionäre Sturz

der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“ angegeben. In ihrem 1999 auf dem „Gelsenkirchener Parteitag“ beschlossenen Parteiprogramm führt sie ergänzend aus: „Die Eroberung der politischen Macht ist das strategische Ziel des Klassenkampfes der Arbeiterklasse. Die MLPD hat die Aufgabe, die entscheidende Mehrheit der Arbeiterklasse für den Sozialismus zu gewinnen und ihre Kämpfe in einem umfassenden, gegen das Monopolkapital und seinen Staat als politisches Herrschaftsinstrument gerichteten Kampf höherzuentwickeln. (...) Der Kern der revolutionären Taktik der MLPD besteht darin, den wirtschaftlichen mit dem politischen Kampf zu verbinden bzw. den wirtschaftlichen in den politischen Kampf umzuwandeln und den Klassenkampf auf das sozialistische Ziel hin auszurichten.“ Im linksextremistischen Lager ist die MLPD auf Grund ihres sektiererischen Auftretens isoliert.

Eisenach und Sonneberg bilden im Freistaat die organisatorischen Schwerpunkte der Partei. Vertretungen ihres Jugendverbands „REBELL“ sind ebenfalls dort angesiedelt. Ein Landesverband „Elbe-Saale“, der künftig die Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen umfassen und in Leipzig ansässig sein soll, befindet sich im Aufbau.

MLPD begeht 25. Jahrestag ihrer Gründung

Die maoistisch-stalinistische MLPD beging am 20. Juni den 25. Jahrestag ihrer Gründung. Anlässlich des Jubiläums organisierte sie eine Reihe von örtlichen und regionalen Veranstaltungen, deren Höhepunkt drei zentrale Festakte Anfang August waren. Das „internationale Seminar“ am 2./3. August in Essen zum Thema „Die Neuorganisation der internationalen Produktion und die Vorbereitung der internationalen sozialistischen Revolution“ leitete die Jubiläumsfeiern ein. An der Veranstaltung nahmen Parteiangaben nach über 1.000 Gäste teil, darunter 40 Delegationen marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen aus 34 Ländern. Besonderer Stellenwert kam der Parteimedien zufolge von 2.100 Gästen besuchten „Großen Jubiläumsveranstaltung“ am 4. August zu, bei der der Parteivorsitzende Stefan ENGEL das Publikum „mit einer Fülle neuer Argumente, Optimismus und herzerfrischender Angriffslust“ beeindruckt habe. Eine „antifaschistische Gedenkfeier“ im ehemaligen KZ Buchenwald beendete am 5. August die Jubiläumsfeierlichkeiten. Die Partei habe damit ihre feste Verwurzelung im „aktiven Widerstand der Kommunisten gegen den Hitler-Faschismus“ demonstrieren wollen. Im Rahmen der Feier fanden neben Ansprachen und einer Kranzniederlegung auch Führungen durch das Gelände der Gedenkstätte statt. Zum Abschluss des Gedenkens sollen die 460 Teilnehmer symbolisch den „Schwur von Buchenwald“ bekräftigt haben, nicht zu ruhen, bis der Faschismus mit allen seinen Wurzeln vernichtet und eine neue Welt des Friedens und der Freiheit geschaffen ist.

Der MLPD zufolge beteiligten sich an den drei aufgeführten Jubiläumsveranstaltungen insgesamt 2.600 Personen. Das Zentralorgan „Rote Fahne“ lobte, das Programm der Feierlichkeiten sei vor allem auf Grund der „gelungenen Mischung aus theoretischer Arbeit, lebendiger Diskussion, internationaler Solidarität, Festlichkeit, Kultur, Tradition und Gedenken“ beeindruckend gewesen. Davon gingen jetzt neue Impulse und Schwung aus – die passende Gelegenheit, jetzt auch zahlreiche neue Mitglieder für MLPD und „REBELL“ sowie die Kinderorganisation „Rotfüchse“ zu gewinnen.

Der 25. Parteigeburtstag fand auch in Thüringen Resonanz. Die Sonneberger MLPD-Gruppe lud für den 21. Juli zu einer öffentlichen Jubiläumsveranstaltung in die „Ferien- und Freizeitanlage“ Truckenthal ein.

Sommercamp 2007 der MLPD-Jugendorganisation „REBELL“

Das traditionelle Sommercamp des MLPD-Jugendverbands „REBELL“ und seiner Kinderorganisation „Rotfuchse“ fand in der Zeit vom 14. bis 31. Juli zum fünften Mal in der „Ferien- und Freizeitanlage Truckenthal“ im Thüringer Wald statt. Neben dem Angebot eines „erholenden und rebellischen Urlaub(s)“ standen wiederum die ideologische Indoktrination der Jugendlichen, die Gewinnung neuer Parteimitglieder sowie der weitere Auf- und Ausbau der Immobilie im Vordergrund. Vermutlich aufgrund der kontinuierlich zurückgehenden Teilnehmerzahlen – in diesem Jahr lediglich 300 Personen – wurde die Dauer des Camps von anfänglich sechs auf nunmehr zweieinhalb Wochen verkürzt. Erstmals seit 2002 veranstaltete die Partei vom 11. bis 25. August auch wieder ein „Rotfuchse“-Kindercamp in Alt Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern).

Den MLPD-Medien zufolge standen in Truckenthal neben Erholung, Partys, Ausflügen sowie „Sport und Spiel“ auch Workshops und Bauarbeiten „unter fachkundiger Anleitung“ auf dem Programm. Mit „Aufbaueinsätzen“ wurde für „MLPD, ‚REBELL‘ und das Sommercamp“ geworben. Im Mittelpunkt der Workshops habe „die Vorbereitung des 25 Jahre-Jubiläums der MLPD“ gestanden. Zum Höhepunkt des Sommercamps wurde das „5. Große Waldfest“ am 28. Juli erklärt, das den Berichten nach u.a. Sportwettkämpfe, ein Kulturprogramm und Informationsstände der MLPD sowie parteinaher Bürgerinitiativen und Vereine umfasste.

5.6 „Rote Hilfe e.V.“ (RH)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1975	
Sitz	Göttingen	Jena
Mitglieder		
2005	ca. 4.300	
2006	ca. 4.300	
2007	ca. 4.300	
Publikationen	„Die Rote Hilfe“ (vierteljährlich)	
Internet	eigener Internetauftritt	eigener Internetauftritt

Die RH versteht sich als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“, die vermeintlich politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum politisch und materiell unterstützt. Sie organisiere „die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden“. Darüber hinaus gelte die Solidarität „den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde“.

Die Organisation gliedert sich bundesweit in über 30 Orts- bzw. Regionalgruppen. In Thüringen ist ihre Präsenz seit Jahren rückläufig. Nachdem die Ortsgruppe Erfurt aufgelöst worden ist, existierte Ende 2007 nur noch eine Ortsgruppe in Jena. Anders als in den Vorjahren war die Jenaer Gruppe bemüht, mit Presseerklärungen auf ihrer Internetseite Aufmerksamkeit zu erzielen.

6. Politisch motivierte Kriminalität – Links – im Überblick

Die im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – Links – in den Jahren 2005, 2006 und 2007 in Thüringen begangenen Straftaten lassen sich wie folgt darstellen:⁷²

Straftaten	2005	2006	2007
Insgesamt	200	118	266
davon u.a.:			
Gewaltkriminalität	48	17	58
Sachbeschädigungen	60	43	89
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	48	24	77

Knapp ein Fünftel der erfassten politisch motivierten Straftaten (1.398) entfiel im Berichtszeitraum auf den Phänomenbereich – Links. Die Fallzahlen aller hier aufgeführten Deliktsfelder stiegen im Vergleich zum Vorjahr deutlich an. Zum Teil dürfte dies auf Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner zurückzuführen sein, die sich insbesondere bei Großveranstaltungen in den Schutzbereichen der Polizeidirektionen Erfurt, Jena und Gera ereignet haben.

⁷² Statistik des Thüringer Landeskriminalamts (TLKA) zur politisch motivierten Kriminalität im Freistaat Thüringen.

IV. Ausländerextremismus

1. Überblick

Organisationsformen und Aktivitäten von Ausländern und Islamisten werden dem politischen Extremismus zugerechnet, wenn sie sich gegen die konstitutiven Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richten oder von ihnen Bestrebungen ausgehen, welche die innere Sicherheit sowie auswärtige Belange der Bundesrepublik durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gefährden. Häufig zielen Aktionen, die von extremistisch eingestellten Ausländern in Deutschland durchgeführt werden, darauf ab, Veränderungen der politischen Verhältnisse im jeweiligen Herkunftsland herbeizuführen oder die Außenpolitik der Bundesregierung zu beeinflussen.

Die Strukturen der Organisationen und Gruppierungen, in deren Rahmen Ausländer extremistische Ziele verfolgen, weichen ebenso erheblich voneinander ab wie die ideologischen Grundlagen, auf die sie sich berufen. Sie sind entweder islamistisch, linksextremistisch oder nationalistisch/separatistisch ausgerichtet. Und sie sind auch unterschiedlicher Auffassung, ob Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele anzusehen ist.

Bundesweit gehören ca. 58.420 Ausländer einer extremistischen Vereinigung an. Nach wie vor verfügen die islamistischen Gruppen, denen ca. 33.170 zugerechnet werden, über das größte Mitglieder- und Anhängerpotenzial. Als Angehörige linksextremistischer Ausländergruppierungen gelten 16.870 Personen, 8.380 Personen werden dem extrem-nationalistischen Spektrum zugeordnet.

Einige Formen des Islam, die von den jeweiligen religiösen Strömungen vertreten werden, sind mit den in demokratischen Staaten garantierten Menschenrechten ebenso unvereinbar wie mit dem freiheitlichen demokratischen und pluralistisch ausgerichteten Verfassungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Die ideologischen Ansichten von Islamisten hemmen die Integration von Ausländern muslimischen Glaubens in die Gesellschaft, da sie die Wertvorstellungen westlicher Demokratien für gänzlich unvereinbar mit dem Islam erachten. Zudem liefern die von Islamisten vertretenen Anschauungen die ideologische Grundlage dafür, den Jihad – den Krieg gegen die „Ungläubigen“ – zu rechtfertigen. Die Beobachtung islamistisch motivierter Bestrebungen stellt in der Arbeit des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz (TLfV) einen Schwerpunkt dar.

Ausländerextremistische Gruppierungen nutzten die Bundesrepublik auch im Berichtszeitraum vorrangig als Ruhe- und Rückzugsraum. Darüber hinaus wurden von hier aus Aktivitäten entwickelt, finanzielle Mittel zur Unterstützung des Kampfes in den Heimatländern zu beschaffen.

Wie die Anschläge in London, Jordanien und Ägypten im Jahr 2005 vor Augen geführt haben, können sich islamistische Terrorakte überall ereignen. Auch Deutschland ist spätestens seit den vereitelten Anschlägen auf zwei Regionalzüge in Nordrhein-Westfalen im Juli 2006 als Ziel terroristischer Attentate zu verstehen. Im Berichtszeitraum konnten islamistisch motivierte Anschläge auf US-amerikanische Einrichtungen in Deutschland verhindert werden.⁷³ Grundsätzlich ist auch Thüringen der Gefahr ausgesetzt, Ziel islamistisch-terroristischer Anschläge zu werden, wenngleich solche Terroranschläge den Erfahrungen der letzten Jahre nach meist Ballungsräume getroffen haben.

⁷³ Siehe Kapitel 2.

Die Ausrichtung des islamistischen Terrors auf „weiche“, d.h. wenig geschützte Ziele, die eine starke Wirkung auf die Öffentlichkeit versprechen, erschwert es, mögliche Angriffspunkte einzugrenzen.

Gemeinsame Terrorabwehr der Sicherheitsbehörden

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 war es zwingend geboten, die Sicherheitsbehörden neu auszurichten und die Vorfeldaufklärung auszuweiten, um der grundlegend veränderten Bedrohungslage Rechnung zu tragen. Im Dezember 2004 wurde das „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) mit dem Ziel gegründet, die Vorbereitung islamistisch-terroristischer Aktivitäten frühzeitig erkennen und konzertiert bekämpfen zu können. In diesem Zentrum sind nicht nur die Nachrichtendienste und die Polizei, sondern auch der Generalbundesanwalt und andere Behörden vertreten. Einerseits optimiert das GTAZ den Austausch von Informationen, andererseits koordiniert es Maßnahmen, um dem islamistischen Terrorismus entgegenzuwirken. Das TLfV steht über einen Verbindungsbeamten in stetem Kontakt mit dem GTAZ.

In Thüringen ist im Berichtszeitraum die „Thüringer Informations-Auswertungs-Zentrale“ (TIAZ), in der sowohl das Thüringer Landeskriminalamt (TLKA) als auch das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) vertreten sind, geschaffen worden, um einen effizienten Informationsaustausch auf Landesebene zu gewährleisten.

Des Weiteren nahm die „Antiterrordatei“ (ATD) im Berichtszeitraum ihren Wirkbetrieb auf. Neben den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sind das Bundeskriminalamt und alle Landeskriminalämter, die Bundespolizeidirektion, der Militärische Abschirmdienst, der Bundesnachrichtendienst sowie das Zollkriminalamt an der Datei beteiligt. Durch die behördenübergreifende Vernetzung werden Erkenntnisse zum internationalen Terrorismus zügig ausgetauscht, und die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden erfährt weitere Optimierung.

Extremistisch gesinnte Ausländer in Thüringen

Das ausländerextremistische/islamistische Personenpotenzial in Thüringen entsprach im Berichtszeitraum mit etwa 100 Personen dem Stand des Vorjahres. Folglich neigen weniger als ein Prozent der im Freistaat Thüringen ansässigen Ausländer extremistischen Gruppierungen und deren Zielen zu.

Allein der KONGRA GEL (vormals PKK, später KADEK) verfügt weiterhin über gefestigte organisatorische Strukturen in Thüringen. Daneben werden in einigen muslimischen Kreisen extremistische Positionen bezogen sowie die Ideologien und Werte des „Westens“ als schädlich und feindlich für Muslime dargestellt. Bestrebungen, in Thüringen Anhänger für Bewegungen oder Organisationen zu gewinnen, die islamistische Grundsätze vertreten, werden vom TLfV aufmerksam beobachtet. Insgesamt können dem letztgenannten Spektrum in Thüringen etwa 40 Personen zugerechnet werden.

Von ausländerextremistischen/islamistischen Gruppierungen gingen im Berichtszeitraum nur selten öffentlichkeitswirksame Aktivitäten aus. Meist organisierten sie Demonstrationen und Informationsstände, um auf aktuelle Ereignisse zu reagieren oder auf die Verhältnisse in ihren Heimatländern aufmerksam zu machen. Ferner nahmen Anhänger ausländerextremistischer Gruppierungen an überregionalen Veranstaltungen im In- und Ausland teil.

2. Islamismus

Als Islamismus wird eine politisch instrumentalisierte Glaubensform des Islam bezeichnet. Religiös motivierte Extremisten fordern im Namen des Islam eine Gesellschaftsordnung, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entgegengesetzt ist. Bei der von ihnen angestrebten weltweiten Islamisierung berufen sie sich auf den Koran, der ihrer Ansicht nach uneingeschränkte Gültigkeit besitzt und ihren Forderungen somit einen Absolutheitsanspruch verleiht. Islamisten interpretieren die im Koran enthaltene Aufforderung zum „Jihad“⁷⁴ meist als Rechtfertigung und Verpflichtung, ihr politisches Ziel auch mit Gewalt durchzusetzen.

Weltweiter Jihad

Das Ziel der Mujahidin – der Kämpfer im Jihad – besteht darin, Juden und „Kreuzfahrer“ zu bekämpfen. Als „Kreuzfahrer“ werden in Anspielung auf die Kreuzzüge des Mittelalters vor allem die USA, Australien und jene europäischen Staaten bezeichnet, die christlich geprägt sind. Westliche Einflüsse in der „islamischen Welt“ werden als eine feindliche Bedrohung gesehen. Mit dieser Begründung greifen die Mujahidin vorwiegend Ziele in jenen islamischen Staaten an, deren Regierungen sie als Vasallen westlicher Mächte erachten.

Die jihadistischen Bewegungen grenzen sich immer deutlicher von islamischen und gemäßigeren islamistischen Gruppen ab, die diese Gewaltbereitschaft nicht teilen. Zugleich betonen führende Mujahidin in öffentlichen Botschaften die ideelle Verbundenheit aller Kämpfer im Jihad. Jihadisten agieren in losen Netzwerken mit dem Ziel, die islamische Welt von der Herrschaft der „Ungläubigen“ zu befreien. Als wichtigste Kampffelder des globalen Jihad benennen sie insbesondere Afghanistan, Tschetschenien, Palästina, den Sudan und inzwischen auch den Irak.

Der Kampf der Jihadisten lässt sich kaum geographisch eingrenzen. Wo immer islamistische Propaganda auf Gewaltbereitschaft trifft, können Zirkel von Mujahidin entstehen, deren Anhänger schließlich bereit sind, für ihre Überzeugung in den Tod zu gehen. Die Bekämpfung des islamistischen Terrors stellt für die Bundesrepublik eine fortwährende Herausforderung besonderer Tragweite dar.

Jihad im World Wide Web

Dem Internet kommt sowohl in Hinsicht auf islamistische Radikalisierungsprozesse als auch für den Kampf der Mujahidin eine ständig wachsende Bedeutung zu. Hetzpropaganda, heroisierende Videos, auf denen Attentäter als Märtyrer dargestellt werden, und auch Anleitungen zum Bau von Bomben werden ständig neu in das Netz eingestellt. Die im Internet betriebene islamistische Propaganda ist zu einer Klammer geworden, die die in der Welt verstreuten Mujahidin zusammenhält.

Das World Wide Web bietet den Handelnden dabei ideale Kommunikationsmöglichkeiten: An nahezu jedem Ort der Welt ist es möglich, auf das Internet zuzugreifen, Adressaten können ständig erreicht werden, ohne die eigene Mobilität einschränken zu müssen. Die Verständigung via Internet begünstigt das Streben nach Anonymität der Nutzer. Es bietet geschützte Räume, in denen ein direkter Informations- und Meinungsaustausch erfolgen kann, und eröffnet zugleich die Möglichkeit, Informationen an einen unbegrenzten, nicht definierten Personenkreis zu streuen. Der rege Zuspruch zu diesem Medium drückt sich in der ständig wachsenden Anzahl islamistischer Foren und Websites aus. Allein im letzten Jahrzehnt ist diese von etwa einem Dutzend auf weit über 5.000 drastisch angestiegen.

⁷⁴ Wörtlich übersetzt: innerer Kampf, Anstrengung, aber auch „heiliger Krieg“.

Im Jahr 2007 war eine vermehrte Verbreitung in deutscher Sprache abgefasster jihadistischer Propaganda im Internet zu verzeichnen. Besonderes Aufsehen erregten zwei Drohvideos der „Globalen Islamischen Medienfront“ (GIMF), die im März und November in das Internet eingestellt worden waren. Die GIMF, ein internationales Netzwerk von Internetaktivisten, verfasst selbst militant-islamistisches Propagandamaterial, seit Mai 2006 streut sie auch Botschaften in deutscher Sprache. Nachdem die für den deutschsprachigen Internetauftritt der GIMF mutmaßlich Verantwortlichen am 12. September in Wien festgenommen wurden, war die Präsentation nur für kurze Zeit unterbrochen. Die wenig später fortgesetzte Propaganda lässt erahnen, wie flexibel, orts- und personenunabhängig die Jihadisten agieren.

Um den aus islamistisch unterlegter Radikalisierung und Cyberterrorismus erwachsenden Gefahren noch effektiver begegnen zu können, haben die deutschen Sicherheitsbehörden ihre Beobachtungskapazitäten gebündelt. Zu Beginn des Jahres ist in Berlin das „Gemeinsame Internet Zentrum“ (GIZ) eingerichtet worden.

Deutschland – im Fokus der Terroristen

In den oben genannten Videobotschaften der GIMF wurde sowohl der deutschen als auch der österreichischen Regierung mit Anschlägen gedroht, sollte das militärische Engagement in Afghanistan nicht eingestellt werden. Die Drohung war mit den Vorwurf verknüpft, auf der Seite der „Kreuzfahrer“, insbesondere der Amerikaner, zu stehen.

Derart begründen die Jihadisten nicht nur Anschläge auf deutsche Soldaten und die Entführung deutscher Staatsangehöriger in Afghanistan und im Irak. Auch für Aktivitäten innerhalb Deutschlands werden diese Begründungen bemüht. So wurden am 4. September im Sauerland drei mutmaßliche Anhänger der ursprünglich usbekischen, der „al-Qaida“ nahestehenden Gruppierung „Islamische Jihad Union“ (IJU) festgenommen. Angehörige dieser Gruppe hatten bereits eine ausreichende Menge explosiven Materials erworben, um damit Anschläge auf US-amerikanische Einrichtungen in der Bundesrepublik zu verüben. Dank der effektiven Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden konnte ihr terroristisches Vorhaben vereitelt werden.

Macht der Emotionen

Neben politischen Motiven können auch hoch kochende Emotionen Auslöser islamistischer Anschläge sein. So gaben die beiden Libanesen, die im Juli 2006 versucht hatten, Sprengsätze in zwei deutschen Regionalzügen zu zünden, an, die Tat aus Protest gegen die im Februar 2006 in einzelnen deutschen Tageszeitungen veröffentlichten Mohammad-Karikaturen geplant zu haben. Ihr Glaube habe sie verpflichtet, so ihre Rechtfertigung, die Verunglimpfung des Propheten Mohammad zu rächen.

Die heftigen, teils gewalttätigen Reaktionen der islamischen Welt auf als Verunglimpfung der muslimischen Religion empfundene Meinungsäußerungen sind nach westlichem Verständnis kaum nachzuvollziehen.

Diese Emotionalität ist dem besonderen Religionsverständnis der Muslime geschuldet, spielt doch der Glaube in ihrem Alltag in der Regel eine zentrale, identitätsstiftende Rolle. Islamkritische Äußerungen treffen einen gläubigen Muslim daher stärker, als dies westlich geprägte Menschen – gleich welcher sonstigen Religionszugehörigkeit – nachempfinden können. Islamisten missbrauchen diesen Umstand gezielt, um Emotionen zu schüren und die Gläubigen für ihre Zwecke zu mobilisieren.

2.1 Islamismus in Thüringen

Die überwiegende Mehrheit der Thüringer Muslime lebt ihren Glauben friedlich und im Einklang mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie verurteilen die Anschläge auf deutsche Soldaten ebenso wie die Geiselnahmen deutscher Staatsangehöriger in Afghanistan und im Irak und bedauern, dass Extremisten das Bild des Islam in den deutschen Medien vorrangig prägen.

Islamistisches Gedankengut wird in Thüringen vor allem von Gastpredigern, die ein salafitisches Glaubensverständnis vertreten, und über Broschüren verbreitet. Die Salafiya ist als islamische Reformbewegung um 1900 entstanden. Salafiten orientieren sich unmittelbar an den Aussagen und Lebensweisen des Propheten Mohammad und seiner Zeitgenossen. Ihrer Ansicht nach erklärt sich der Islam ausschließlich aus dem Koran und der Sunna⁷⁵. Sie suggerieren eine Unvereinbarkeit von islamischen Werten und westlichem Moralverständnis.

In Thüringen organisierten örtliche Moscheevereine im Berichtszeitraum mehrfach öffentliche Veranstaltungen, bei denen bundesweit bekannte Vertreter der Salafiya als Referenten auftraten. In ihren Reden mahnten sie die Muslime, ihren Glauben und die muslimische Gemeinschaft nicht zu vernachlässigen, auch wenn dies in Deutschland seit den Anschlägen vom 11. September 2001 eine besondere Herausforderung darstelle. Ihre eloquenten Ausführungen wurden von der Mehrheit der muslimischen Zuhörer positiv aufgenommen. Wenngleich im Rahmen solcher Veranstaltungen keine hetzerischen Aufrufe bekannt wurden, gelang es dennoch, eine islamistische Einstellung zu propagieren, die das gleichwertige Miteinander von Muslimen und Andersgläubigen erschwert.

Dies verdeutlicht, wie wichtig der von der Bundesregierung initiierte Dialog mit den Vertretern der muslimischen Gemeinschaft ist. Auch im Berichtszeitraum hat es entsprechende Zusammenkünfte gegeben, die dokumentieren: Der Islam hat einen Platz in der freiheitlichen demokratischen Gesellschaft. Findet die Argumentation der Islamisten, Demokratie und Islam seien gänzlich unvereinbar, hierdurch deutliche Entkräftung, wird allen interessierten Muslimen zugleich die Möglichkeit geboten, den Integrationsprozess aktiv mitzugestalten.

Tabligh-i Jamaat al-Islami (TJ – Gemeinschaft für Verkündigung und Mission)

Die TJ ist eine muslimische Glaubensgemeinschaft, die 1926 in Indien als islamistische Erweckungs- und Missionsbewegung durch Maulawi Muhammad ILYAS gegründet wurde. Ziel der weltweit aktiven Missionsbewegung ist, Muslime (wieder) zu einem einzig an Koran und Sunna orientierten Leben zu bewegen. Durch Missionsreisen und damit verbundene Tätigkeiten wird die Verbreitung der Lehre betrieben. Zu ihren Veranstaltungen lädt die TJ gezielt junge Muslime aus sozial benachteiligten Milieus ein. Für die Organisation ist unerheblich, welcher Ethnie ihre Anhänger zugehören. Nicht selten haben islamistische Gewalttäter ihre extremistische Indoktrination als Anhänger der TJ erfahren.

Bundesweit gehören der TJ ca. 700 Personen an. Die Mehrheit der Muslime, die in Thüringen lebt, lehnt die Lehre der TJ ab. Lediglich einige wenige praktizieren ihren Glauben nach deren Vorstellungen und gehen ihrer „Pflicht zur Missionierung“ nach, indem sie Anhänger für ihre islamistische Weltsicht zu gewinnen suchen.

⁷⁵ Gesammelte Berichte über das Leben des Propheten Mohammad.

3. „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL)

Gegründet	im November 2003; nach erfolgter Auflösung des „Freiheits- und Demokratiekongresses Kurdistans“ (KADEK), der als Nachfolgeorganisation der 1978 in der Türkei gegründeten und im April 2002 aufgelösten „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) gilt.
Betätigungsverbot	Das vereinsrechtliche Betätigungsverbot gegen die PKK vom 26.11.1993 erstreckt sich sowohl auf den KADEK als auch auf den KONGRA GEL.
Leitung	Zübeyir AYDAR
Publikationen	u.a. „SERXWEBUN“
Mitglieder/Anhänger (Bund)	ca. 11.500
Teilgebiet Erfurt	ca. 60

3.1 Strategiewechsel, Umbenennungen, allgemeine Lage

Die von Abdullah ÖCALAN 1978 in der Türkei gegründete „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) verfolgte das Ziel, einen autonomen Kurdenstaat zu erzwingen. Daher begann sie 1984, einen Guerillakrieg gegen das türkische Militär zu führen. Da von der PKK auch in der Bundesrepublik gewalttätige Aktionen ausgingen, ist 1993 ein vereinsrechtliches Betätigungsverbot gegen sie ausgesprochen worden.

Die Partei beschloss Anfang 2000 ihre grundsätzliche Neuausrichtung. Das Ziel, einen autonomen Kurdenstaat zu errichten, wurde aufgegeben. Vielmehr strebte die PKK nun an, die kulturelle Autonomie der Kurden in einer demokratischen Türkei durchzusetzen. Die noch auf ÖCALAN zurück gehende „Friedensstrategie“ wurde nach der Gründung des „Freiheits- und Demokratiekongresses Kurdistans“ (KADEK) im April 2002 weiter verfolgt. Dennoch behielt sich die Organisation die Rückkehr zum bewaffneten Kampf vor, sollte sie von der türkischen Regierung angegriffen oder die kurdische Frage nicht in ihrem Sinne gelöst werden. Auf dem 8. Parteikongress erklärte die PKK im April 2002 ihre „historische Aufgabe“ als erfüllt. Sie entschied, alle Aktivitäten unter dem Namen PKK einzustellen. Zur einzigen legitimen Nachfolgeorganisation wurde der KADEK bestimmt, der jedoch bereits auf seinem 2. außerordentlichen Kongress am 26. Oktober 2003 seine Auflösung beschloss.

Am 15. November 2003 gab der „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL) auf einer Pressekonferenz seine Gründung bekannt. Zübeyir AYDAR, ehemals Mitglied des Präsidialrats des „Kurdischen Nationalkongresses“ (KNK)⁷⁶, wurde zum Vorsitzenden der Organisation gewählt, der seit 1999 in der Türkei inhaftierte Abdullah ÖCALAN vom KONGRA GEL zur Führungspersönlichkeit des kurdischen Volkes ernannt.

Im Jahre 2005 verkündete ÖCALAN die Idee des „demokratischen Konföderalismus“. Auf der 3. Generalversammlung des KONGRA GEL im Mai 2005 wurde dieses Projekt von den Mitgliedern der Versammlung akzeptiert und die Gründung der „Koma Komalen Kurdistans“ (KKK)⁷⁷ beschlossen. Der KONGRA GEL selbst definierte sich als höchsten demokratischen Volkswillen und als „Gesetzgebende Versammlung“. Mit der KKK wurde ein vermeintlich neues politisches Konzept vorgestellt, in dem der „demokratische Konföderalismus Kurdistans“ kein Staatensystem, sondern das demokratische System des Volkes“ darstelle. Auch die

⁷⁶ Gegründet 1999 als Zusammenschluss 29 kurdischer Parteien und Organisationen, versteht sich als politische Kraft, die die Interessen aller Kurden in der internationalen Politik vertritt.

⁷⁷ „Konföderation der kurdischen Gemeinschaften“.

KKK propagierte eine gewaltfreie Lösung der „gesellschaftlichen Probleme“, berief sich jedoch ebenfalls auf ihr legitimes Recht zur Selbstverteidigung.

Auf der 5. Vollversammlung des KONGRA GEL, die vom 16. bis 22. Mai in den Kandil-Bergen im Nordirak stattfand, wurde einstimmig die Umbenennung der KKK in „Koma Civaken Kurdistan“ (KCK)⁷⁸ beschlossen. Mit dieser Umbenennung solle das „Gesellschafts-, Demokratie- und demokratische Nationalverständnis“ der Organisation noch stärker zum Ausdruck gebracht werden. Im Rahmen des Kongresses wurde Zübeyir AYDAR erneut zum Vorsitzenden des KONGRA GEL gewählt.

3.2 Themenschwerpunkte

Angebliche Vergiftung ÖCALANS

Am 1. März wurde in Rom während einer Pressekonferenz von ROJ-TV⁷⁹ das Ergebnis einer Haaranalyse ÖCALANS bekannt gegeben. Demzufolge zeige ÖCALAN Anzeichen einer chronischen Vergiftung durch Schwermetallverbindungen. Die Verantwortung für die vermutete hochgradige Lebensgefährdung ÖCALANS, so dessen Anwälte, trage die türkische Regierung. Europaweit kam es daraufhin zu überwiegend friedlichen Demonstrationen der KONGRA GEL-Anhänger. Zu einer Großkundgebung in Straßburg fanden sich am 12. Mai 15.000 Teilnehmer, darunter Kurden aus dem gesamten Bundesgebiet, ein.

Auseinandersetzungen im türkisch-irakischen Grenzgebiet

Das türkische Parlament hatte die Regierung der Türkei mit Beschluss vom 17. Oktober ermächtigt, grenzüberschreitende Militärschläge gegen die vom KONGRA GEL im Nord-Irak unterhaltene Guerilla durchzuführen. Seitdem ist die Präsenz des türkischen Militärs in der Grenzregion deutlich verstärkt worden. Bei den vermehrten Auseinandersetzungen zwischen Militär und Guerilla hat es bereits Tote und Verletzte gegeben. Sowohl die irakische Regierung, als auch die nord-irakische Regionalregierung erachten grenzüberschreitende Maßnahmen des türkischen Militärs als illegal. Diese entbehrten jeglicher gesetzlichen Grundlage, stellten eine Verletzung der Souveränität des Irak dar und verstießen gegen internationales Recht. Der KONGRA GEL hatte daraufhin seine Anhängerschaft auch außerhalb der Türkei zu Reaktionen aufgerufen. Der Aufforderung wurde mit deutschland- und europaweiten Protestveranstaltungen, zu denen auch Kurden aus Thüringen anreisten, entsprochen.

3.3 Organisatorische Situation

Die „Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK), die im Juni 2004 aus der „Kurdischen Demokratischen Volksunion“ (YDK) hervorgegangen ist, plant die Aktivitäten, die der KONGRA GEL in Europa entfaltet.

Nach dem 4. ordentlichen Kongress der CDK vom 27. Mai bis 1. Juni in Rimini (Italien) wurde u.a. die Neuausrichtung der Organisationsstruktur für Deutschland beschlossen. Die bisherige Einteilung Deutschlands in drei Serits (Sektoren) – Nord, Mitte und Süd – wurde aufgehoben. Im Gegenzug sei auf oberster CDK-Führungsebene künftig ein für Deutschland verantwortlicher Funktionär angebunden. Unter Beibehaltung der bisherigen Gebietsaufteilung solle Deutschland fortan in sieben so genannte Eyalets (Regionen) gegliedert sein. Vorgaben und Anordnungen würden weiterhin entsprechend der hierarchischen Struktur an die Basis durchgestellt. In der Regel werden sie durch die etablierten örtlichen Vereine, in denen die

⁷⁸ „Zusammenschluss der Kommunen Kurdistans“.

⁷⁹ KONGRA GEL-naher Nachrichtensender, der am 1. März 2004 seinen Sendebetrieb aufnahm.

Anhänger des KONGRA GEL großenteils organisiert sind, umgesetzt. Jene Vereine sind dem Dachverband „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM) angeschlossen.

3.4 Finanzierung

Den Hauptanteil ihrer Einnahmen erzielt die Organisation im Rahmen der jährlich unter ihren Anhängern in ganz Europa durchgeführten Spendenkampagne. Geldmittel gewinnt die Partei zusätzlich aus dem Verkauf ihrer Publikationen, den monatlichen Beiträgen ihrer Mitglieder und aus Gewinnen, die sie bei ihren Veranstaltungen erwirtschaftet. Die Geldmittel werden hauptsächlich zur Finanzierung des Propagandaapparates, der Führungskräfte und der Guerilla-Einheiten in den Kampfgebieten verwendet. Die Einnahmen der Organisation sind tendenziell rückläufig.

3.5 Propagandamittel und Veranstaltungen

Der KONGRA GEL nutzte auch im Berichtszeitraum den über Satellit zu empfangenden Fernsehsender „ROJ-TV“ sowie diverse Publikationen, um politische Erklärungen, Interviews von Führungskräften und Veranstaltungshinweise öffentlichkeitswirksam zu verbreiten. Die seit 2003 registrierte Internetpräsenz des KONGRA GEL wurde im Oktober nach fast zweijähriger Unterbrechung wieder aktiviert.

Mit verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen in Deutschland und Europa versuchte der KONGRA GEL auch im Berichtszeitraum, seine Ansichten und Ziele propagandistisch zur Geltung zu bringen. Thematische Schwerpunkte bildeten wiederum die Forderung, die politische und kulturelle Identität der Kurden in der Türkei anzuerkennen, sowie die Haftbedingungen, denen der „kurdische Volksführer“ Abdullah ÖCALAN ausgesetzt ist. Wie im Jahr zuvor gelang es der Organisation auch im Berichtszeitraum, für traditionelle Großveranstaltungen, die entweder in den westlichen Bundesländern oder im europäischen Ausland stattfanden, jeweils tausende Anhänger zu mobilisieren.

Großveranstaltungen wie die am 10. Februar in Straßburg anlässlich des Jahrestags der Festnahme ÖCALANS durchgeführte Kundgebung, die zentrale Newroz-Feier am 18. März in Berlin oder das „15. Internationale Kurdistan-Kulturfestival“ am 1. September in Gelsenkirchen zogen zwischen 15.000 bis 40.000 Sympathisanten an. Dazu zählten regelmäßig auch aus Thüringen angereiste Anhänger des KONGRA GEL.

3.6 Der KONGRA GEL in Thüringen

Die einzige in Thüringen etablierte Struktur des KONGRA GEL stellt unverändert das Teilgebiet Erfurt dar. Es ist dem Gebiet Kassel organisatorisch angeschlossen und umfasst neben dem Großraum Erfurt auch Teile West- und Südwestthüringens. Das Teilgebiet Erfurt zählt wie im Vorjahr ca. 60 Mitglieder/Sympathisanten.

Als Mitgliedsverein der YEK-KOM organisierte der „Kurdisch-Deutsche Freundschaftsverein Erfurt e.V.“ auch im Jahr 2007 die Teilnahme an verschiedenen bundesweiten und regionalen Veranstaltungen und Aktionen des Dachverbands. In Thüringen selbst fanden kaum öffentlichkeitswirksame Aktionen statt. Einzelne interne Veranstaltungen zielten traditionell darauf ab, die aktuelle Lage der Kurden in den Siedlungsgebieten des Nordirak und im Südosten der Türkei bewusst zu machen und die Forderungen des KONGRA GEL zu bekräftigen.

Neuer Vorstand im „Kurdisch-Deutschen Freundschaftsverein Erfurt e.V.“

Im Rahmen einer Mitgliederversammlung führte der „Kurdisch-Deutsche Freundschaftsverein Erfurt e.V.“ am 15. April die Neuwahl seines Vorstandes durch. Seit dem 10. Mai wird Yilmaz GÜNDÜZGIDEN im Vereinsregister beim Amtsgericht Erfurt als Vorsitzender des Vereins geführt.

Der „Kurdisch-Deutsche Freundschaftsverein Erfurt e.V.“ war am 10. August 1999 gegründet und am 25. April 2000 im Vereinsregister eingetragen worden. Er zählt zu den gegenwärtig ca. 60 Mitgliedsvereinen der YEK-KOM in der Bundesrepublik.

Newroz-Fest am 21. März in Erfurt

Am 21. März schlossen sich in Erfurt etwa 60 Kurden aus Anlass des Newroz-Festes einem Demonstrationzug an, den der „Kurdisch-Deutsche Freundschaftsverein Erfurt e.V.“ organisiert hatte. Die Demonstranten zogen vom Domplatz durch die Innenstadt bis hin zum Anger, wo die Veranstaltung mit musikalischen Darbietungen und Tänzen beendet wurde. Die Teilnehmer führten Bildnisse Abdullah ÖCALANs und Transparente mit, die Parolen wie „Newroz heißt Widerstand und Widerstand heißt Freiheit!“ wiedergaben.

Alljährlich begehen die Kurden in der ganzen Welt traditionell ihr Neujahrsfest „Newroz“, das sie als Symbol für den kurdischen Freiheitskampf verstehen. Die Kurden verbinden das Fest mit der Forderung, die kurdische Frage politisch zu lösen.

Reaktionen des KONGRA GEL auf den Anschlag in Shengal (Nord-Irak)

Meldungen des KONGRA GEL-nahen Nachrichtensenders „ROJ-TV“ vom 17. August zufolge fanden in Kassel und Erfurt „Volksversammlungen“ statt, auf denen der Anschlag vom 14. August in der Region Shengal (Nord-Irak) als „Blutbad“ und „Massaker“ verurteilt wurde. Als Reaktion auf den Anschlag, bei dem nach Angaben der „Yeni Özgür Politika“ (YÖP) ca. 500 Menschen – hauptsächlich Yeziden⁸⁰ – ums Leben kamen, wurden in ganz Europa, insbesondere in Deutschland, zahlreiche Protestaktionen durchgeführt. Die größte Kundgebung mit ca. 6.000 kurdischstämmigen Teilnehmern fand am 18. August in Hannover statt.

In mehreren Erklärungen des KONGRA GEL wurde der als Massaker bezeichnete Anschlag verurteilt. Der Vorsitzende des KONGRA GEL, Zübeyir AYDAR, soll von einer „ethnischen Säuberung“, deren Ziel es sei, die Kurden aus diesem Gebiet zu vertreiben, gesprochen haben. KONGRA GEL-nahe Organisationen verwiesen nach Angaben der YÖP darauf, dass das Massaker im Zusammenhang mit dem für das Jahresende geplanten Kirkuk-Referendum stehe.⁸¹ Im Internet bekannte sich die bisher nicht in Erscheinung getretene Organisation „Türk Intikam Birliği“ (Türkische Racheeinheiten – TIB) zu dem Anschlag.

Kurden feiern den 29. Gründungstag der PKK in Erfurt

Der „Kurdisch-Deutsche Freundschaftsverein Erfurt e.V.“, meldete für den 24. November ein Konzert unter dem Motto „Kurdische Kulturveranstaltung Musik + Tanzen“ in Erfurt an. Im Vorfeld wurde in der YÖP und über den Fernsehsender „ROJ-TV“ unter dem Motto „Wir

⁸⁰ Angehörige einer unter Kurden verbreiteten Religionsgemeinschaft (Minderheit) – unter Muslimen auch als „Teufelsanbeter“ bezeichnet.

⁸¹ Die Bewohner des Nord-Irak sollen in einem Referendum entscheiden, ob die wirtschaftlich gut entwickelte Provinz Kirkuk mit ihren Ölvorkommen der autonomen Region Irakisch-Kurdistan zugeschlagen wird. Vor allem irakische Sunniten, aber auch die Nachbarstaaten des Irak befürchten ein Erstarken der Kurden, das in neue Forderungen nach einem eigenen kurdischen Staat münden könnte.

gratulieren dem kurdischen Volk zum 29. Gründungstag der PKK!“⁸² für die Veranstaltung in Erfurt geworben. Durch die Stadt Erfurt war ein Auflagenbescheid erlassen worden, der jegliche politischen Bezüge zur PKK untersagte.

An der Feierlichkeit nahmen ca. 150 bis 200 Personen, überwiegend in Thüringen ansässige Kurden, teil. Nach einer Schweigeminute „für die Märtyrer des kurdischen Befreiungskampfes“ meldeten sich der KNK-Vorsitzende Ali YIGIT sowie ein Vertreter der YEK-KOM mit Redebeiträgen zu Wort. Darüber hinaus wurden folkloristische und musikalische Beiträge verschiedener kurdischer Künstler dargeboten.

⁸² Die „Partiya Karkeren Kurdistans“ (PKK) wurde am 27. November 1978 unter Führung von Abdullah ÖCALAN in der Türkei gegründet.

V. Scientology-Organisation (SO)

1. Gesetzliche Grundlagen für die Beobachtung

Die SO in Deutschland wird seit 1997 durch die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Mehrheit der Länder beobachtet. Die Beobachtung gründet auf der Feststellung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) vom 5./6. Juni 1997, der zufolge in Bezug auf die SO tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bestehen.

Die SO ist seit Jahren bestrebt, sich als Glaubensgemeinschaft darzustellen, die sich auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewegt. Hierzu werden von der Organisation – mit unterschiedlichem Erfolg – auch fortwährend die Gerichte bemüht. Die „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ (SKD) und die „Scientology Kirche Berlin e.V.“ (SKB) hatten 2003 beim VG Köln gegen die nachrichtendienstliche Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) Klage erhoben, die mit dem Urteil vom 11. November 2004 in vollem Umfang abgewiesen wurde. Das Gericht traf die Feststellung, dass tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen der SO vorliegen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, und somit die weitere Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden gerechtfertigt ist. In dem von der SO daraufhin angestregten Berufungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Münster ist dieses Urteil im Februar 2008 bestätigt worden. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Die hiergegen eingereichte Beschwerde zog die SO im Mai zurück.

Die Verfassungsfeindlichkeit der SO war bereits anlässlich der am 6./7. Dezember in Berlin tagenden IMK bestätigt worden. Präventionsmaßnahmen gelte es zu intensivieren, aber auch im Hinblick auf ein anzustrebendes vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren sollten die Verfassungsschutzbehörden ihre Aktivitäten zur Erkenntnisgewinnung verstärken, hieß es im Ergebnis.

2. Organisationsstruktur

Die SO wurde 1954 von dem US-amerikanischen Science-Fiction-Autor Lafayette Ronald HUBBARD (1911-1986) in den USA gegründet. 1982 übernahm offiziell David MISCAVIGE die Leitung der Organisation. Sie verfügt weltweit über 100.000 bis 120.000 Anhänger, davon etwa 5.000 bis 6.000 in Deutschland.

Das Machtzentrum der SO ist das „Religious Technology Center“ (RTC)⁸³ in Los Angeles, welches eine strikte Befehls- und Disziplinargewalt über die weltweit ansässigen SO-Niederlassungen ausübt. Das RTC besitzt die Urheberrechte und Warenzeichen der Werke HUBBARDS und überwacht deren Verwendung. Die ebenfalls in Los Angeles ansässige „Church of Scientology International“ (CSI) ist als oberste Managementzentrale der Organisation zu verstehen. Von dort aus werden die Befehle an die jeweiligen „Kontinentalen Verbindungsbüros“ (Continental Liason Offices) weitergegeben. Das für Europa zuständige „Office“ befindet sich in Kopenhagen.

In Deutschland existieren derzeit 14 „Missionen“, acht „Kirchen“, so genannte Orgs, und zwei „Celebrity Centers“ (CCs). Bei den „Missionen“ handelt es sich um Basisorganisationen, die einführende Dienste anbieten. Die „Orgs“ stellen darüber hinaus ein breiteres Angebot an Kursen, insbesondere zum „Auditing“ – der maßgeblichen Psychotechnik, mit der Menschen

⁸³ Vorsitzender des Vorstands des RTC ist MISCAVIGE.

in das System Scientology hineingezogen werden – zur Verfügung. In den CCs werden mit eben jenen Diensten ausschließlich Prominente (Persönlichkeiten des Sports, Künstler und Geschäftsleute) betreut, um diese später als Imageträger und Propagandisten für Scientology einzusetzen. Zudem verfügt die SO mit dem „Office of Special Affairs“ (OSA) auch in Deutschland über einen organisationseigenen Nachrichtendienst, welcher zur Ausforschung von Kritikern und Gegnern eingesetzt wird und u.a. an der Umsetzung repressiver Maßnahmen gegen diese beteiligt ist. Die SO ist bemüht, ihre organisatorischen Strukturen und politischen Ziele nach außen zu verschleiern.

Mit der repräsentativen Eröffnungsfeier eines SO-Komplexes am 13. Januar in Berlin hat sich die Organisation neben Brüssel, London und Madrid in einer weiteren europäischen Hauptstadt imageträchtig niedergelassen. Für die Organisation steht dabei offenbar die Möglichkeit der politischen Einflussnahme auf Regierung und Parlament im Vordergrund. Die Berliner „Org“ stellt allerdings keine „Deutschlandzentrale“ der SO dar. Ebenso wenig kann von einer Verwaltungszentrale – vergleichbar der „Scientology Kirche Deutschland“ – gesprochen werden, da SO-Niederlassungen in Deutschland an das „Office“ in Kopenhagen angebunden sind.

3. SO in Thüringen

Niederlassungen der SO existieren im Freistaat nicht.

Im Berichtszeitraum wurden an öffentliche Stellen in Thüringen Werbematerialien der „Volunteer Ministers“ übersandt. Das Info-Material umfasste eine DVD, ein Werbeheft der Organisation sowie diverse Flyer, u.a. mit Hinweisen zu SO-Workshops. Die Unterlagen waren in den USA abgesandt worden.

Bei den „Volunteer Ministers“ handelt es sich um so genannte Ehrenamtliche Geistliche, die vorwiegend in zeitlicher Nähe zu katastrophalen Ereignissen präsent sind und versuchen, Kontakt mit Betroffenen, Trauernden oder auch Hinterbliebenen aufzunehmen. In Thüringen sind sie anlässlich des Amoklaufs am Erfurter Gutenberg-Gymnasium 2002 in Erscheinung getreten.⁸⁴

Die weiteren Aktivitäten der SO in Thüringen beschränken sich auf das gelegentliche Versenden von Broschüren und Informationsmaterialien an öffentliche Einrichtungen und Privatpersonen. Derartige Maßnahmen gehen jeweils von SO-Niederlassungen außerhalb Thüringens aus.

⁸⁴ Siehe Verfassungsschutzbericht des Freistaats Thüringen 2002.

VI. Ereigniskalender extremistischer Bestrebungen in Thüringen

Termin:	Ereignis:
5. Januar	Informationsstand des NPD-Kreisverbands Wartburgkreis in Eisenach
13. Januar	Rechtsextremistisches Konzert in Neustadt (Orla)
13. Januar	Mahnwache des NPD-Kreisverbands Gotha in Gotha
27. Januar	Rechtsextremistisches Konzert in Langenschade verhindert
31. Januar	Rechtsextremistisches Konzert in Altenburg aufgelöst
2. Februar	Gründung des JN-Stützpunkts Weimar
3. Februar	Rechtsextremistisches Konzert in Gotha aufgelöst
9. Februar	Informationsstand des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda in Erfurt
9. Februar	Autonome beteiligen sich an Protesten gegen den Informationsstand des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda in Erfurt
10. Februar	Mahnwache des NPD-Kreisverbands Gotha in Gotha
10. Februar	„Landesjugendtag“ des JN-Landesverbands in Kleindernbach
10. Februar	Mitgliederversammlung des NPD-Kreisverbands Hildburghausen-Suhl mit Auftritten rechtsextremistischer Bands
23. Februar	Parteilpolitische Veranstaltung des NPD-Kreisverbands Gotha in Finsterbergen
24. Februar	„Kaffeefahrt“ des NPD-Kreisverbands Wartburgkreis
1., 4., 7. März	Solidaritätsaktionen des linksextremistischen Spektrums in Weimar, Erfurt und Meiningen anlässlich der Räumung des Szeneobjekts „Ungdomshuset“ in Kopenhagen (Dänemark)
4. März	Jahreshauptversammlung des NPD-Kreisverbands Unstrut-Hainich/Eichsfeld
10. März	Rechtsextremistisches Konzert in Brotterode aufgelöst
10. März	IV. Verbandstag des „Kommunistischen Jugendverbands Deutschlands“ (KJVD) in Erfurt
15. März	Spontankundgebung von Rechtsextremisten in Erfurt
16. März	Spontankundgebung von Rechtsextremisten in Erfurt
21. März	„Kurdisch-Deutscher Freundschaftsverein Erfurt e.V.“ veranstaltet anlässlich des Newroz-Fests Demonstration in Erfurt
22. März	Mahnwache des NPD-Landesverbands Thüringen in Erfurt
28. März	Informationsstand des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda in Erfurt
30. März	Jahreshauptversammlung des NPD-Kreisverbands Gotha in Finsterbergen
31. März	Parteiversammlung des NPD-Kreisverbands Hildburghausen-Suhl mit musikalischer Umrahmung
31. März	Saalveranstaltung des Vereins „Deutsch-Russische Friedensbewegung Europäischen Geistes e.V.“ in Hildburghausen
5. April	Informationsstand des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda in Erfurt
11. April	Spontankundgebung von Rechtsextremisten in Weimar
14. April	Rechtsextremistisches Konzert in Hildburghausen aufgelöst
20. – 22. April	Seminar des „Collegium Humanum e.V.“ (CH) in Mosbach
21. April	Gründung des NPD-Kreisverbands Greiz
27. April	Saalveranstaltung des NPD-Landesverbands Thüringen in Wildeck-Obersuhl (Hessen)
April – Juli	Informationsstände des NPD-Kreisverbands Wartburgkreis
1. Mai	„1. Mai-Demonstration“ der NPD in Erfurt

Termin:	Ereignis:
1. Mai	Autonome beteiligen sich an Protesten gegen die NDP-Demonstration in Erfurt
1. Mai	Spontandemonstration NPD/Neonazis in Gotha
1. Mai	Spontandemonstration NPD/Neonazis in Apolda
1. Mai – 31. Mai	Mahnwachen des NPD-Kreisverbands Saale-Orla-Kreis
5. Mai	Gründung des NPD-Kreisverbands Eichsfeld
4. – 6. Mai	„Tage Deutscher Gemeinschaft“ der neonazistischen Organisation „Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. – Der Bismarck Deutsche“ in Nordthüringen
8. Mai	Informationsstand und Mahnwache des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda und des JN-Stützpunkts in Erfurt
8. Mai	Veranstaltungen und Aktionen von NPD, JN und Neonazis in Apolda, Erfurt, Jena und Mühlhausen zum Ende des II. des Weltkriegs 1945
14. Mai	Spontandemonstration der NPD und JN vor dem Thüringer Landtag
18. Mai	Rechtsextremistisches Konzert in Arnstadt-Rudisleben aufgelöst
19. Mai – 14. Juli	Mitgliederkampagne der NPD in Thüringen mit über 40 Kundgebungen und ca. 60 Informationsständen
19. Mai	„6. Thuringentag der nationalen Jugend“ in Eisenach
19. Mai	Rechtsextremistisches Konzert in Erfurt-Möbisburg verhindert
24. Mai	„Politisches Familienfest“ der NPD in Apolda
31. Mai	Mahnwache der JN in Erfurt
Mai – Juni	Informationsstände der NPD-Kreisverbände Hildburghausen-Suhl, Gera, Altenburger Land
Mai – Juli	Beteiligung der „Antifaschistischen Gruppe Südthüringen“ an der Kampagne „...den Wald vor lauter Bäumen nicht?! Nazistrukturen abholzen, den rechten Konsenz brechen“
1. – 2. Juni	Jahreshauptversammlung des „Deutschen Kollegs“ in Mosbach
9., 12., 16. Juni	Beteiligung von Linksextremisten an Protestaktionen gegen Veranstaltungen der NPD in Arnstadt, Gotha, Weimar und Meiningen
16. Juni	Rechtsextremistisches Konzert in Breitungen aufgelöst
25. Juni	Kundgebung des NPD-Kreisverbands Gotha
27. Juni	Kundgebung von Rechtsextremisten in Altenburg
30. Juni	NPD-Veranstaltung „Rock für Deutschland“ in Gera
30. Juni	Eröffnung des „Bürgerbüros“ des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda in Erfurt
7. Juli	Kundgebung des NPD-Kreisverbands Nordhausen-Kyffhäuserkreis in Sondershausen
7. Juli	NPD-Veranstaltung in Greiz
12. – 15. Juli	Informationstour der stellvertretenden Vorsitzenden der „Kommunistischen Union der Jugend der Tschechischen Republik“ (KSM) zu dem Verbot und der politischen Arbeit des Jugendverbands
14. Juli	„Wikingerfest“ der rechtsextremistischen Szene bei Crawinkel
14. – 31. Juli	Sommercamp des MLPD-Jugendverbands „REBELL“ in Truckenthal
19. – 20. Juli	Mahnwachen des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda in Sömmerda
20. Juli	Beteiligung Autonomer an der Demonstration „make some noise against facism 100 % – Antifa, 100 % – Happiness“ in Erfurt
25. Juli	Kundgebung der rechtsextremistischen Szene in Erfurt
28. Juli	Landesmitgliederversammlung der KPF Thüringen
2. – 31. August	Mahnwachen des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda in Sömmerda

Termin:	Ereignis:
5. August	„Antifaschistische Gedenkfeier“ anlässlich des 25. Jahrestags der MLPD-Gründung im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald
16. August	Mahnwache des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda in Erfurt
17. August	Mahnwache der JN in Erfurt
17. August	Neonazidemonstration in Altenburg
18. August	NPD-Demonstration in Jena
18. August	Beteiligung von Linksextremisten an Protesten gegen die NPD-Demonstration in Jena
18. August	Neonazitreffen in Weimar aufgelöst
18. August	Saalveranstaltung von DKP, KPD und KPF Thüringen in Weimar anlässlich des Jahrestags der Ermordung Ernst THÄLMANNs
26. August	Gründung des NPD-Kreisverbands Nordhausen in Nordhausen
7. September	Pressekonferenz von Rechtsextremisten in Jena
8. September	„2. Fest der Völker“ in Jena
8. September	Beteiligung von Autonomen an Protestaktionen gegen das „2. Fest der Völker“ in Jena
13. - 20. September	Mahnwachen des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda in Sömmerda
15. September	Kundgebung des NPD-Kreisverbands Wartburgkreis in Wutha-Farnroda
15. September	Parteiveranstaltung des NPD-Kreisverbands Hildburghausen-Suhl in Stressenhausen mit Auftritten rechtsextremistischer Bands
22. September	Saalveranstaltung des NPD-Kreisverbands Gotha in Finsterbergen
22. September	Informationsstand des NPD-Kreisverbands Gotha in Gotha
29. September	Rechtsextremistisches Konzert in Neustadt (Orla)
29. September	Kundgebung des NPD-Kreisverbands Nordhausen in Nordhausen
29. September	Liederabend der rechtsextremistischen Szene in Schmiedefeld (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt)
2. Oktober	Informationsstände des NPD-Kreisverbands Gotha in Gotha und Waltershausen
5. – 7. Oktober	Seminar des „Collegium Humanum e.V.“ (CH) in Mosbach
6. Oktober	Vermummte besetzen das ehemalige Kaufhaus Horten in Jena
12. – 14. Oktober	„Tage Deutscher Gemeinschaft“ der „Deutschen Freiheitsbewegung e.V. – Der Bismarck Deutsche“ in Nordthüringen
15. – 26. Oktober	Mahnwachen des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda in Sömmerda
25. Oktober	Mahnwache des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda in Kölleda
26. Oktober	NPD-Kundgebung in Gera
27. Oktober	Beteiligung Autonomen an „antifaschistischer Kaffeefahrt“ durch Thüringen
2. – 30. November	Mahnwachen des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda in Sömmerda
4. November	NPD-Kundgebung in Gera
4. November	„4. Herbstfest“ des „Nationalen Widerstandes Jena“
9. November	Kundgebung des NPD-Kreisverbands Wartburgkreis und des NPD-Landesverbands Hessen in Vacha
9. November	„Braunes Haus“ Jena begeht fünfjähriges Bestehen
10. November	Saalveranstaltung des NPD-Kreisverbands Gotha in Finsterbergen
17. November	Saalveranstaltung der rechtsextremistischen Szene in Finsterbergen

Termin:	Ereignis:
18. November	Veranstaltungen der NPD und der Neonaziszene zum Volkstrauertag in Friedrichroda, Oberhof/Schmücke, Gera, Haina, Greiz, Sömmerda, Eisenach, Erfurt, Weimar, Altenburg, Zella-Mehlis, Leinefeld, Bad Salzungen, Schleusingen, Hildburghausen, Dillstädt, Kleinschmalkalden, Manebach, Suhl, Marisfeld
1. Dezember	Feier der rechtsextremistischen Szene in Erfurt-Möbisburg
3. Dezember	Verteilaktion einer von NPD und JN herausgegebenen „Schulhof-CD“ vor einer Schule in Erfurt
8. Dezember	NPD-Landesparteitag in Fröbitz
21. – 22. Dezember	Wintersonnenwendfeiern der rechtsextremistischen Szene an verschiedenen Orten in Thüringen

VII. Organisierte Kriminalität (OK)

1. Aufgaben des Verfassungsschutzes

Durch das Gesetz zur Änderung des Polizei- und Sicherheitsrechts vom 28. Juni 2002 wurde dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) die Aufgabe übertragen, Bestrebungen und Tätigkeiten der OK im Geltungsbereich des Grundgesetzes zu beobachten. Neben dem TLfV nahmen im Berichtszeitraum die Verfassungsschutzbehörden in Bayern, Hessen und im Saarland einen entsprechenden Beobachtungsauftrag wahr.

Unter OK ist gemäß § 2 Abs. 4 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes (ThürVSG) die von Gewinn- und Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten zu verstehen, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

1. unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
2. unter Anwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
3. unter Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft

tätig werden.

Dem TLfV obliegt es in einem besonderen Maße, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu bewahren und zu schützen. Auch in Bezug auf die OK ist der Verfassungsschutz verpflichtet, frühzeitig auf Gefahren, die von ihr ausgehen, hinzuweisen. Dieser originären Aufgabe kommt der Verfassungsschutz insofern nach, als er bereits im Vorfeld Informationen auf dem Gebiet der OK aus unterschiedlichen Quellen – auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln – sammelt, sich abzeichnende Entwicklungen und Zusammenhänge rechtzeitig erkennt und Beobachtungskonzepte für die Zukunft entwirft.

2. Beobachtungsschwerpunkte

Die Ermittlungsarbeit konzentrierte sich im Berichtszeitraum auf die Rotlichtkriminalität, kriminelle Rockergruppierungen und die asiatische organisierte Kriminalität.

Ein mafiöse Hintergründe offenbarendes Gewaltverbrechen an einem in Duisburg ansässigen italienischen Restaurantbetreiber und einigen seiner Beschäftigten war Anlass, Ermittlungen zu etwaigen Strukturen der italienischen organisierten Kriminalität in Thüringen aufzunehmen.

Rotlichtkriminalität

Der Prostitution wird vor allem in den größeren Städten Thüringens nachgegangen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um so genannte Wohnungsprostitution, die meist straff organisiert ist und zentral gesteuert wird. Daneben werden in Thüringen Bordelle betrieben, die teils als Nachtbars, Massagestudios, FKK- oder Swingerclubs getarnt sind. Häufig werden Frauen unter Vortäuschung falscher Tatsachen aus ihren Heimatländern in das Bundesgebiet geschleust und später unfreiwillig in Szeneeinrichtungen beschäftigt. Das Milieu bietet darüber hinaus einen Nährboden für Kriminalitätsformen verschiedener Art. Trotz Zersplitterung war die Thüringer Rotlichtszene auch im zurückliegenden Jahr von Wachstum und erheblichen Umsätzen gekennzeichnet.

Kriminelle Rockergruppierungen

Bei jenen Rockergruppierungen handelt es sich um Zusammenschlüsse mehrerer Personen mit streng hierarchischem Aufbau, engen persönlichen Bindungen der Gruppenmitglieder untereinander sowie selbstgeschaffenen strengen Regeln und Satzungen. So genannte „Outlaws Motorcycle Gangs“ (OMGs) und ihre kriminellen Mitglieder stellen eine ernstzunehmende und an Bedeutung gewinnende Erscheinung der Kriminalität dar. Die „Gangs“ sind bestrebt, Einfluss auf verschiedene Kriminalitäts- und Wirtschaftsbereiche zu erlangen und pflegen enge Kontakte zu anderen Gruppierungen, die zum Teil der OK zuzurechnen sind. OMGs grenzen sich – auch äußerlich erkennbar – bewusst von anderen Motorradclubs (MCs) sowie den Normen und Wertvorstellungen der Gesellschaft ab. Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Clubs.

Mitglieder von Rockergruppierungen sind vor allem im Gaststätten- und Vergnügungsgewerbe, der Tätowierbranche sowie im Sicherheitsbereich geschäftlich aktiv. Oft betreiben diese Personen legale Geschäfte, um kriminelle Handlungen zu tarnen. Darüber hinaus sind die Clubs bemüht, sowohl finanzielle als auch ideelle Unterstützung von Vertretern angesehener Berufsstände zu erlangen, um sich ein einflussreiches Umfeld zu schaffen. Mitglieder von OMGs fallen immer wieder durch kriminelle Handlungen auf. Dazu zählen u.a. der Handel mit Betäubungsmitteln, die Förderung der Prostitution und die Erpressung von „Schutzgeld“.

Die Szene ist von einem hohen Bedrohungs- und Gewaltpotenzial gekennzeichnet. Auf Grund des massiven Expansionsstrebens der Gruppierungen kommt es innerhalb der Szene zu Machtkämpfen um Hoheitsgebiete, zu Racheakten und Vergeltungsschlägen, in deren Zusammenhang von ihren Mitgliedern schwere Straftaten begangen werden.

Von den weltweit agierenden OMGs haben sich der „Outlaws MC“, der „Bandidos MC“ und der „Hells Angels MC“ mit einem Chapter (Ortsgruppe) und/oder Supporter (Unterstützerclub) in Thüringen etabliert. Der „Outlaws MC“ ist mit einem Chapter in Gera vertreten. Sein vormals in Ilmenau ansässiger Supporter, der „Black Pistons MC“, existiert seit Mitte 2007 nicht mehr. Der „Bandidos MC“ verfügt über ein Chapter in Jena, dem nach einjährigem Bestehen im Oktober 2007 die Vollmitgliedschaft im MC zuerkannt worden ist, sowie den in Apolda und Weimar beheimateten Supporter „Chicanos MC“. Einzelne Mitglieder dieses MC erlangten im Berichtszeitraum innerhalb des „Bandidos MC“ den Status eines so genannten Prospekt, eines Anwärter mit Aussicht auf Vollmitgliedschaft. Eine bei dem „Hells Angels MC“ als Charter bezeichnete Ortsgruppe besteht in Thüringen nach wie vor nicht. Bislang existiert lediglich eine Dependence seines Supporters, dem „Red Devils MC“, in Saalfeld. Gelegentlich hielten sich Mitglieder des „Hells Angels MCs“ in Thüringen auf, was auf Bemühungen, einen weiteren Unterstützerclub oder eine eigene Niederlassung in Thüringen zu gründen, schließen lässt.

Im Berichtszeitraum setzte der „Stahlpakt MC“, der 1999 in Thüringen gegründet worden ist und bis zur Etablierung der großen OMGs die Vormachtstellung in Thüringen inne hatte, seine Expansionsbestrebungen fort. Im September 2007 wurde ein weiteres Chapter in Schmölln gegründet. Der „Stahlpakt MC“ verfügt nunmehr über 11 Chapter in Thüringen und drei in Hessen.

Asiatische organisierte Kriminalität

Ermittlungen zu der von asiatischen OK-Gruppierungen ausgehenden Schleusungskriminalität wurden im Berichtszeitraum fortgesetzt. So gelang es, Verfahrenswege und Abläufe der von hier ansässigen Vietnamesen organisierten Schleusungen weiter zu erhellen. Über die Schleuserorganisation werden im Herkunftsland gegen Zahlung hoher Geldbeträge die zur Visaertei-

lung erforderlichen Reiseunterlagen beschafft. Nicht selten handelt es sich hierbei um Fälschungen. Die Einreise der illegalen Migranten in die Europäische Union (EU) erfolgt in der Regel mit Touristenvisum innerhalb einer Reisegruppe. Der Pass wird hiernach einem ähnlich aussehenden, bereits illegal in der EU aufhältigen Landsmann ausgehändigt, der die Rückreise nach Vietnam innerhalb dieser Reisegruppe antritt. Einreisen erfolgen auch mittels Visa für selbstständige Geschäftsleute. Oft werden Vietnamesen über Tschechien nach Deutschland geschleust. An vorher vereinbarten Übergabepunkten – meist Asiamärkte, Restaurants oder auch Autobahnraststätten – werden die Migranten durch verwandte Landsleute in Empfang genommen. In Deutschland angekommen, werden den Personen oftmals die Pässe abgenommen. Daraus erwachsende Abhängigkeiten werden genutzt, die illegalen Migranten zur Annahme jedweder Arbeit zu nötigen, um die Rückzahlung der durch die Schleusung entstandenen Schulden zu erzwingen.

Italienische organisierte Kriminalität

Bisherigen Erkenntnissen zufolge weist eine der großen italienischen Mafiaorganisationen⁸⁵, die kalabresische ´Ndrangheta, Bezüge nach Thüringen auf. Die Organisation betätigt sich in Italien vorwiegend in den Deliktsfeldern Falschgeld, Geldwäsche, Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, Schutzgelderpressung und Korruption. Die ´Ndrangheta scheint die Bundesrepublik Deutschland vorrangig als Rückzugsgebiet zu nutzen. Vermutlich werden auf kriminellen Wege erlangte Gelder hier in der Immobilien- und der Gastronomiebranche investiert.

Durch Vorfälle wie zuletzt der am 15. August in Duisburg erfolgte Ermordung von sechs im Gastronomiegewerbe tätigen Italienern, tritt die innerhalb der Mafiagruppierungen vorherrschende Gewalt offen zu Tage. Nicht selten eskalieren die in den Herkunftsregionen entstandenen Konflikte zwischen den innerhalb einer Mafia-Gruppierung, hier der ´Ndrangheta, konkurrierenden Familienclans derart. Die dadurch erlangte Öffentlichkeit stört die unbeheligte Täterschaft der Clans, wenn es – wie in dem konkreten Fall – den Sicherheitsbehörden gelingt, das mafiöse Netzwerk zu durchdringen.

Die Sicherheitsbehörden des Freistaats arbeiten eng zusammen, um Strukturen und Betätigungsfelder der Mafia rechtzeitig erkennen und bekämpfen zu können. Unmittelbar nach dem Vorfall in Duisburg wurde im Thüringer Landeskriminalamt eine Informationssammelstelle zur italienischen organisierten Kriminalität eingerichtet, der auch das Landesamt für Verfassungsschutz zuarbeitet. Überdies unterhält das TLfV zur Gewinnung weiterer Erkenntnisse Kontakte zum italienischen Partnerdienst.

3. Fazit

In Erfüllung seines gesetzlich normierten Auftrags zur Beobachtung der OK ergänzt das TLfV die Arbeit von Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften auf diesem Gebiet. Die langfristig angelegte Beobachtung organisierter krimineller Strukturen im Vorfeld konkreter Tatbegehungen ist unabdingbar, um OK ganzheitlich begegnen zu können. Durch dieses konstruktive Zusammenwirken gelang es, einen Teil des Dunkelfeldes typischer OK-Deliktsfelder aufzuhellen.

⁸⁵ Dazu zählen außerdem die sizilianische Cosa Nostra, die kampanische Camorra, die apulische Sacra Corona Unita.

VIII. Spionageabwehr

1. Überblick

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor ein bevorzugtes Aufklärungsziel der Nachrichtendienste fremder Staaten. Dazu gehören einige Länder aus der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) ebenso wie solche aus dem nah-, mittel- und fernöstlichen sowie dem nordafrikanischen Raum. An den in Deutschland unterhaltenen amtlichen bzw. halbamtlichen Vertretungen dieser Staaten sind die jeweiligen Nachrichtendienste personell unterschiedlich stark präsent. Über ihre als Diplomaten auf Tarndienstposten bei so genannten Legalresiden- turen⁸⁶ angebotenen Mitarbeiter werden zum Zwecke der Informationsbeschaffung nachrichtendienstliche Aktivitäten entfaltet. Unverändertes Interesse gilt hierbei den klassischen Feldern der Spionage – Politik, Wirtschaft, Wissenschaft/Forschung und Militär. Die Ausspä- hung und Unterwanderung von in Deutschland ansässigen ausländischen Oppositionellenbe- wegungen stellen weitere Aktionsfelder einzelner Nachrichtendienste dar. Regierungen eini- ger Staaten sind weiterhin bemüht, in den Besitz atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen sowie der dazu erforderlichen Trägersysteme zu gelangen. Zur Beschaffung sowohl einzelner Komponenten zu deren Herstellung als auch des erforderlichen Know-hows bedienen sich diese Länder auch ihrer Nachrichtendienste.

Bestrebungen fremder Dienste, durch Spionageaktivitäten insbesondere wirtschaftliche Vor- teile zu erlangen, bestehen fort. Damit einher geht eine stärkere Konzentration der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden auf die präventive Spionageabwehr, um so etwaige Schwachstel- len, die Wirtschaftsspionage und Know-how-Transfer für fremde Nachrichtendienste erleich- tern, aufdecken und ausräumen zu können.

Die Methoden der Nachrichtendienste, gezielt Informationen abzuschöpfen, sind vielfältiger geworden. Globalisierung und elektronische Vernetzung ermöglichen den Diensten heute auf Daten zugreifen zu können, die früher nur auf konspirativem Wege erlangt worden wären. Daneben gewinnt die Auswertung weitgehend offener Quellen – Forschungsberichte, Dip- lomarbeiten, Dokumentationen u.a. – stetig an Bedeutung.

2. Proliferation

Unter Proliferation versteht man die Weitergabe von atomaren, biologischen und chemischen Waffen (ABC-Waffen) bzw. der zu ihrer Herstellung benötigten Komponenten sowie der ent- sprechenden Trägersysteme einschließlich des erforderlichen Know-hows an proliferationsre- levante Länder⁸⁷, von denen zu befürchten ist, dass sie diese Waffen von dort aus in bewaff- neten Konflikten einsetzen oder ihren Gebrauch zur Durchsetzung politischer Ziele androhen werden.

Die betreffenden Staaten sind zum einen bestrebt, Technologie und Bauteile aus führenden Industrienationen durch Teilhabe am freien Austausch von wissenschaftlichen Informationen und/oder durch Handel zu beschaffen (primäre bzw. vertikale Proliferation), zum anderen be- liefern sie sich auch untereinander mit entsprechendem Material bzw. technischem Wissen (sekundäre bzw. horizontale Proliferation). Um internationale Abkommen und nationale ge- setzliche Bestimmungen zu unterlaufen, setzen sie auch ihre Geheimdienste ein, gründen Scheinfirmen und verschleiern durch Umweglieferungen über Drittländer sowohl Endabneh- mer als auch Endverwendungszweck des einzuführenden Gutes. Die Feststellung der Plausibi-

⁸⁶ In Thüringen existieren weder Botschaften noch Generalkonsulate anderer Staaten.

⁸⁷ Zum Beispiel Nordkorea, Pakistan, Iran, Syrien.

lität des Endverwendungszwecks und damit der Proliferationsrelevanz wird zudem erschwert, wenn es sich um Dual-use-Güter oder -Technologien, die zu zivilen aber auch militärischen Zwecken eingesetzt werden können, handelt.

Staaten wie Iran, Nordkorea, Pakistan oder Syrien standen auch im Jahr 2007 im Mittelpunkt der Proliferationsabwehr. Sie betreiben seit längerem eigene Programme zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen zu deren Ausbringung. Insbesondere die vom Iran vertretene unnachgiebige Haltung hinsichtlich des dortigen Atomprogramms verbunden mit den teils provokanten Äußerungen der Regierung, ließen erneut Zweifel an der von iranischer Seite beteuerten ausschließlich zivilen Nutzung der Atomtechnologie aufkommen. Auch wenn aus den Veröffentlichungen des Nationalen Geheimdienstes der USA (NIC) vom 3. Dezember hervorgeht, dass der Iran sein geheimes Nuklearwaffenprogramm wahrscheinlich schon im Herbst 2003 stoppte und zumindest bis Mitte des Jahres nicht wieder aufnahm, besteht die Gefahr, die von diesem Staat ausgeht, fort. Das Ziel der internationalen Staatengemeinschaft, den Iran daran zu hindern, selbst eine Atombombe herstellen zu können, bleibt bestehen. Bislang liefen Forderungen nach einer sofortigen Einstellung des Anreicherungsprogramms, nach uneingeschränkter Kooperation und Transparenz jedoch ins Leere. Bereits bestehende UN-Sanktionen dauern daher an.

Nordkorea hingegen, das am 9. Oktober 2006 erstmals eine Atombombe getestet hatte und in der Folge weitreichenden internationalen Sanktionen unterlag, hat im August die komplette Aufgabe seines umstrittenen Atomprogramms bis zum Jahresende zugesagt. Daraufhin wurden durch die USA sowohl die Streichung von der Terrorliste als auch die Aufhebung aller mit diesem Eintrag verbundenen Sanktionen in Aussicht gestellt. Der Vereinbarung zwischen Nordkorea und den USA – Teil des laufenden Friedensprozesses auf der koreanischen Halbinsel – folgten u.a. ein innerkoreanisches Gipfeltreffen mit der Unterzeichnung einer Friedensvereinbarung, Sechs-Parteien-Gespräche mit weiteren Vereinbarungen zur Stilllegung des Atomprogramms sowie erste Öllieferungen. Der Kernreaktor in Yongbyon, die wichtigste Atomanlage in Nordkorea, wurde nach Bestätigung der internationalen Atominspektoren zeitweilig abgeschaltet.

Da proliferationsrelevante Staaten bei der Forschung, Entwicklung und Herstellung von ABC-Waffensystemen nur zum Teil autark sind, bleiben sie auf die Beschaffung wesentlicher Komponenten (Anlagen, Geräte oder Grundstoffe) sowie wissenschaftlicher Spezialkenntnisse aus Industrieländern angewiesen. Die europäischen Exportkontrollen stellen aus Sicht der proliferationsrelevanten Länder hohe Barrieren dar. Das Risiko, dass dem jeweiligen Exporteur die Ausfuhr bereits im Vorfeld untersagt oder die illegale Lieferung auf dem Transportweg erkannt und entsprechend gestoppt wird, ist hoch. Folglich hat die sekundäre bzw. horizontale Proliferation an Bedeutung gewonnen. Proliferationsrelevante Länder beliefern sich immer häufiger untereinander mit entsprechenden Gütern oder richten ihr Beschaffungsinteresse an unverdächtige Schwellenländer⁸⁸ mit deutlich niedrigeren Exportrestriktionen.

Deutschland hat sich internationalen Abkommen, die der Verhinderung von Proliferation dienen, angeschlossen. Überdies bestehen Restriktionen des Außenhandels durch entsprechende Regelungen im Außenwirtschaftsgesetz, in der Außenwirtschaftsverordnung sowie im Kriegswaffenkontrollgesetz.

In die Zuständigkeit der Verfassungsschutzbehörden fällt es, die jeweils ansässigen Institutionen und Unternehmen, die durch ihre Forschungs-, Technologie- oder Produktangebote in das Blickfeld der um Poliferation bemühten Staaten geraten könnten, entsprechend zu sensibilisie-

⁸⁸ Fortgeschrittene Entwicklungsländer, die aufgrund wirtschaftlicher Eigendynamik beachtliche Industrialisierungsfortschritte erzielt und gegenüber den Industrienationen deutlich aufgeholt haben.

ren. Ziel dieser präventiven Vorgehensweise ist es, durch einen frühzeitigen Informationsaustausch proliferationsrelevante Beschaffungsbemühungen zu unterbinden und agierende Netzwerke aufklären zu können.

3. Wirtschaftsspionage

Unter Wirtschaftsspionage ist die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Firmen zu verstehen. Sie ist von der Konkurrenzspionage, bei der es sich um die Ausforschung handelt, die ein Unternehmen gegen ein anderes – ohne nachrichtendienstliche Steuerung – betreibt, zu unterscheiden.

Die internationale Akzeptanz eines Staates hängt mehr denn je auch von seiner Wirtschaftskraft ab. Um in dem wachsenden internationalen Wettbewerb bestehen oder aber führende Positionen einnehmen zu können, betreiben einige Staaten auch Wirtschaftsspionage. Aufklärungsziele und Methoden richten sich hierbei nach dem jeweiligen Entwicklungsstand der handelnden Staaten. Hochentwickelte Industrienationen sind folglich vorrangig an Markt- und Wettbewerbsstrategien vergleichbarer Konkurrenten interessiert, technologisch weniger entwickelte Staaten hingegen an Fertigungstechniken und technischem Know-how, um Forschungskosten minimieren und wirtschaftliche Rückstände aufholen zu können.

Einige Auslandsaufklärungsdienste sind per Gesetz verpflichtet, die Wirtschaft ihres Landes unmittelbar durch entsprechende Informationsbeschaffung zu unterstützen. Diese erfolgt sowohl durch den Einsatz moderner Nachrichtentechnik und das Eindringen in Informationssysteme als auch durch den Einsatz menschlicher Quellen. Neben eingeschleusten Nachrichtendienstangehörigen können das auch für eine Zusammenarbeit geworbene Unternehmensangehörige sein. Austauschwissenschaftler und Praktikanten, die gegebenenfalls mit einem nachrichtendienstlichen Auftrag ausgestattet worden sind oder zumindest nach ihrer Rückkehr ins Heimatland vom dortigen Nachrichtendienst abgeschöpft werden könnten, kommen hierfür ebenfalls in Betracht.

Die seit langem bekannten Gefahren und Techniken der elektronischen Ausspähung spielen zunehmend eine Rolle. Angriffe über das Internet sind relativ einfach realisierbar, mit guten Erfolgsaussichten und von geringem persönlichen Risiko für den Akteur. Sie werden weltweit immer umfangreicher festgestellt und dürften vielfach auch auf Nachrichtendienste zurückgehen. Die Angriffe, die sich vor allem gegen Industrienationen zu richten scheinen, betreffen neben der Wirtschaft auch Regierungsstellen, Universitäten und Forschungseinrichtungen. Auch in Deutschland wurden Angriffe dieser Art festgestellt. Versandt werden E-Mails mit korrumpierten Anhängen, die den Empfänger geschickt zur Öffnung derselben verleiten, oder Mails, die auf entsprechend funktionalisierte Einstellungen im Internet verweisen. Ebenso können Linkverweise zu – vom eigentlichen Betreiber unbemerkt – infizierten Websites führen. Besonders branchentypische Websites können hier missbraucht werden, um an die gewünschten Informationen zu gelangen. Da die entsprechenden Angriffe sowie der ihnen folgende Datenverlust oft unbemerkt bleiben dürften, sind Sicherungsmaßnahmen unumgänglich und in ihrer Bedeutung nicht hoch genug zu veranschlagen.

Ebenso sollten Expansionsbemühungen deutscher Unternehmen auf aussichtsreich erscheinenden internationalen Märkten (z.B. China) verstärkt Aspekte drohender Ausspähung und damit einhergehender Verluste berücksichtigen. Die Auslagerung kostenintensiver Produktionsbereiche ist nicht selten mit der Preisgabe modernster Technologien verbunden, die sodann von dortigen Unternehmen kopiert und für ertragreiche Billigproduktionen, die etablierte Marken durchaus stark schädigen können, genutzt werden. Sofern nicht bereits im Rahmen von Vertragsabschlüssen Fertigungsprozesse zwingend offengelegt werden müssen, wird un-

ter Einsatz nachrichtendienstlicher Methoden versucht, in Besitz moderner Technologien, Wettbewerbs- und Vermarktungsstrategien zu gelangen. Insbesondere für mittelständische Unternehmen kann der Verlust des Firmen-Know-hows im Einzelfall existenzbedrohend sein.

Die Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit in der Wirtschaft (ASW) beziffert den jährlichen Schaden für deutsche Unternehmen auf 50 Milliarden Euro. Die durch Wirtschaftsspionage insgesamt entstehenden ökonomischen und finanziellen Schäden für die heimische Volkswirtschaft bzw. einzelne Unternehmen gilt es zu minimieren. Dies erfordert eine enge Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden und gewerblicher Wirtschaft, wobei die Verfassungsschutzbehörden hinsichtlich der Sensibilisierung zur Thematik ihr Augenmerk vor allem auf Klein- und mittelständische Unternehmen richten. Zu diesem Zweck organisierte das TLfV gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer Erfurt und dem Thüringer Landeskriminalamt bereits im Jahr 2006 das Symposium „Die mittelständische Wirtschaft im Visier – Bedrohung durch Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung“. Dem Thema „Bedrohung der Wirtschaft im Lichte der Globalisierung“ galt in diesem Jahr ein Symposium des Bundesamtes für Verfassungsschutz an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin. Referenten aus dem universitären und nachrichtendienstlichen Bereich sowie aus der Wirtschaft diskutierten, welchen Gefahren die Sicherheit der deutschen Wirtschaft durch die Globalisierung ausgesetzt ist. So steht neben weiteren Verfassungsschutzbehörden auch das Thüringer Landesamt im konkreten Fall zur Verfügung, um bei der Einrichtung von Sicherungsmaßnahmen, welche die Barrieren für mögliche Spionageangriffe erhöhen, zu beraten. Unternehmen, die sich bereits mit eventuellen Ausspähungsversuchen konfrontiert sehen, dient es als vertraulicher Ansprechpartner.

4. Ausblick

Globalisierung und weltweite elektronische Vernetzung bergen neben nicht mehr wegzudenkenden Vorteilen gleichfalls enorme Risiken in sich. Für Nachrichtendienste eröffnen moderne IT- und Kommunikationssysteme vielfältige Möglichkeiten, in den Besitz sensibler Daten und Informationen zu gelangen. Die daraus erwachsende durchaus reale Gefährdung wird – nicht zuletzt auch durch die veränderten politischen Verhältnisse und die Annäherung vormals feindlich gegenüber stehender Staaten – oftmals unterschätzt. Das Bewusstsein, dass Spionage durch politische Annäherung nicht gänzlich wegbriecht, sondern andere Schwerpunkte verfolgt, gilt es zu schärfen. Dies betrifft politische Institutionen und solche aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung gleichermaßen. Mit geeigneten Präventionsmaßnahmen gilt es, derartigen gegen deutsche Interessen gerichteten Spionageaktivitäten entgegenzuwirken.

5. Frühere, fortwirkende unbekannte Strukturen der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen DDR

Konkrete Anhaltspunkte für die Existenz fortwirkender, aus der HVA⁸⁹ oder dem MfS⁹⁰ hervorgegangener Strukturen sind im Berichtszeitraum nicht angefallen.

⁸⁹ Hauptverwaltung Aufklärung.

⁹⁰ Ministerium für Staatssicherheit, kurz vor der endgültigen Auflösung zum 31.03.1990 in „Amt für Nationale Sicherheit“(AfNS) umbenannt.

IX. Geheimschutz

1. Allgemeines

Der Geheimschutz ist für den demokratischen Rechtsstaat unverzichtbar. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass Informationen und Vorgänge, deren Bekanntwerden den Bestand, lebenswichtige Interessen oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines Bundeslandes gefährden kann, vor unbefugter Kenntnisnahme geschützt werden. Im Rahmen ihrer Organisationsgewalt haben Behörden Vorkehrungen zur Gewährleistung des Geheimschutzes zu treffen.

Zu den Aufgaben des TLfV zählt gemäß § 2 Abs. 5 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes (ThürVSG) die Mitwirkung im Bereich des personellen und materiellen Geheimschutzes.

2. Personeller Geheimschutz

Unter dem Begriff „Geheimschutz“ werden sämtliche Vorkehrungen im weiteren Sinne verstanden, die dem Schutz von Geheimnissen dienen. Nicht jede Person, nicht jeder Amtsträger erfüllt die für den Umgang mit Geheimnissen erforderlichen Voraussetzungen. Folglich gilt es, Personen, die aufgrund bestimmter Verhaltensweisen für Verrat, Erpressung oder Spionage anfällig scheinen, von vornherein den Zugriff auf Geheimnisse zu verwehren. Diesem Ziel dient die Sicherheitsüberprüfung. Dabei wird festgestellt, ob der Überprüfte seiner Vergangenheit, seinem Charakter, seinen Gewohnheiten und seinem Umgang nach Anlass bietet, an seiner persönlichen Vertrauenswürdigkeit zu zweifeln, ob er somit ein Sicherheitsrisiko darstellt. Dabei kommt es nicht auf ein Verschulden im Sinne persönlicher Vorwerfbarkeit an.

Das Sicherheitsüberprüfungsverfahren ist im Thüringer Sicherheitsüberprüfungsgesetz (ThürSÜG) vom 17. März 2003, aufgeführt im Anhang dieses Berichts, geregelt.

Sicherheitsüberprüfungen werden für Personen, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit gemäß § 1 Abs. 2 ThürSÜG ausüben sollen, durchgeführt. Betroffen sind in erster Linie Personen, die Zugang zu Verschlusssachen haben oder sich diesen verschaffen können.

Als Verschlusssache werden alle im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse – unabhängig von ihrer Darstellungsform – bezeichnet. Schriftstücke, Zeichnungen, Karten, Fotokopien, Lichtbildmaterial, elektronische Datenträger, elektrische Signale, Geräte und technische Einrichtungen können ebenso wie das gesprochene Wort oder Zwischenmaterial (z.B. Entwürfe), das im Zusammenhang mit Verschlusssachen anfällt, eine solche Klassifizierung erfordern.

Für eine Sicherheitsüberprüfung ist der Geheimschutzbeauftragte der jeweiligen Dienststelle bzw. der zuständigen obersten Landesbehörde verantwortlich. Das TLfV wirkt an der Sicherheitsüberprüfung gemäß § 2 Abs. 5 Nr. 1 ThürVSG i.V.m. § 3 Abs. 3 ThürSÜG mit.

Die Sicherheitsüberprüfung wird je nach Geheimhaltungsgrad abgestuft. Gemäß §§ 8 ff. ThürSÜG wird sie als einfache (Ü 1), erweiterte (Ü 2) oder als erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen (Ü 3) durchgeführt. Sie bedarf der vorherigen Zustimmung sowohl des Betroffenen als auch der gegebenenfalls einzubeziehenden Person (Ehegatte oder Lebenspartner).

Das TLfV wurde im Jahr 2007 in 326 Fällen als mitwirkende Behörde an Sicherheitsüberprüfungen beteiligt und hat sein Votum gegenüber dem Geheimschutzbeauftragten der einleitenden Dienststelle abgegeben. Im Einzelnen wurden folgende Überprüfungen durchgeführt:

Jahr	Sicherheitsüberprüfung Ü 1	Sicherheitsüberprüfung Ü 2	Sicherheitsüberprüfung Ü 3
2007	155	146	25
2006	55	78	10
2005	116	77	35

3. Materieller Geheimschutz

Der materielle Geheimschutz betrifft die Entwicklung, Planung und Durchführung technischer Maßnahmen, die dem Schutz geheimhaltungsbedürftigen Materials vor Entwendung oder Kenntnisnahme durch Unbefugte dienen. Zu technischen Sicherheitsmaßnahmen sind auch organisatorische Vorkehrungen zu rechnen, die den Geheimschutz verbessern.

Als Rechtsgrundlagen dienen die „Verschlussachenanweisung für den Freistaat Thüringen“ (VSA)⁹¹ aus dem Jahr 1999 sowie sie ergänzende Richtlinien. Die VSA richtet sich an Landesbehörden und landesunmittelbare öffentlich-rechtliche Einrichtungen, die mit Verschlussachen befasst sind und somit Vorkehrungen zu deren Schutz zu treffen haben. Darüber hinaus betrifft sie Personen, die Zugang zu Verschlussachen erhalten oder eine Tätigkeit ausüben, die ihnen den Zugang zu Verschlussachen eröffnet und bei der sie bestimmte Schutzvorkehrungen zu beachten haben.

Entsprechend der Schutzbedürftigkeit einer Verschlussache nehmen die herausgebenden Stellen die erforderliche Einstufung in einen der in § 4 Abs. 2 ThürSÜG bestimmten Geheimhaltungsgrade⁹² vor. Aus der jeweiligen Einstufung ergeben sich die notwendigen personellen und materiellen Sicherheitsvorkehrungen. In Hinsicht auf den materiellen Geheimschutz enthält die VSA eine Reihe von Vorschriften, welche die Herstellung, Kennzeichnung und Vervielfältigung von Verschlussachen, den Zugang zu Verschlussachen, die Dienstpflichten zum Schutze von Verschlussachen, die Aufbewahrung, Verwaltung und Mitnahme außerhalb des Dienstgebäudes sowie Maßnahmen bei Verletzung von Geheimschutzvorschriften betreffen.

Das TLfV berät öffentliche Stellen u.a. über den Umgang mit Verschlussachen und sichere Organisationsabläufe sowie über technische Sicherheitsmaßnahmen wie Alarmsysteme oder Stahlschränke (sog. Verwahrgelesse).

Auskünfte zur Geheimschutzbetreuung von Wirtschaftsunternehmen erteilt das:

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit (TMWTA)

Der Geheimschutzbeauftragte für die Wirtschaft

Postfach 10 05 52 Max-Reger-Straße 4-8

99005 Erfurt 99096 Erfurt

Telefon: (0361) 3797-150

⁹¹ Thüringer Staatsanzeiger, S. 2716 ff.

⁹² „VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“, „VS-VERTRAULICH“, „GEHEIM“, „STRENG GEHEIM“.

4. Sonstige Überprüfungen

Neben seiner Mitwirkung an Sicherheitsüberprüfungen wird das TLfV gemäß § 7 Abs. 3 Nr. 2 Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG) an Zuverlässigkeitsüberprüfungen beteiligt. Infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 ist insbesondere auch die Sicherheit im internationalen Luftverkehr und in diesem Zusammenhang u.a. die entsprechende Zuverlässigkeitsüberprüfung in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Seit dem Jahr 2005 werden diese Zuverlässigkeitsüberprüfungen auch für Freizeit-Piloten und Flugschüler durchgeführt. An das TLfV wurden im Berichtszeitraum 1007 Anfragen im Rahmen der Luftverkehrs-Zuverlässigkeitsüberprüfungen gestellt.

Im Jahr 2005 wurde das Sprengstoffgesetz (SprengG) novelliert. Seither finden auch sprengstoffrechtliche Zuverlässigkeitsüberprüfungen statt, in deren Rahmen eine Regelanfrage an das TLfV zu stellen ist. Im Jahr 2007 wurden in diesem Zusammenhang 374 Anfragen an das TLfV gerichtet.

Jahr	Anzahl der Luftverkehrs-Zuverlässigkeitsüberprüfungen	Anzahl der sprengstoffrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen
2007	1007	374
2006	1128	364
2005	1076	53 ⁹³

⁹³Das SprengG wurde zum 01.09.2005 novelliert. Die Anfragen wurden infolgedessen im Jahr 2005 erst ab September gestellt.